Zeitschrift: Schweizer Raiffeisenbote : Organ des Schweizer Verbandes der Raiffeisenkassen

Herausgeber: Schweizer Verband der Raiffeisenkassen

Band: 60 (1972)

Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

5

Olten, 18. Mai 1972
60. Jahrgang Nr. 5
Erscheint
monatlich in 30000 Exemplaren

Organ des Verbandes
schweizerischer Darlehens-
kassen
System Raiffeisen

Schweizer Raiffeisenbote

Basel, Rathaus am Marktplatz

Am 10./11. Juni 1972 hält die schweizerische Raiffeisenbewegung ihre von ca. 2000 Gästen und Delegierten besuchte Verbandstagung ab. Diese dient der Rechenschaftsablage über Stand und Tätigkeit der Bewegung im vergangenen Jahre sowie der Willenskundgebung zum Dienste an unserer Volkswirtschaft

Zum Verbandstag 1972

Am 10./11. Juni findet zum 7. Male in Basel die Jahrestagung des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen statt, die wiederum eine grosse Zahl von Delegierten aus allen Gegenden unseres Landes zum schweizerischen Raiffeisenkongress zusammenbringen wird. Der 10. Juni ist Arbeitstag, der in zwei Teile geteilt ist.

Am Vormittag um 10.15 Uhr hält die verbandseigene Bürgschaftsgenossenschaft, die grösste vom Verbande gegründete und den Darlehenskassen zur Darlehens- und Kredithilfe dienende Institution, ihre ordentliche Generalversammlung ab. Ihre Traktandenliste enthält neben den ordentlichen Jahresgeschäften, wie Jahresbericht und Rechnungsablage, zwei Schwerpunkte. Zunächst soll durch die Revision der Statuten die Leistungsmöglichkeit der Bürgschaftsgenossenschaft erheblich erweitert und den heutigen Ansprüchen angepasst werden. Diese Statutenrevision war schon auf die letztjährige Generalversammlung vorbereitet, dann aber von der Verwaltung um ein Jahr zurückgestellt worden als Beitrag zur Kreditbremsung. Diese Bemühungen um Mitarbeit in der Konjunkturdämpfung werden wir weiterhin unterstützen. Indessen haben die Erfahrungen gezeigt, dass mit den bestehenden Bürgschaftslimiten durchaus berechtigte Kreditbedürfnisse einfach nicht mehr befriedigt werden können. Sodann muss der Verwaltungsrat der Bürgschaftsgenossenschaft, dessen Mitgliederzahl zugleich erweitert werden soll, neu bestellt werden. Wir verweisen auf den Art. «Die Bürgschaftsgenossenschaft», in dem wir den Darlehenskassen und ihren Delegierten die Wahlvorschläge bekanntgemacht haben. Statutenrevision und Wahlvorschläge sind wohl abgewogen und von der Verwaltung gründlich durchdacht und auf die verschiedenen Bedürfnisse abgestimmt worden. Wir sind überzeugt, mit beiden den Darlehenskassen und der Bürgschaftsgenossenschaft selbst den Weg zu einer möglichst weiten Aktivität auf fester Basis zu bahnen. Wir hoffen daher annehmen zu dürfen, dass die Delegierten den Revisions- und den Wahlvorschlägen einmütig zustimmen werden.

Am Nachmittag um 14.45 Uhr findet in der Mustermessehalle die grosse Delegiertenversammlung des Verbandes statt, an der die beiden Verbandsdirektoren über «Die schweizerische Raiffeisenbewegung im Jahre 1971» und die sie berührenden Probleme sowie den Geschäftsabschluss der Zentralkasse Bericht erstatten werden. Nach der Eröffnungsansprache unseres Verbandspräsidenten, Nationalrat Paul Schib, wird Nationalrat und Regierungsrat Dr. E. Wyss den Delegierten die Grüsse der Basler Regierung überbringen. Wir freuen uns über die Ehre, die uns der hohe Gast gibt und heissen ihn schon jetzt bei uns recht herzlich willkommen. Als ausserordentliches und wichtiges Traktandum stehen dieses Jahr die alle vier Jahre stattfindenden Erneuerungs- und Ergänzungswahlen in den Verwaltungsrat und in den Aufsichtsrat sowie für die beiden Präsidien auf der Geschäftsordnung.

Aus dem Verwaltungsrat ist alt Nationalrat Dr. Gallus Eugster, der frühere Verbandspräsident, durch Tod ausgeschieden, und auf die Delegiertenversammlung haben Direktor Hans Bloetzer (Oberwallis), Fritz Müller (Deutsch-Bern) und Josef Rivollet (Genf) ihren Rücktritt erklärt. Zur Wiederwahl stellen sich zur Verfügung Paul Schib, Nationalrat, Präsident, Möhlin AG;

Aus dem Inhalt

Die Darlehenskassen in Baselland 122

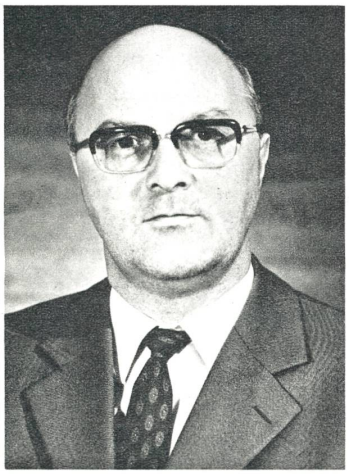
Mitteilungen aus der Sitzung des Verwaltungs- und Aufsichtsrates . . 124

Zur Geld- und Wirtschaftslage . . . 125

Die Abschlusszahlen der schweizerischen Raiffeisenbewegung im Jahre 1971 127

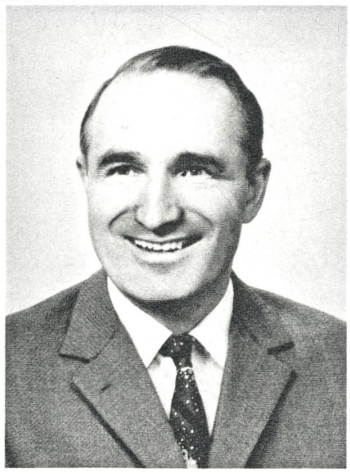
Julius Birrer, Grossrat und Nationalrat, Willisau LU; Willy Blanc, Barberêche FR; Plinio Ceppi, Mendrisio TI; Silvan Nussbaumer, Regierungsrat, Oberägeri ZG; Robert Reimann, Ständerat, Wölflinswil AG; Dr. Albin Simon, Vizedirektor, Allschwil BL; Dr. med. vet. Peter Urfer, Fontainemelon NE; Paul Vogt, Güttingen TG.

Der Verbandstag wird Gelegenheit geben, die Verdienste der Demissionäre um die Raiffeisenbewegung zu würdigen. Wir möchten ihnen aber auch hier unsere aufrichtige Dankbarkeit für ihre wertvolle Mitarbeit und unsere hohe Wertschätzung für die harmonische Zusammenarbeit zum Ausdruck bringen. Im Bewusstsein seiner Verantwortung hat sich der Verwaltungsrat eingehend mit den Nachfolgeschaften in diese Vakanzen befasst und die personellen Vorschläge mit den betreffenden Unterverbandsvorständen besprochen. In einmütiger Übereinstimmung mit den Unterverbandsvorständen schlagen die Verbandsbehörden als neue Mitglieder in den Verwaltungsrat vor:



Albert Schwendimann, geboren 31. Juli 1927, Verwalter der Darlehenskasse Andwil SG. Seit November 1971 Präsident des Unterverbandes der St. Galler Darlehenskassen, Gemeindeammann, Kantonsrat, Bezirksrichter.

Ernst Neuenschwander, geboren 1917, Ing. agr. ETH, Präsident der Darlehenskasse Bowil BE, Sektionschef Ia der Abteilung für Landwirtschaft des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes, Vizepräsident des Unterverbandes deutschbernischer Darlehenskassen.



Edmond Desbaillets, geboren 1921, Vizepräsident der Darlehenskasse Satigny, Landwirt und Weinbauer, Mitglied des Vorstandes des Genfer Unterverbandes.

Dr. Gion Clau Vincenz, Ständerat, Verwalter des VOLG-Depots in Landquart, Präsident des bündnerischen Bauernverbandes, Mitglied des Vorstandes der Bündner Kreditkasse, Mitglied der Darlehenskasse Andiast.

Als Präsident wird einmütig Nationalrat Paul Schib vorgeschlagen, der in hervorragender Weise die Verbandsgeschäfte in den letzten 4 Jahren geführt hat.

Vom Aufsichtsrate treten auf den Verbandstag zurück die Herren Rudolf Hottinger, ing. agr. ETH, Präsident des Bündner Unterverbandes, Wädenswil ZH, sowie Verwalter Mathias Werder, Mörschwil SG, Mitglied des St. Galler Unterverbandsvorstandes.
Auch ihnen möchten wir, was am Verbandstag noch besonders geschehen wird, schon an dieser Stelle unseren Dank und unsere grosse Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit in unserem Aufsichtsrate bekunden.

Zur Wiederwahl stellen sich zur Verfügung René Jacquod, Bramois, als Präsident, Albert Ackermann, Montsevellier BE, Alfred Gubler, Winznau SO, Präsident des Solothurner Unterverbandes.

Als neue Mitglieder schlagen die Verbandsbehörden nach reiflicher

Einladung zur 69. ordentlichen

Delegiertenversammlung

des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen
Samstag, den 10. Juni 1972, um 14.45 Uhr, in der Kongresshalle der Schweizer Mustermesse, Basel

Tagesordnung

1. Eröffnung durch den Präsidenten, Nationalrat Paul Schib
2. Bezeichnung der Stimmenzähler
3. Ansprache von Regierungsrat Dr. E. Wyss
4. Referat von Direktor Dr. A. Edelmann: «Die schweizerische Raiffeisenbewegung im Jahre 1971»
5. Vorlage der Jahresrechnung der Zentralkasse pro 1971, mit Bericht von Direktor J. Roos
6. Kontrollbericht des Aufsichtsrates, erstattet durch den Präsidenten R. Jacquod
7. Beschlussfassung über den Jahresbericht und über die Verwendung des Reingewinns pro 1971
8. Wahlen:
   a) des Verwaltungsrates und seines Präsidenten
   b) des Aufsichtsrates und seines Präsidenten
9. Allgemeine Umfrage

Delegationsrecht nach Art. 11 der Verbandsstatuten:

«Jede Darlehenskasse hat das Recht zur Entsendung von zwei stimmberechtigten Delegierten bis zu 100 Mitgliedern und dazu je einen weiteren Vertreter für jedes angebrochene Hundert, im Maximum fünf Vertreter. Jeder Delegierte hat eine Stimme. Die Delegierten haben sich durch schriftliche Vollmacht auszuweisen.»

Die Stimmausweise sind gegen Vorweisung der abgestempelten Teilnehmerkarte am Saaleingang erhältlich.

St. Gallen, den 30. März 1972 *Der Verwaltungsrat*

Programm

Samstag, 10. Juni 1972

10.15 Generalversammlung der Bürgschaftsgenossenschaft des Verbandes im «Stadt-Casino» Basel, Hans-Huber-Saal, Barfüsserplatz
12.15 Mittagessen
14.45 Delegiertenversammlung des Verbandes in der Kongresshalle der Schweizer Mustermesse, Basel
18.30 Nachtessen
20.45 Unterhaltungsabend in der Kongresshalle der Schweizer Mustermesse, Basel

Sonntag, 11. Juni 1972

Gottesdienste

ab 09.20 Abfahrt zu den Exkursionen mit Schiff und Cars

ca. 15.00 Ankunft Basel Bahnhof SBB

Abfahrt der Züge in Basel zur Heimreise

Die schriftliche Anmeldung muss bis 19. Mai im Besitze des Verbandes sein. Dieser Termin sowie die Bestimmung bezüglich der statutarisch zulässigen Delegiertenzahl sind strikte einzuhalten.

Die Ausflüge finden bei jeder Witterung statt.

Reservierte Zimmer können nicht mehr abgemeldet werden.

Die bestellten Teilnehmerkarten, Abzeichen und Gutscheine werden Montag, den 5. Juni, zur Spedition aufgegeben.

Prüfung und unter Berücksichtigung regionaler und personeller Gegebenheiten vor:

Othmar Julen, geboren Dezember 1912, Verwalter der Darlehenskasse Zermatt. Seit 1960 Mitglied des Vorstandes des Unterverbandes der Oberwalliser Darlehenskassen, Hotelier, Burgerpräsident, früher Mitglied des Grossen Rates.

Franz Brülhart, geboren 2. Februar 1922, Verwalter der Darlehenskasse Ueberstorf FR. Seit 1968 Präsident des deutsch-freiburgischen Unterverbandes, Gemeindepräsident und Grossrat. Mitglied der Kontrollstelle der Bürgschaftsgenossenschaft des Verbandes schweiz. Darlehenskassen.

Sodann empfehlen die Verbandsbehörden, den bisher bewährten Präsidenten René Jacquod, Bramois VS, in seinem Amte zu bestätigen.

Wir wünschen allen Kandidaten, die mit den Problemen der Raiffeisenbewegung wohlvertraut sind und sich durch ihre bisherige Tätigkeit genossenschaftlich gut ausgewiesen haben, eine gute Wahl. Die Verbandsbehörden haben ihre Aufgabe nicht leicht genommen und sicher bestqualifizierte Kandidaten zur Wahl ausgesucht.

Der Abend ist der gemütlichen Unterhaltung gewidmet, und am Sonntag werden Ausflüge organisiert.

*

Wir wünschen ein gutes Gelingen des Verbandstages 1972 und allen Teilnehmern einen angenehmen Aufenthalt in Basel.

Rund um den Baselstab

Überall in der Stadt Basel ist ihr Wappen anzutreffen, der schwarze Stab auf weissem Grund. Er ist hervorgegangen aus dem Bischofsstab, den die Bischöfe als Herren der Stadt und des Bistums in ihrem Schilde führten. Im Verlaufe der Jahrhunderte änderte sich die Form des Krummstabes. Als die Bürgerschaft dem Bischof seine städtischen Rechte abkaufte, wurde der schwarze Stab zum allgemeinen Zeichen und Symbol Basels. Auf Siegeln, Fahnen, Geschützen, in Kirchen und Zunfthäusern, am Rathaus und an Toren, auf Brunnen und Grenzsteinen wurde der Stab angebracht. Unter seinem Zeichen wickelte sich der Handel ab, wurde Gericht gehalten und das Handwerk ausgeübt. Bei der Brandmarkung erhielten die Verurteilten als ewiges Schandmal den Stab aufgedrückt. In alle Welt gelangte das stolze Symbol als Wasserzeichen des vorzüglichen Papiers und als Buchzeichen berühmter Basler Drucker. Neu ist heute seine vielseitige Anwendung in der Karikatur, gibt es doch wenige Zeichen, die mit wenigen Zutaten so vielseitig und originell verändert werden können. Die moderne Grafik bringt ebenfalls stets neue Formen des Baselstabes hervor.

1512 gab Papst Julius II. den Baslern die Erlaubnis, als Dank für ihre kriegerische Hilfe bei Pavia, in ihrem Banner statt des schwarzen Baselstabes einen goldenen zu führen. Rasch wurde ein entsprechendes Banner geschaffen, und zu Hause erhielt manches Wappen einen goldenen Anstrich. Die Reformation kehrte zum schwarzen Stab zurück, doch im Rathaus und zu St. Leonhard erinnern noch jetzt goldene Baselstäbe an das päpstliche Privileg.

Die Wohnlandschaft der Zukunft im Raum der Region

Sich Gedanken zu machen über die Wohnlandschaft der Zukunft ist ein Unterfangen, das angesichts der Dynamik der Entwicklung, die das Stadtwesen erfasst hat, keiner weiteren Begründung bedarf. Das heute noch vertraute Siedlungsbild ist in einem Stadium des Übergangs begriffen. Das Stadtinnere wie auch die Randgebiete sind tiefgreifenden Veränderungen unterworfen, deren Ablauf sich mit Zwangsläufigkeit vollzieht als die unmittelbare Folge des anschwellenden Bevölkerungszuwachses und der gleichzeitig um sich greifenden Technisierung der Umwelt. Die neuen Grössenverhältnisse einer Massensiedlung und die durch die Technik veränderten Lebensbedingungen wirken sich immer spürbarer im Leben jedes einzelnen aus.

Menschliche Würde als oberstes Planungsprinzip

Nun bieten sich verschiedene Möglichkeiten an, sich das Zukunftsbild zu vergegenwärtigen. Für einmal möge die Diskussion so erstaunlicher technischer Gebilde wie «Wohnhügel», «Trichterhäuser» und «mobile Wohnzellen in gerüstartigen Raumtragwerken» ruhen. Vielmehr soll sich die Besinnung den Möglichkeiten zuwenden, die sich anbieten im Hinblick darauf, die menschliche Würde als oberstes Planungsprinzip und eigentliche Sinngebung auch der künftigen Planung zu wahren.

Es sind die spezifischen Bedingungen der menschlichen Existenz, die gegenüber der Bedrängung durch die Verhältnisse und damit auch als Gegengewicht zum technischen Komfort geltend zu machen sind. Es geht darum, Ausschau zu halten nach dem sich zusehends verengenden Spielraum des freien Verfügens im wachsenden Gedränge der «trivialen» (K. F. Schinkel) Faktoren der technischen und ökonomischen Bedingtheiten, um gegenüber dem «lähmenden Zwang einer rein zweckgebundenen Rationalität» (H. Beenken) sich der Möglichkeiten zur Freiheit im Gestalten der Umwelt bewusst zu werden. Dass die sich als Mittel zum Zweck ergebenden technischen Notwendigkeiten erfüllt werden müssen, ist selbstverständliche Voraussetzung.

Das Wachsen der modernen Stadt

Um sich ein Bild machen zu können, welche Richtung die Entwicklung einschlagen möchte, ist es angezeigt, sich kurz das Herkommen und Werden der modernen Stadt zu vergegenwärtigen. Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts, als die Mauern abgetragen und die Gräben aufgefüllt wurden, wurde eine Bewegung ausgelöst, die bis heute, abgesehen von zeitweisen Unterbrechungen, nicht mehr zur Ruhe kommen sollte. Damals war die Stadt als Frucht des generationenwährenden, steten Aufbaus ein ausgereifter Organismus.

Das nun mehr und mehr ins Wanken gebrachte Gleichgewicht, im inneren Aufbau wie auch in der Beziehung des Weichbilds zum flachen Land, war der Preis der Industrialisierung und des damit verbundenen Expansionsdrangs, was die Dynamik der werdenden Grossstadt auslöste. Wohl wird nun bei der Anlage der Wohnquartiere am überkommenen Schema der Korridorstrassen, längs der sich beidseitig die Häuser als Blockumrandung reihen, festgehalten. Die städtebauliche Strukturierung höherer Ordnung ist aber mehr und mehr in Frage gestellt und droht, sich in chaotischer Beziehungslosigkeit zu verlieren beim wuchernden Ausbreiten der Baugebiete: letztes und oberstes Planungsprinzip ist die Parzelle.

Mit den wachsenden Distanzen entfällt auch der landschaftliche Rahmen, woraus sich der Widerspruch

ergibt, dass mit der Aufhebung der befestigten Umgürtung die Abschliessung von der Natur einsetzt. Zukunftweisend für den Entwurf einer neuen Wohnlandschaft sind einzelne in den zwanziger Jahren nach englischem Vorbild entstandene Pioniertaten wie das Freidorf und die Siedlung Hirzbrunnen, die dann allerdings von der fortschreitenden Ausweitung der Agglomeration überspült wurden.
In der Zwischenkriegszeit schreitet das Wachstum an den Rändern fort, und gleichzeitig zeichnet sich die Umwandlung des historischen Kerns zur City, der Übergang der integrierten Polis zum spezifischen Geschäfts- und Verwaltungszentrum der Agglomeration immer schärfer ab; es ist die Zeit der Korrektionspläne. Derart wird der historische Stadtkern in stets zunehmendem Masse durch Übernutzung bedroht. Dabei ist einmal an die massstabfremden Bauvorhaben im Bereich der Altstadt zu denken, dann auch an die unaufhaltsame Massierung des Verkehrs in der Innerstadt, wobei unter dem Begriff «Verkehr» heute das motorisierte Verkehrsmittel, ob ruhend oder rollend, verstanden wird.
Als zwangsläufige Folgeerscheinung treten die bekannten Streuungen der Geschäftsstadt in bisherigen Wohnvierteln auf, deren zweckentfremdete Struktur weder wirtschaftlich noch ästhetisch zu genügen vermag. Parallel zur Ausdehnung der Geschäftsstadt geht als nicht beabsichtigte Folge die Entwertung und das Unterwandern bestehender Wohnlagen vor sich.

Zum regionalen Kristallisationspunkt geworden

Eine Wende führt die Nachkriegszeit herbei. Der Druck der Verhältnisse bei gesteigertem Expansionsdrang führt dazu, dass die Stadt im Prozess der Verstädterung, welche die Kantons- und Landesgrenzen längst überbordet, nunmehr als ökonomischer und kultureller Kristallisationspunkt der Region verstanden wird.
Symptome sind das schrankenlose Ausgreifen der Überbauung in die Landschaft, das mit den wachsenden Distanzen innerhalb der Agglomeration sich verschärfende Verkehrsproblem, die Gefährdung durch den Verkehr in den Wohngebieten, die Bedrohung der City, am Verkehr zu ersticken, schliesslich die Bedrohung der menschlichen Umwelt im umfassenden Sinn. Diese Erscheinungen führen zur Erkenntnis, dass mit den Massnahmen zur Behebung einzelner Unzulänglichkeiten die Verhältnisse nicht mehr zu meistern sind.
Das Planen im regionalen Bereich einerseits und die städtebauliche Reintegrierung anderseits werden zur gebieterischen Forderung. Am Stadtkörper selber sind Eingriffe im einzelnen nicht länger zu umgehen, soll das Stadtwesen in der Gesamtheit nicht verkümmern, sondern regenerationsfähig bleiben. Diesen nicht weiterhin zu bagatellisierenden Gegebenheiten entspringen nebst den Initiativen zu regionaler Planung die in Gang kommende Diskussion eines Gesamtplans und, in funktionaler Abhängigkeit davon, beispielsweise die Vorschläge für die Regeneration des Kerns und die Konzeption des Gesamtverkehrsplans. Dessen Realisierung ist, wie bekannt, in Angriff genommen worden, insbesondere mit dem für die funktionsfähige Verkehrserschliessung der Innerstadt lebenswichtigen Cityring.

Konzeption eines städtebaulichen Verbandes

Dem neuen Aufbau wird eine Struktur zugrunde liegen, die über das Einzelobjekt hinausgreift und von der Konzeption eines differenzierten städtebaulichen Verbandes ausgeht, etwa einer Nachbarschaft, eines Quartiers, eines Stadtteils. Sie sind gekennzeichnet durch:
- die Begrenzung der Ausdehnung und Nutzung – dies im Gegensatz zur grundsätzlich schrankenlosen Ausweitung, wenn jeder Ackerboden virtuelles Bauland ist und im Sog der Grossstadt zum Objekt der Spekulation wird;
- die unaufhebbare gegenseitige Durchdringung der Umweltbereiche des einzelnen und des Gemeinwesens – dies im Gegensatz zur Öde der funktionellen wie der sozialen Zergliederung einer «Schlafstadt»;
- die Erfassung der sozialen Gliederung städtischen Lebens, das wir nicht als das einer amorphen Masse anerkennen wollen, und entsprechend die strukturelle Durchdringung eines differenzierten Stadtaufbaus – dies im Gegensatz zur Gestaltlosigkeit einer amorphen Häusermasse.

Das Ziel ist, eine Form zu finden, welche die Kluft zwischen dem ideellen Begriff des Gemeinwesens und der sinnfälligen Gestalt einer beziehungsvollen räumlichen Ordnung überbrückt. Die individuelle Sphäre des Wohnens ist immer wieder zu durchsetzen mit der Sphäre der sozialen Einrichtungen. Der Wohnbau selber kennt Ballung und Lockerung, Individualisierung, zusammenfassendes und trennendes Grün. Die Einschränkung der überbaubaren Fläche führt zu neuen Formen der baulichen Erschliessung, die charakterisiert sind durch die Konzentrierung, sei es in der Höhen- oder in der Flächenentwicklung.

Monotonie des Siedlungsgebietes vermeiden

Die Bezugnahme auf das Grünsystem der Anlagen, Alleen, Spiel- und Sportgelände, ganzer Landschaftsausschnitte wird zum charakteristischen Zug der Wohnlandschaft. Wenn noch in der Zwischenkriegszeit die Planung einer Siedlung von der Annahme des offenen Landes als natürlichen Rahmens ausging, so ist heute gerade dieses Korrelat des Siedlungsgebietes zu einem primären Faktor der Planung geworden.
Die Bodenverknappung lässt das Aussparen von Freifläche immer dringlicher werden. Landschaftliche Reservate in Anlehnung an die natürlichen Gegebenheiten einer Geländeerhebung, einer Aussichtslage, eines Wasserlaufes, eines Waldes oder auch mit der Bezugnahme auf ein altes Bauwerk, das die Einmaligkeit einer Örtlichkeit zu prägen vermag, lassen die Einebnung zur Monotonie des Siedlungsbildes vermeiden. Solche Reservate werden mit den städtischen Anlagen in Verbindung gebracht über Grünzüge, die bis in die Stadtmitte vordringen.

Urbane Profilierung wiedergewinnen

Das Grundanliegen aller Bestrebungen ist, die monotone Agglomeration, zu der die heutige Stadt mehr und mehr anschwillt, zu einer Auffächerung in überschaubare räumliche Gliederung der Siedlung und damit auch des sozialen Lebens und der öffentlichen Angelegenheiten zurückzuführen. Die solcherart wiederzugewinnende urbane Profilierung beruht auf der strukturellen Entsprechung der räumlich artikulierten Stadtlandschaft und der beziehungsvollen Verflochtenheit des spezifischen Zusammenlebens, welches das Wesen der Stadt ausmacht.
So lassen sich die Bedingtheiten und Funktionen im Gefüge anschaulich gewordener Beziehungen aus dem Sonderdasein technischer Zwangsläufigkeiten lösen. Sie unterstehen einer Richtung und einer Wertung als Bausteine im Aufbau des dem Einzeldasein übergeordneten Ganzen des Gemeinwesens, welches erst das «isolierende Leben» (Heinrich Wölfflin) aufzuheben vermag. Gerade darin wird sich wahre Urbanität immer wieder zu erweisen haben.

Otto H. Senn
Architekt BSA/SIA

Einladung zur 30. ordentlichen Generalversammlung der Bürgschaftsgenossenschaft des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen

Samstag, den 10. Juni 1972, 10.15 Uhr genau,
im «Stadt-Casino» Basel, Hans-Huber-Saal, Barfüsserplatz

Traktanden

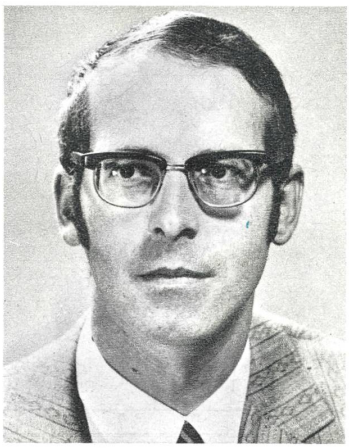
1. Begrüssung durch den Präsidenten des Verwaltungsrates, Nationalrat Paul Schib
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1971 und Vorlage der Jahresrechnung durch Geschäftsführer Paul Klaus
4. Bericht der Kontrollstelle
5. Beschlussfassung über die Betriebsrechnung und über die Verwendung des Reinertrages
6. Statuten-Revision
7. Wahlen:
   a) des Verwaltungsrates und seines Präsidenten
   b) der Kontrollstelle
8. Allgemeine Umfrage

St. Gallen, den 28. März 1972

Für den Verwaltungsrat: *Paul Schib, Präsident*

Bürgschaftsgenossenschaft

Die in den nächsten Tagen den Genossenschaftern zugehende Einladung zur Teilnahme an unserer 30. Generalversammlung enthält nach dreijährigem Unterbruch einmal mehr das Traktandum «Wahlen des Verwaltungsrates». Von den bisherigen Mitgliedern tritt James Jacot, Le Locle, aus Altersgründen zurück, während Ernst Neuenschwander als künftiges Mitglied des Verwaltungsrates des Verbandes vorgesehen ist. Die verbleibenden Herren, Nationalrat Paul Schib als Präsident, Direktor Dr. A. Edelmann als Vizepräsident, Vizedirektor Hans Hiestand als Aktuar sowie René Jacquod, Bramois, und Peter Willi, Mels, sind bereit, eine Wiederwahl anzunehmen.
Unsere Bürgschaftsgenossenschaft hat sich in den letzten Jahren sehr stark entwickelt, und insbesondere die Verpflichtungen gegenüber den Darlehenskassen sind ganz bedeutend angestiegen. Diese Tatsachen veranlassen den Verwaltungsrat, der Generalversammlung eine Erhöhung seiner Mitgliederzahl von sieben auf neun zu beantragen.
Als Ersatz für die vakanten Mandate werden vorgeschlagen:



Georges *Gumy*, geb. 1938, in Freiburg im Ue., Titularprofessor an der gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule in Freiburg. Ausser seiner Muttersprache verfügt der Vorgeschlagene über ausgezeichnete Kenntnisse des Deutschen und des «Schwizertütsch». Seit 1970 ist er zudem Kassier der blühenden Raiffeisenkasse in Ecuvillens.

Anstelle von Herrn Neuenschwander ist vorgesehen:

Herr Josef *Keller*, geb. 1912, Inhaber eines bedeutenden Baugeschäftes in Oberembrach ZH. Er ist Präsident der Darlehenskasse Oberembrach und auch des Unterverbandes der Darlehenskassen in den Kantonen Zürich und Schaffhausen. Seine langjährigen und fundierten Fachkenntnisse im Bausektor würden für uns eine wertvolle Bereicherung bedeuten.

Im Sinne der sodann geplanten Erweiterung hat sich der Verwaltungsrat auf die folgenden zwei Nominationen geeinigt:

Frau Hortensia *Haslebacher*, verheiratet und Mutter von drei Kindern. Nach Absolvierung der Sekundarschule und nach längeren Aufenthalten im Welschland und in England sowie nach Besuch einer Handelsschule mit Diplomabschluss, arbeitete sie während einigen Jahren als Sekretärin. Frau Haslebacher verwaltet seit 1961 mit Erfolg und Sachkenntnis die mehr als 15 Mio Franken Bilanzsumme aufweisende Darlehenskasse Würenlos AG. Im Zeitalter der Emanzipation der Frau würde deren Einsitz unserem Verwaltungsrate ganz besonders gut anstehen.

Um auch den uns angeschlossenen italienischsprachigen Darlehenskassen die ihnen ohne Zweifel zustehende Vertretung einzuräumen, proponiert der Verwaltungsrat als weiteres Mitglied:

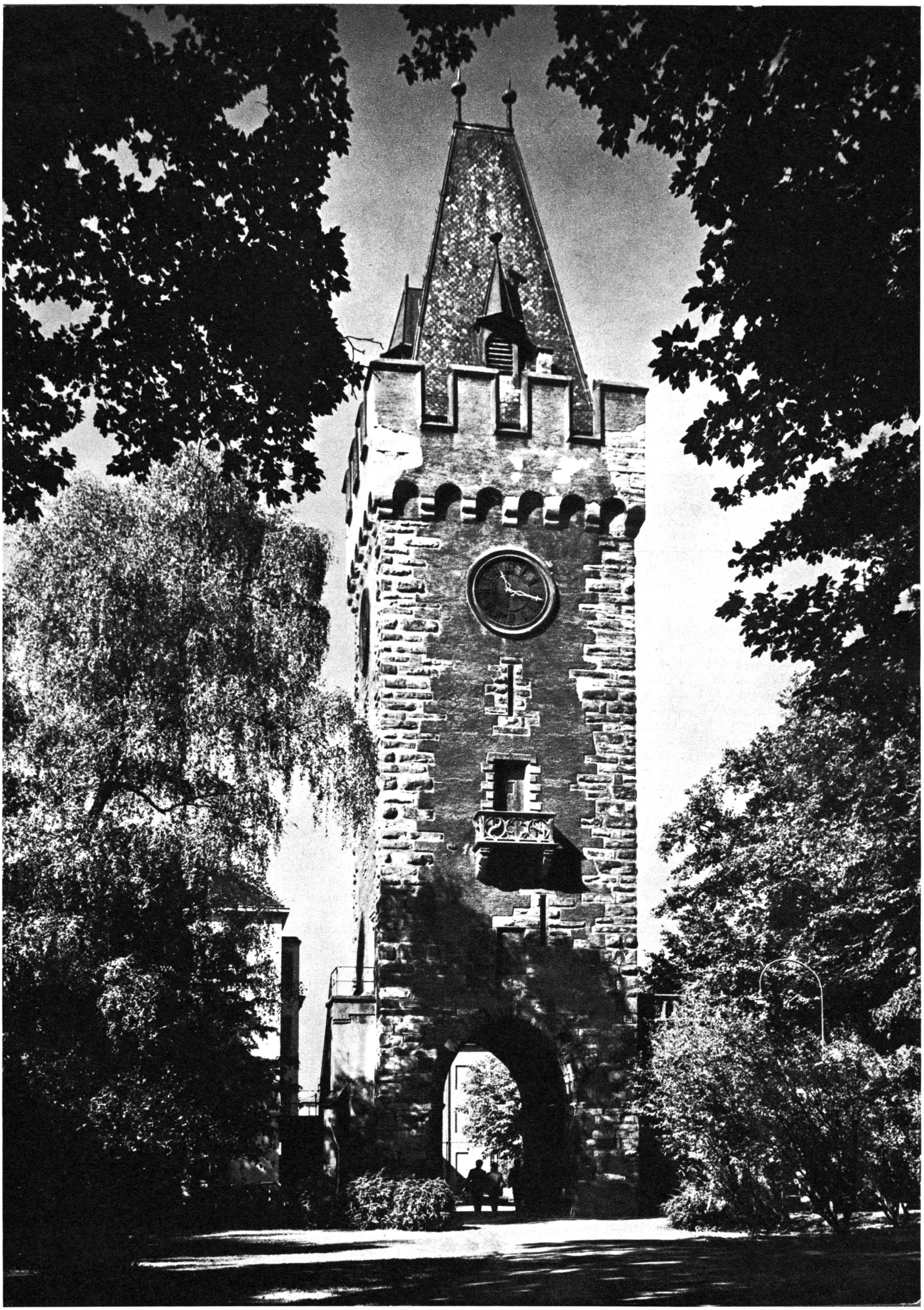
Edy *Arrigoni*, geb. 1927, Leiter des SBB-Reisedienstes in Chiasso und seit 1965 Kassier der Darlehenskasse Novazzano, die zu den führenden Raiffeisen-Instituten des Kantons Tessin zählt. Er gehört sodann seit 1969 der Kontrollstelle unserer Genossenschaft an und verfügt damit bereits über einen für seine zukünftige Mission bestimmt wertvollen Einblick in die Tätigkeit und Organisation der Bürgschaftsgenossenschaft.

An dessen Stelle, und auch um den Raiffeisenkassen in Italienisch-Bünden eine Vertretung einzuräumen, wird schliesslich Lehrer Pietro Lanfranchi, Kassier der Darlehenskasse San Carlo, Poschiavo, als Nachfolger in die Kontrollstelle vorgeschlagen. Wie Herr Arrigoni ist auch dieser Kandidat der deutschen Sprache mächtig. PK

Drei Kaiser an einem Tisch

Im Dezember 1813 zogen alliierte Truppen gegen Frankreich, um die Heere Napoleons endgültig zu schlagen. Trotz der Neutralitätserklärung der Schweizer Tagsatzung überquerten Österreicher, Preussen und Russen in Basel den Rhein. Durch Einquartierungen und Requisitionen richteten sie in der Stadt und in ihrer Umgebung grossen Schaden an. Aber auch in weiten Gebieten der Nord- und Westschweiz hielten sich Detachemente alliierter Truppen auf. Zu Beginn des Jahres 1814 war Basel während vierzehn Tagen Hauptquartier und Mittelpunkt des Weltgetriebes. Kaiser Franz I. von Österreich wohnte damals im Blauen Haus am Rheinsprung, Zar Alexander I. von Russland im Segerhof am Blumenrain und König Friedrich Wilhelm III. von Preussen logierte im Deutschritterhaus an der Rittergasse.

Am 13. Januar 1814 trafen sich die drei Herrscher zu einem feierlichen Mahl im prächtigen Blauen Haus. Ausser den Bedienten des Kaisers, unter denen sich sechs Köche, die Zuckerbäcker und «fünf Weiber» befanden, hatte die Hausfrau, Frau Vischer, neben ihren eigenen vier Mägden noch «dreizehn andere Weibsbilder und noch viele Mannsleute, zusammen 28 Angestellte» aufzubieten.
Abends um fünf Uhr trafen die Gäste ein; jedesmal, wenn ein Fürst erschien, gab's einen Trommelwirbel, dann wurde von der Wache der Name ausgerufen. Zuerst kam der Kaiser von Russland, er wurde im Hof von einigen vornehmen Herren empfangen und nach oben geleitet. Dann ging die Doppeltüre des Saales auf, Kaiser Franz trat heraus und begrüsste Alexander mit Komplimenten. So war es auch mit König Friedrich Wilhelm und dessen beiden Söhnen, dem spätern König Friedrich Wilhelm IV. und dem späteren Kaiser Wilhelm I. Anwesend waren zudem Fürst Metternich und der Bruder des Zaren, Grossfürst Konstantin, «von dessen Hässlichkeit und wildem Charakter man schon so viel erzählt hat». Leuchter erhellten die feierliche Tafel, an der 22 Monarchen teilnahmen. Schade ist, dass uns das Menü des Diners nicht überliefert ist.



Basel, St. Albantor

REGIO – ein europäischer Testfall

Die Regio, die Gegend zwischen Jura, Vogesen und Schwarzwald, ist – selbst über drei Landesgrenzen hinweg (Deutschland, Frankreich, Schweiz) – durch geschichtliche Bande über Jahrhunderte eng verbunden. Auf diesem für ein friedliches Zusammenleben geradezu prädestinierten Boden eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Detail zu realisieren, ist die Aufgabe dieser Bewegung der Regio. Sie möchte damit modellhaft den Beweis erbringen, dass internationale Verständigung im kleinen Raum beginnen muss, wenn die grossen Ideen der Völkergemeinschaft zum Tragen kommen sollen.

Die zukünftige Gestaltung der Regio wird deshalb oft als Modell Europas bezeichnet. Ein hoher Anspruch! Den Beweis, ihm genügen zu können, sind wir noch schuldig. In den drei Jahrzehnten bis zur Jahrhundertwende sollte er aber erbracht werden. Daraus ist ersichtlich, dass die Zielsetzung dieser Bewegung der Regio und der Regio Basiliensis im besonderen eine recht langfristige ist.

Auch wenn der oberrheinische Raum mit dem Elsass, Südbaden und der Nordwestschweiz als eine natürliche Einheit erscheint, wird es keinesfalls leicht sein, aus ihm wirklich eine Einheit zu schaffen. Der Wachstumsdruck auf das oberrheinische Dreiländereck nimmt zu, gleichsam von unten herauf, dem Rhein entlang. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass unsere Region eine Entwicklung erleben wird, wie sie in den letzten Jahrzehnten der mittelrheinische Raum um Frankfurt am Main oder die Region München erlebt haben.

Gleich wie für das Elsass und Südbaden war auch für Basel seine Grenzlage immer schon von ganz entscheidender Bedeutung für seine Entwicklung. Seit der Unterzeichnung der Römerverträge im Jahre 1958 hat sich aber eine wesentlich neue Situation ergeben, der Basel und die Nordwestschweiz rechtzeitig Rechnung tragen müssen. Es ist um so dringlicher, als sich innerhalb der Schweiz die Randlage der Nordwestschweiz in der letzten Zeit immer akzentuierter abzuzeichnen beginnt. Die im Entstehen begriffene schweizerische Landesplanung konzentriert sich doch weitgehend auf das Mittelland und weist eine klare geschlossene Räumlichkeit auf. In ihrer Grenzlage ist nun aber gleichzeitig eine mögliche Zukunftschance der Region Basel begründet, wenn sie bereit ist, eine ehrliche, auf die Interessen aller beteiligten Gebiete und Partner ausgerichtete interkantonale und internationale Zusammenarbeit anzustreben – wobei eben jene echte Partnerschaftsbasis gefunden werden muss, ohne die es keine grenzüberschreitende Kooperation gibt. Die Erkenntnis, dass die sich hier stellenden grossen Aufgaben nicht allein dem Staat überlassen werden können, führten Ende 1963 zur Gründung der Regio Basiliensis, die ein Gemeinschaftswerk aller an der Zukunft interessierten staatlichen und privaten Geschäfte im schweizerischen Teil der Regio darstellt. Die Arbeitsgruppe der Regio wird als Kontakt-, Forschungs- und Koordinationsorgan wirken und übernimmt die Vorbereitung für die Gesamtplanung im weitesten Sinne. Ihrer Zielsetzung gemäss befasst sich die Regio in erster Linie mit grenzüberschreitenden Aufgaben, welche die gesamte Region und einen wesentlichen Teil derselben berühren. In den acht Jahren ihres Bestehens hat sie bereits wesentliche Beiträge zur Grundlagenforschung geleistet, die man insbesondere in der Schweiz in der letzten Zeit weitgehend vernachlässigte. So ist ein auf Gemeindebasis aufgebauter Regio-Strukturatlas ausgearbeitet worden, und in der Schriftenreihe der Regio sind grundlegende Studien über Wirtschaft, Bevölkerung und Soziologie sowie über den regionalen Verkehr veröffentlicht worden. Die Regio war auch massgeblich beteiligt an der Schaffung der durch die beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Land getragenen Regionalplanungsstelle beider Basel und der Internationalen Koordinationsstelle der Regio. Als eines der bedeutendsten Ereignisse in der letzten Zeit ist die Schaffung der deutsch/französisch/schweizerischen Konferenz für regionale Koordination auf Regierungsebene zu vermerken. Mit diesem Instrumentarium ist es erstmalig gelungen, die internationale Zusammenarbeit am Oberrhein fest zu verankern.

Wenn wir uns am Oberrhein um eine internationale Zusammenarbeit bemühen, so können wir auch der Schweiz einen wichtigen Dienst leisten. Bei grenzüberschreitenden Vorhaben könnte einen die Schwerfälligkeit der Politik leicht zur Verzweiflung bringen. Gerade hier aber zählt jeder noch so kleine Schritt doppelt für die Zukunft. Jede gemeinsame Aktion baut neue Brücken, öffnet Kanäle des Gespräches, und deshalb sind die gerade im Jahre 1971 erreichten Resultate recht ermutigend.

Die Regio im Jahre 2000

Wie unsere Region im Jahre 2000 aussehen wird, hängt weitgehend vom Willen ihrer Bevölkerung – diesseits und jenseits der Grenzen – ab, aktiv und gestaltend an der modernen Entwicklung teilzuhaben, oder diese allenfalls zu bremsen. Die Regio hat sich in ihrem Bemühen, Grundlagen für dieses Zusammenwirken am Oberrhein bereitzustellen, auch einige Entwicklungsmodelle für das Jahr 2000 ausarbeiten lassen. Wir möchten nachfolgend eine dieser Varianten kurz skizzieren. Es handelt sich dabei aber nicht um Leitbilder, sondern lediglich um Trend- oder Tendenzbilder der Entwicklung des südlichen Oberrheingebietes von Strasbourg bis Waldshut.

Dieses Modell (siehe nebenstehendes Schema) geht von der Annahme aus, dass sich Entwicklungsbänder in gegenwärtig und in zukünftig möglicherweise stärker verdichteten Besiedlungen entlang zwischen den grossen Städten des südlichen Oberrheingebietes ziehen. Für die fünf wichtigsten städtischen Zentren Strasbourg, Freiburg, Colmar, Mülhausen und Basel sind die entsprechenden langfristigen Bevölkerungsprognosen der betreffenden Städte verwendet worden, wobei für die Agglomerationsräume Basel und Strasbourg für das Jahr 2000 je eine halbe Million Menschen angenommen wird, während man für Freiburg und Mülhausen mit je 300 000 und Colmar mit 200 000 Einwohnern rechnet.

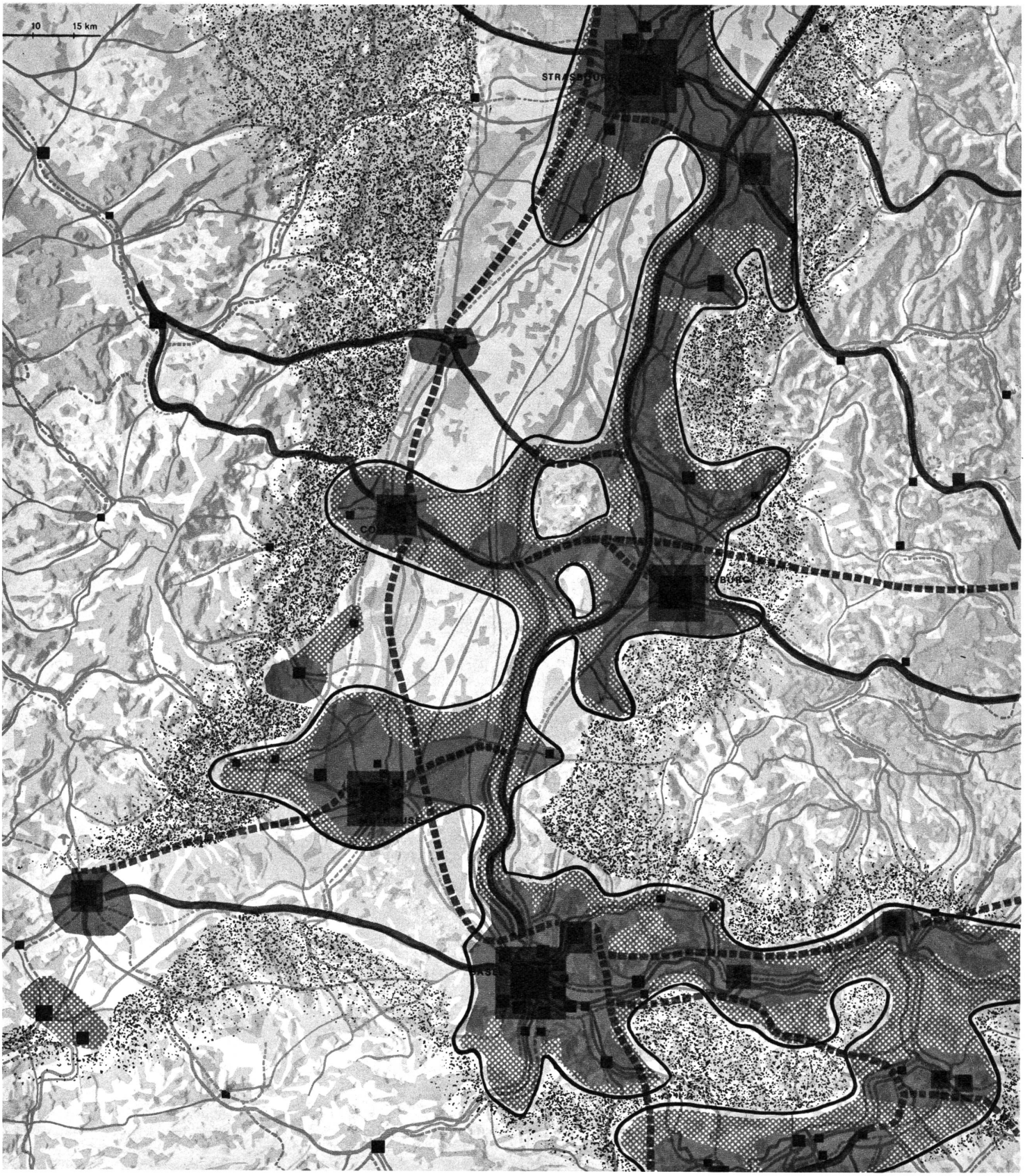
Bei diesem Tendenzbild sind klar abgezeichnet (Grünräume ausgeschieden) also Zonen mit vorherrschender Landwirtschaft und geringer Besiedlung sowie auch Erholungsräume, also grosse Waldflächen. Eingetragen sind alle Verkehrs- und Strassenplanungen von regionaler und überregionaler Bedeutung. Dieses Modell zeigt, wo mit einer Verdichtung der Besiedlung gerechnet werden muss und welche Auswirkungen über die Staatsgrenzen hinaus sich ergeben können. Besonders delikat werden die Entwicklungsprobleme im Raum zwischen Basel und Waldshut, zwischen Basel und Mülhausen/Mülheim sein. Hier wie dort können Beeinträchtigungen des Nachbarn nur dann abgewendet werden, wenn konkrete Ansiedlungsprojekte frühzeitig grenzüberschreitend abgestimmt werden. Es ist zu hoffen, dass die abgelaufene gemeinsame internationale Koordination bezüglich der Regionalplanung hier gewisse Auswüchse verhindern kann, so dass dieser Teil unserer Region doch «wohnlich» bleibt. In diesem Modell liegt selbstverständlich die Annahme zugrunde, dass zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz keine entwicklungshemmenden Faktoren vorhanden sind.

Dieses und auch die anderen sechs Modelle zeigen überall die Verflechtungstendenzen zwischen den drei Ländern und machen klar, dass die Entwicklung im deutschen und französischen Teil unserer Regio nicht ohne Einfluss auf die schweizerische Regio sein kann. Die gemeinsame Diskussion, welche Entwicklung nun am sinnvollsten ist, muss besser heute als erst morgen mit unseren ausländischen Partnern beginnen. Dies ist heute mit der Schaffung der Internationalen Koordinationsstelle der Regio und der deutsch/französisch/schweizerischen Konferenz für regionale Koordination eingeleitet und bedeutet besonders für uns Schweizer eine Chance, um in der Zukunft wenigstens noch einen gewissen Einfluss auf die Entwicklung in diesem Dreiländerraum ausüben zu können. Auch hier werden wir beweisen müssen, was wir imstande sind zu verwirklichen. Wenn wir Erfolg haben, so werden wir nicht nur der baslerischen und schweizerischen Wirtschaft, sondern auch den Verwaltungen und der Politik den Weg zur konkreten europäischen Zusammenarbeit ebnen. Damit könnte die Regio ein europäisches Testbeispiel werden.

Dr. Hans J. Briner,
Geschäftsführer der
Arbeitsgruppe
Regio Basiliensis

Grünräume
Erholungsräume, Wald
Verdichtete Besiedlung
Zone I
Zone II
Bevölkerungsprognose
1 mm² *1500 Einwohner*
Überregionale Verbindungsstrassen
Bestand
Planung
Autobahn
Übergeordnetes Strassennetz
Eisenbahn
Flughäfen und Landeplätze

Kartenentwurf:
Dr. Ing. W. Schütte
R. Schütte



Die letzten in der Eidgenossenschaft

Basel hatte durch den Gotthardverkehr zur Urschweiz engste und älteste Verbindungen; in der Nähe Basels erstreckt sich auch das Gebiet, das als letztes zur Eidgenossenschaft kam, das Birseck. In der Erklärung des Wiener Kongresses vom 20. März 1815 über die Angelegenheiten der Schweiz heisst es nach der bedeutungsvollen Anerkennung und Gewährleistung der immerwährenden Neutralität der Schweiz, dass das Bistum Basel der Eidgenossenschaft einverleibt und so ihr Wunsch erfüllt werde. Das Gebiet soll dem Kanton Bern zugewiesen werden. Hievon ausgenommen war jedoch das Birseck, eine Nachbarlandschaft der Rheinstadt. Zu ihr gehörten die neun Gemeinden Arlesheim, Reinach, Aesch, Pfeffingen, Oberwil, Therwil, Ettingen, Allschwil und Schönenbuch. Der neue Gebietsteil wurde zuerst der Tagsatzung übergeben; man sprach dabei die Hoffnung aus, das Volk im Birseck sei gutwillig und werde sich von ihrer zukünftigen Regierung leicht leiten lassen. Nach langen Verhandlungen bis zur endgültigen Vereinigung mit Basel vollzog sich die Übernahme am 28. Dezember 1815. Gross und laut war der Jubel in Arlesheim, auf dem Domplatz stand ein Triumphbogen mit der Inschrift: «Gesegnet sei Basel für immer!» Der Tag war ein wahres Volksfest, und die jungen Schweizer wurden mit feurigen Reden zur Vaterlandsliebe angehalten. Die Birsecker gelobten, auf ewige Zeiten getreue und liebe Eidgenossen zu sein. Damit hatte sich der Kanton Basel vergrössert und die Eidgenossenschaft ihre endgültigen Grenzen erhalten.

Utopischer Blick in die kulturelle Zukunft

Von Reinhard Stumm, Redaktor der Basler Nachrichten

Jene Männer und Frauen, die im Jahre 2000 in ihrem besten Alter stehend den Raum zwischen Basel und Laufenburg bevölkern werden – eine Bandstadt mit über 600 000 Einwohnern wird vorausgesehen – stehen heute im Kleinkinderalter oder gehen bereits in die Schule. Da jede Zukunft abhängig ist von den erzieherischen Grundlagen der Gegenwart (es sei denn, man betrachte nur die technischen Entwicklungen als relevant für den Zustand der Menschheit), sind die Weichen für die Jahrtausendwende bereits entscheidend gestellt. Eine Prognose brauchte kaum mehr zu tun, als die Erkenntnisse moderner Soziologie und Psychologie auf die nächsten dreissig Jahre anzuwenden, um ein gültiges Bild vom Zustand der Gesellschaft zu entwerfen. Um Forderungen zu erheben, die im Jahre 2000 spürbare und sinnvolle Wirkungen haben sollen, ist es bereits zu spät. Wie immer kann es sich auch hier nur darum handeln, in dem Entwurf einer Utopie das als gegeben zu schildern, was zu Rückschlüssen auf Nötiges verleiten müsste.

Elitäre Funktion des Kulturbetriebes

Die Regio Basiliensis kennt bis heute nur ein für uns wichtiges Kulturzentrum: Basel. Hier sind Theater, Konzertsäle, ausgedehnte Sportanlagen. Hier sind ausser den vielen Normalschulen zahlreiche Spezialschulen zu finden, hier werden Möglichkeiten der Erwachsenenbildung geboten; die Universität ist ein geistiges Zentrum, das zudem in immer engere Beziehungen zu einer hochspezialisierten Industrie tritt. Die Stadt und ihre nähere Umgebung werden in immer stärkerem Masse bevölkert werden von den Managern eines weitersteigenden Lebensstandards; der «Vorstadtbewohner», die ausgelagerten Industrien bedienend, hat ins Zentrum Wege bis zu 40 km zurückzulegen und das nur, um Bedürfnisse zu befriedigen, die keine wesentlich existentiellen sind. Der Kulturbetrieb wird folgerichtig eine immer stärkere elitäre Funktion bekommen, getragen und erhalten von einer sorgfältig vorgebildeten Bevölkerung, die in geistiger Reichweite des Zentrums heranwächst, immer stärker vernachlässigt von jenen, für die eine genau angepasste, weil auf Profit ausgerichtete Vergnügungsindustrie sorgen wird. Die Fernsehanstalten staatlicher und privater Observanz werden ihre Krallen vollends in das schutzlos blossliegende Bewusstsein der Menschen schlagen.
Die Freizeit wird weiter anwachsen und grössere Probleme stellen als bisher. Sie kann – um es pointiert zu fassen – zu einer neuen Geissel der Menschheit werden. Sie könnte allerdings auch die grosse Chance der Menschwerdung des Menschen sein, je nachdem, wie sie benutzt wird.

Der Sog der Stadt wird bleiben

Die Stadt hat noch immer saugende Wirkung, sie reisst alles an sich, sie ist wie der Stern von Bethlehem – Leben ist nur hier. Die Stadt müsste indessen ausstrahlen können. Sie sollte die Werkstatt sein, in der ein «fahrbares» Angebot an kulturellen Leistungen entsteht, die in die ganze Region hinausgeliefert werden müssen. Nicht anders als die Kettenläden auf dem Land, deren Verwaltungsapparate in der Stadt liegen, müsste jedes Angebot an «Kultur» in zahlreichen Dependancen der Region verkauft werden können. Die Forderung ist nicht nur, ein jederzeit auch im eigenen Heim konsumierbares Programm anzubieten, die Forderung ist auch die nach Kommunikationsangeboten, die nicht nur über den Umweg Basel eingelöst werden dürfen.
Diese Überlegungen gehen von Annahmen aus, die keineswegs zutreffen. Kultur hat nicht jene Stellung im Bewusstsein des Bürgers, die nötig wäre, um die zunehmende Technisierung sinnvoll abfangen zu können. Sie ist vorläufig Spezialität einiger Bevorzugter, die nicht einmal den Wunsch haben, die Verhältnisse zu ändern. Zu formulieren wäre indes ein kulturelles Bewusstsein, das jede Art kultureller Äusserung des Menschen einbaut in die vielfältigen Aspekte des menschlichen Lebens. Kultur also nicht mehr als dekorativer Überbau. Man müsste zum Prinzip der Rudolf-Steiner-Schulen vorstossen können, in denen «Kultur» nicht angeklebtes Lehrfach ist.

Lehrstuhl für Kulturforschung notwendig

Es wäre von allen Seiten her – soziologisch, anthropologisch, psychologisch, medizinisch – endlich einmal zu untersuchen, was man als «seelische Infrastruktur» des Menschen bezeichnen könnte. Vielleicht stellt sich heraus, dass Kultur tatsächlich nur dekorative Funktion hat – dann sollte man die Konsequenzen ziehen. Im anderen Falle allerdings auch. Ein Lehrstuhl für Kulturforschung sollte an unserer Universität eingerichtet werden, möglicherweise nur auf Zeit, um drängende Fragen in unabhängiger Forschung zu klären.
Die Erziehung in den Schulen hätte mit allem Bedacht die Gewöhnung an kritische Einschätzung aller Umweltaspekte zu fördern, sie hätte sich zur Aufgabe zu machen, die Genussfähigkeit des Menschen (nicht seine Genussucht) zu entwikkeln, sie hätte der Erziehung zur Kritikfähigkeit grösste Aufmerksamkeit zu schenken, sie müsste die antagonistischen Prinzipien unserer Gesellschaft als sinnvoll vertraut machen und sie hätte nicht nur den Sinn für Leistungen zu fördern, sondern den Sinn für Haltungen, die Leistungen hervorbringen. Widerstandsfähigkeit gegen jede Form der Manipulation müsste das Ziel sein, Freude an kultureller (eigener) Leistung, die Möglichkeit, echte Selbstfindungserlebnisse zu schaffen, Förderung der Erlebniskraft. Die Schule hätte den Menschen nun endlich zu einem Gesellschaftswesen zu erziehen.

Kultur in der Stadt von morgen

In der gleichen Richtung hätten die Städtebauer zu wirken, die auf grosszügigste Weise, frei von privatem Gewinndenken und unter allen demokratischen Kontrollen die Entfaltung all dessen möglich machen müssen, was in den jungen Menschen angelegt wurde. Die langsam voranschreitende bauliche Entwicklung der Bandstadt am Rhein wäre schon heute so zu planen, dass sich Konsequenzen abzeichnen, flexibel im Detail, aber streng gehorchend den soziologischen Erkenntnissen über das Leben der Gesellschaft, Raum freihaltend für die kulturellen Bedürfnisse der Gruppe. Wer aus der Schule kommt, darf nicht länger vor dem totalen Vakuum stehen, das alle Bemühungen der Schule Lügen straft. Begegnungsräume

müssen geschaffen werden, Unterzentren, in denen «Kulturhäuser» jedermann offenstehen. Bibliotheken, Theatersäle, Konzerträume (auch zum Selber-Musizieren), Bastelwerkstätten, Räume für Geselligkeiten, Fernsehzimmer, Spielzimmer, Vortragsräume, viel Platz für eigene Aktivitäten der Gruppe. Die Beziehungen zum Hauptzentrum als Lieferanten für alles das, was nicht selber hergestellt werden kann, müssen eng sein. Besondere Institutionen werden für diese Verbindungen sorgen, Delegierte aus allen Unterzentren werden in ihnen vertreten sein. Sie werden gemeinsame Pläne schmieden, Wünsche vortragen und besprechen, Programme entwerfen. Verschwunden sein sollte bis dahin der Kulturdünkel jener Kreise, die einen Rollkragenpullover im Konzertsaal immer noch für einen Frontalangriff auf heiligste Güter halten. Es gibt keine heiligsten Güter mehr, nur noch frei verfügbares Material, das von Menschen gebraucht wird, die gelernt haben, in voller Eigenverantwortlichkeit zu leben. Kultur wird Bedürfnis sein, Arbeit das Mittel, sie sich leisten zu können.

Neue Erziehungsgrundlagen

Hausbesitzer werden es begrüssen, wenn Mieter die Keller umbauen oder Wände ausbrechen, um gemeinsame Grossräume zu schaffen. Musik nach zehn Uhr abends wird nicht die Polizei herbeiführen, sondern die Nachbarn, die sich zum Zuhören einstellen. Man hat Selbstvertrauen genug, andere Meinungen hören zu können, man ist stark genug, überzeugende Argumente akzeptieren zu können. Freizeit wird eine Wohltat sein, ihre Vermehrung sinnvoll, erwünscht.

Andere, bessere, nicht länger den tyrannischen Forderungen der technischen Zivilisation angepasste Erziehungsgrundlagen sind nötig; denn nicht der Grad des technischen Fortschritts wird den Zustand der Welt im Jahre 2000 bestimmen, sondern der Grad der seelischen Absicherung des Menschen gegen die vollendete Sterilisierung aller Empfindungsbereiche.

Münzgeschichte von Basel

Von Christian Winterstein, SBV, Basel

Basilia oder Basilea ist eine der ältesten Münzprägeorte der Schweiz. Nicht zuletzt wegen seiner geographischen Lage am Rheinknie, einem der wichtigsten Wasserwege in Mitteleuropa.

Eine der ersten Münzen, die den Namen Basilea aufweisen, stammt aus der Merowingerzeit (7. Jhd.). Unter dem letzten Karolingerkönig, Ludwig IV., wurden 899–911 Denare (Silbermünzen) geprägt. Die folgenden Burgunderkönige Konrad der Friedfertige, 937–993, und Rudolf III. 993–1032 liessen Denare, Obole und Hälblinge schlagen. Nach dem Hinschied Rudolfs III. fiel die Stadt Basel wieder dem Deutschen Reiche zu, unter dessen Oberhoheit sie bis 1501 blieb.

Als das Münzrecht an die Kirche überging, prägten die Bischöfe Adalbero II. 999–1025, Adalrich 1025–1040, Theoderich 1041–1055, Beringer 1057–1072, Burkart von Fenis 1072–1107 und Rudolf I. 1107–1122 Halbbrakteaten, Hälblinge und Dünnpfennige.

In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts treten erstmals viereckige und runde Pfennige mit Kreuz und Rad auf. Als erster Bischof liess sich Lütolf von Röteln 1191–1213 auf den Münzen porträtieren, was von den elf nachfolgenden Bischöfen 1215–1382 auf einseitig geschlagenen Münzen beibehalten wurde. In der Mitte des 13. Jahrhunderts besassen die Bürger von Basel ein gewisses Aufsichtsrecht über die bischöfliche Münze, bedingt durch die Darlehen, welche von der Stadt Basel den Geistlichen gewährt wurden. Trotzdem blieb jedoch der Schlagschatz (Gewinn) in den Händen der Bischöfe. Am 12. März 1373 wurde das Münzrecht von Bischof Johann von Vienne infolge drückender Schulden für 4000 Florentiner Goldgulden an die Bürger von Basel verpfändet. Noch gelang es dem Bischof, bis 1385 die Verpfändung wieder zu lösen. Im selben Jahr musste er abermals die Münze für 1000 Goldgulden der Stadt abtreten, und diesmal endgültig, weil es ihm nicht mehr möglich war, im folgenden Jahr die Schuld zu tilgen. Das Münzrecht oblag nun der Stadt Basel.

Die fortschreitende Münzverschlechterung infolge geringeren Silbergehaltes bewirkte, dass der Basler Münze und deren benachbarten Prägeorten immer weniger Vertrauen entgegengebracht wurden. Die politischen Spannungen zwischen Herzog Albert I. von Österreich und den Eidgenossen (Schlacht bei Sempach 1386) verschärften die Münzkrise. Der Friedensschluss im Jahre 1387 brachte das Münzwesen wieder auf eine stabilere Grundlage. Nach dem damaligen Vertrag hatte nur noch eine einzige Währung Geltung, und zwar wurden eckige Pfennige geschlagen.

Die endgültige Münzkonvention führte zur Festlegung des Münzvertrages vom Jahre 1403, genannt «Rappenmünzbund», welcher eine Münzvereinigung der oberrheinischen Städte Basel, Freiburg, Breisach, Colmar und Thann darstellte. Dieser Vertrag gab unter anderem der Stadt Basel das Recht, das zur Prägung benötigte Silber aus den Vogesen zu beziehen. Im Jahre 1425 entschloss sich der Rappenmünzbund, sein überlebtes mittelalterliches Münzsystem durch Pfennige aufzugeben und durch ein modernes in Form von Plapparten, Doppelvierern, Vierern, Rappen und Steblern zu ersetzen.

Am 19. September 1429 liess König Sigismund eine Goldmünzstätte in Basel errichten, die sich in der Nähe des heutigen Fischmarktes befand. Er ernannte den Basler Bürger Peter Gatz auf fünf Jahre zum Münzmeister mit einem Jahreslohn von 80 Goldgulden. Sigismund schrieb das Münzbild wie folgt vor: «Item das uff den obgenanten gulden steen sol uf der einen sytten ein zepter mit dem apfel und creutz und umgeschriebn sten sol Sigismundus Romanorum Rex und uff der ander seitten unser lieben frawen bild mit irem kindlein an dem arme und dorumb also geschriben moneta Basiliensis.»

Durch die fortwährende Geldnot sah sich schliesslich Sigismund am 3. Mai 1431 gezwungen, seine drei Münzen Frankfurt, Nördlingen und Basel seinem Erbkämmerer (Finanzminister) des deutsch-römischen Reiches, Konrad von Weinsberg, für 5450 Goldgulden zu verpfänden. Die Goldmünzstätte zu Basel blieb nun während 72 Jahren im Besitze der Familie Weinsberg. Konrads erster Gedanke war zwar, die drei Münzen mit einem Gewinn direkt weiterzuverkaufen, jedoch war dem Basler Rat der Preis zu hoch. Nach dem Tode Kaiser Sigismunds wurde Albrecht II. zum König gewählt. Sein Name erscheint nun während 1½ Jahren auf den Goldgulden und wird 1440 nach seinem Ableben von Friedrich III. abgelöst. Im Jahre 1439 hatte Konrad von Weinsberg die Absicht, die Basler Münze nach Strassburg zu verlegen und sie dem Herrn Adam Riffen für 4000 Gulden zu veräussern. Aber auch dieser Verkaufsversuch scheiterte. Auch mit dem Kölner Erzbischof Diether kam es 1443 zu keinem Abschluss. Den letzten Versuch unternahm Weinsberg 1446 und offerierte die Frankfurter Münze dem Frankfurter Rat für 6000 Gulden. Letzterer lehnte jedoch mit der Begründung ab, die Staatskasse könne im Moment einen derart grossen Betrag nicht aufbringen. Somit blieben alle kaiserlichen Münzstätten in den Händen der Familie von Weinsberg. Am 18. Januar 1448 starb Konrad von Weinsberg und hinterliess seinen beiden Söhnen und seiner Tochter, Herzogin von Sachsen, nebst den Münzstätten ein recht schuldenfrohes Erbe; denn die Basler Münze war durch die Bürger von Basel bereits stark belehnt worden. Die Erben hatten oft Streitigkeiten mit dem Basler Rat auszufechten, um die Münze nicht verlieren zu müssen. Basel setzte alle Druckmittel an, um endlich in deren Besitz zu kommen. In den siebziger Jahren wurden die Basler Goldgulden nicht mehr so häufig geschlagen. Trotz härtester Strafen blühte die Falschmünzerei im 15. Jahrhundert mehr und mehr.

Der Erbe Philipp von Weinsberg wollte unter allen Umständen die Münzstätten im Besitze seiner Familie wissen. Am 12. Juli 1491 beauftragte er seinen Münzmeister Ludwig Gsell, die letzte Schuld an den Basler Rat zu bezahlen. Dadurch geriet die Münze wiederum vollständig in die Hände der Erben bis zum Tode Philipps im Jahre 1503. Er hinterliess die drei Münzstätten dem Grafen Eberhard von Königstein, welcher 1509 die Verlegung der Basler Münze nach Augsburg bewirkte.

Am 30. Dezember 1512 übergab Papst Julius II. der Stadt Basel kraft einer Urkunde das Recht, goldene Münzen zu schlagen, obwohl er hiezu nicht befugt gewesen wäre. Nun wurden Goldgulden mit den Jahreszahlen 1512 und 1513 gemünzt, die den Namen des Papstes trugen. Aus obigem Grunde sind diese Münzen sehr umstritten und müssen daher zu den Medaillen gezählt werden. Der Bankier Jacob Meyer zum Hasen erlangte am 10. Januar 1516 beim Kaiser Ma-

ximilian I. ein Privileg, wonach die Basler berechtigt waren, goldene Münzen zu schlagen. Damit hatte Basel endlich jenes Ziel erreicht, auf welches 85 Jahre hindurch die Ratsherren dieser Stadt hingearbeitet hatten, oft unter Mitteln, die nicht immer als einwandfrei bezeichnet werden können.

Laut Beschluss des Rappenmünzbundes im Jahre 1498 wurde erstmals vereinbart, grössere Silbermünzen herzustellen. Jetzt wurden Dicken oder Drittelsguldiner sowie Groschen geschlagen, während die kleineren Münzsorten beibehalten wurden. Kurze Zeit später überschwemmte eine neue Münzsorte, die sog. Rollbatzen, den Raum des Rappenmünzbundes. Diese wurden von schweizerischen und süddeutschen Münzstätten geprägt und hatten geringen Silbergehalt. Aus diesem Grunde sah sich Basel 1520 gezwungen, neue Geldsorten zu schlagen. Von nun ab wurden die Dicken und Groschen mit lateinischer und nicht mehr mit gotischer (Mönchs-) Schrift geprägt. Auch die Goldguldenprägung wurde im selben Jahre wieder aufgenommen und dauerte bis 1539. Die Silberbeschaffung wurde immer schwieriger, und die weiter fortschreitende Rollbatzen-Überschwemmung veranlasste den Rappenmünzbund zur Schaffung eines ähnlichen «schlechten» Batzens. 1535 erliess König Ferdinand von Österreich eine neue Münzordnung, die die herkömmlichen Batzen verrief und deren weitere Prägung verbot. Dadurch geriet der Rappenmünzbund in eine recht schwierige Lage. Es gelang ihm aber, die angedrohte Sperrung des Silberkaufs durch einen neuen Vertrag mit den Silberbergwerken zu umgehen. Nach mehrfachen Bitten des Rappenmünzbundes stimmte König Ferdinand grösseren Silbermünzen zu. 1542 wurden in Basel die ersten Talerprägungen vorgenommen. Die Silbervorräte waren bald aufgebraucht, so dass sich der Rappenmünzbund 1584 genötigt sah, die Taler- und Halbtalerprägung einzustellen. 1559 erliess Kaiser Ferdinand von Österreich eine neue Reichsmünzordnung, welche in Augsburg verabschiedet wurde. Eine noch nie erreichte Münzeinheit konnte geschaffen werden. Durch diesen kaiserlichen Eingriff verlor der Rappenmünzbund mehr und mehr an Bedeutung und musste schliesslich 1584 aufgelöst werden. 1564 wurde die Guldentalerwährung (ein Guldentaler = 60 Kreuzer) eingeführt und dauerte bis 1584. Danach setzten die Silberlieferungen endgültig aus. Erst 1616 erfolgte eine probeweise Guldentalerprägung durch die österreichische Münzstätte Ensisheim (Elsass).

Durch Johann Rudolf Wettstein nahm Basel 1621 den Betrieb der Münzstätte wieder auf. Aus dieser Münzemission stammen Goldgulden, Doppeltaler, Taler, Halbtaler, Dicken, Zwölfer und Doppelassis. Nach der Unabhängigkeitserklärung der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Westfälischen Friedensvertrag von 1648 wurde das baslerische Münzbild geändert. Der Reichsadler auf der Rückseite der Münze verschwindet vollständig und wird jetzt durch den Basilisken, das Wappentier der Stadt, und den Baslerstab ersetzt. Der Assis ist als Kleinmünze erwähnenswert, wurde er doch von 1663–1708 geprägt. Zu den Doppel- und einfachen Goldgulden, Doppel-, einfachen, halben und Viertel-Dukaten gesellen sich die künstlerisch prachtvollen Silbermünzen, welche gegen Ende des 17. Jahrhunderts erstmals verschiedene Stadtansichten zeigten. Diese Prägungen dauerten zum Teil bis 1797. Nebst verschiedenen Talern wurden noch diverse kleinere Münzsorten geprägt, deren Angabe zu weit führen würde. Als letzte Goldmünze wurde 1796 die Dublone geschlagen.

Napoleon I. gründete nach der Besetzung der Schweiz die Helvetische Republik, welche fünf Jahre dauerte. Unter ihr trat erstmals eine Vereinheitlichung des gesamtschweizerischen Münzwesens ein. Ab 1803 erfolgte wiederum eine Auflockerung im schweizerischen Geldwesen, die bis 1825 dauerte. Im selben Jahr trat Basel dem Münzkonkordat der sieben Kantone bei und schätzte seinen Münzbestand damals auf Fr. 341 000.–, wovon Fr. 95 680.– in Konkordatsmünzen umgeprägt wurden. Die Tore der baslerischen Münzstätte wurden 1848 geschlossen. Zwei Jahre später trat Basel dem eidgenössischen Münzsystem bei.

Basel, Blick vom Münsterturm

Wer rastet, der rostet!

Von der Weiterbildung auf allen Stufen

Von A. J. Adler, psychologischer Betriebsberater, Basel

Es gab einmal eine Zeit, und sie liegt nicht allzulange zurück, da waren das erworbene Wissen durch die Schulen, durch die Lehre sowie die gesammelten eigenen Erfahrungen im betreffenden Beruf die alleinigen Kriterien, um befördert zu werden. Es war die Zeit, wo das fachliche Können allein über den Werdegang entschied, gleichgültig, ob der Betreffende auch charakterlich für eine Vorgesetztenposition geeignet war oder nicht. Vor rund zwanzig Jahren konnte man von diesem oder jenem Unternehmen, wenn man von einer Ausbildung des Vorgesetztenkaders punkto Führungsstil sprach, den Satz hören: «Was glauben Sie, wir haben momentan anderes zu tun, nämlich zu produzieren!» Dies hat sich dann bald geändert. Einerseits unter dem Druck der wachsenden Personalknappheit und anderseits aus der Erkenntnis heraus, dass es zum Vorgesetzten doch mehr brauchte als nur Fachwissen, begannen die fortschrittlichen Betriebe ihre Vorgesetzten zu schulen oder schulen zu lassen. Vorausgegangen waren dabei die USA, die immer mehr der menschlichen Tüchtigkeit der Vorgesetzten ihre Aufmerksamkeit zuwandten als der rein fachlichen. Es gab Unternehmen, die erklärten, dass bei wichtigen Führungspositionen zwanzig Prozent fachliche Kenntnisse genügten (weil sie diese dank der neuen Ausbildungsmethoden innert sechs Monaten genügend heranbilden konnten) und sie dafür achtzig Prozent charakterliche Fähigkeiten für die Vorgesetztenstufe verlangten, da sie erkannt hatten, dass beim ersteren die zwanzig Prozent in relativ kurzer Zeit verwirklicht werden konnten, während es sie manche Jahre kosten würde, um aus dem neuen Anwärter einen tüchtigen Vorgesetzten zu machen.

Während man bei uns nicht unbedingt so extrem vorgeht, so hat sich nun doch langsam die Ansicht verbreitet, dass heutzutage ein Vorgesetzter sowohl fachlich wie menschlich grosse Fähigkeiten aufweisen muss. Hand in Hand damit stieg die Einsicht, dass das Vorgesetztenkader für seine Führungsaufgaben geschult werden muss, wenn es seiner Rolle gerecht werden soll. Man begann damit zuerst bei der Produktion. Vom Gruppenführer zum Vorarbeiter, zum Meister und zum Abteilungsleiter wurden sie in Kurse delegiert, die ihnen sowohl Vorgesetztenkunst als auch Persönlichkeitsbildung vermitteln. Relativ spät kam dann auch das kaufmännische Kader hinzu, weil man der irrigen Meinung war, hier sei sowieso alles klar, bis sich dann zeigte, dass auch in der «Verwaltung» – und manchmal gerade in der Verwaltung – der Führungsstil unbedingt verbessert werden musste. Heute sind wir so weit, dass auch die Unternehmer – wenigstens die einsichtigen und fortschrittlichen – sich punkto Mitarbeiterführung, Management und Vertrautmachen mit den technischen und psychologischen neuzeitlichen Erfahrungen weiterbilden müssen, wenn ihr Betrieb konkurrenzfähig bleiben soll. Wenn auch das Wort vom «guten Betriebsklima» etwas schal und abgegriffen ist, so ändert dies doch nichts an der Tatsache, dass ein gutes Betriebsklima nicht nur die Qualität der Arbeit verbessert, sondern auch wesentlich zu einem körperlichen und geistigen Wohlbehagen aller Mitarbeiter beiträgt.

Es war nun ganz interessant, festzustellen, dass das Beispiel der Industrie gerade in den letzten paar Jahren auch auf andere Berufszweige übergriff, die vor fünfzehn oder zehn Jahren an eine umfassende Weiterbildung ihrer Mitglieder überhaupt noch nicht gedacht hatten. Während auf dem privaten Sektor die Gewerkschaften, die Staatsbürgerkurse, die Volkshochschulkurse sowie die Kurse einzelner Grossunternehmen des Lebensmittelhandels seit vielen Jahren ihren Mitgliedern oder Kunden eine Weiterbildung ermöglichten, kamen nun neue Berufsgruppen hinzu, die nicht nur von den Erfolgen der anderen beeindruckt waren, sondern die nun ebenfalls erkannten, dass die neue Zeit auch neue Methoden verlangt. So gibt es heute Weiterbildungskurse im Gastgewerbe, im graphischen Gewerbe, im Schlossergewerbe, im Baugewerbe wie überhaupt in allen Gewerbegruppen. Die verschiedenen Berufsverbände erkannten mehr oder weniger früh, dass eine Weiterbildung sowohl auf dem technischen Sektor wie auch bei der Führung unentbehrlich ist. Zuletzt erkannte man auch bei den kantonalen und eidgenössischen Behörden, dass auch speziell die psychologische Aus- und Weiterbildung notwendig geworden ist, weil man einsah, dass man mit den «alten» Methoden den neuen Problemen nicht gewachsen war, ganz abgesehen davon, dass gerade bei den eidgenössischen Behörden seit längerer Zeit berufliche und psychologische Weiterausbildung der Vorgesetzten, in einem vielleicht noch etwas zu kleinen Rahmen, betrieben wird.

Wenn man von dieser an sich sehr erfreulichen Entwicklung spricht, die übrigens noch längst nicht abgeschlossen ist und leider auch von manchen noch nicht in ihrer wahren Bedeutung erkannt wird, so muss man der Vollständigkeit halber auch noch einige Massnahmen aufzählen, die früher für unmöglich gehalten wurden. Man ist nicht beim «Kursstadium» geblieben, sondern man hat das um wesentliche Punkte erweitert. Man denke da z. B. an die «Schnupperlehre» der Jungen, die ein ausgezeichnetes Mittel darstellt, um Eignung und Freude – oder eventuell Abneigung – der Jungen für einen bestimmten Beruf herauszufinden. Hinzu kommen das Delegieren tüchtiger Mitarbeiter an in- und ausländische Kurse, vorwiegend berufsbezogener Art, die Möglichkeit, Konkurrenzbetriebe zu besichtigen, das vermehrte Einsetzen der Tonbildschau für die Weiterbildung im eigenen Betrieb sowie die seit einiger Zeit sich entwickelnde Organisation von «Aspirantenkursen», das heisst von Weiterbildungskursen für Arbeiter, die sich eventuell bald einmal für die Beförderung zum Vorgesetzten eignen. Damit sind in kurzen Zügen diejenigen Punkte zusammengestellt, die heute Ausbildung und Weiterbildung umfassen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, wenn man nun noch von Vorurteilen, schlechten Erfahrungen, rückständigen Ansichten usw. zu diesem Thema sprechen wollte.

Es kommt noch etwas Wichtiges hinzu. Die Vorsteher oder Leiter von mittleren oder kleinen Filialbetrieben (manchmal nur 1–3 Mitarbeiter) wurden in der Vergangenheit vom Hauptsitz entweder nicht angeregt, oder sie hielten es selbst nicht für nötig, «nach jahrelanger Praxis» noch an Weiterbildung zu denken. Tatsache ist aber, dass gerade auf diesen «kleinen Aussenposten» die ständige Weiterbildung vor grösster Wichtigkeit ist. Der Kunde erwartet heute nicht mehr nur altbekanntes Wissen, sondern auch Beratung und Orientierung über neue Strömungen, Veränderungen und Verfahren. Wenn dieser Kunde aber bei der Besprechung auf der Filiale merkt, dass hier alles im alten Trott weitergeht, dann wird er sich unweigerlich langsam aber sicher absetzen. Mit anderen Worten: Es geht heute ganz einfach ohne ständige Weiterbildung nicht mehr. Dies gilt nicht nur für den «Hauptsitz»; dies gilt vor allem für den selbständigen und verantwortungsvollen «Aussenposten»!

Hingegen zeigt sich im ganzen genommen ein erfreulicher Fortschritt in dieser ganzen Frage. Der deutlichste Beweis dafür ist, dass die Nachfrage nach Betriebsanalysen von kleinen, mittleren und Grossbetrieben ständig im Wachsen ist, und zwar besonders psychologische Betriebsanlaysen. Diese Analysen geben, wenn sie vom Fachmann vorgenommen werden, ein deutliches, manchmal auch drastisches, aber immer wirklichkeitsnahes Bild, was in diesem oder jenem Unternehmen sowohl in organisatorischer als auch in menschlicher Hinsicht, und besonders punkto Vorgesetztenschulung, notwendig ist.

Das ganze Kapitel wäre unvollständig, wenn man nicht auch noch auf die leider noch etwas spärlichen, aber höchst wichtigen und lobenswerten Anstrengungen auf dem Gebiete der «Erwachsenenbildung» eingehen würde. Erwachsenenbildung war vielleicht noch nie so notwendig wie heute. Wer sich damit begnügt, aus der Zeitung oder vom Fernsehen von der ungeheuer schnell vorwärtseilenden Entwicklung auf allen Gebieten Kenntnis zu nehmen, der bleibt stehen, und Stillstand heisst Rückstand! Mancher Gegensatz zwischen alt und jung könnte behoben oder zum mindesten gemildert werden, wenn viele Erwachsene sich auch nach dem 30. Lebensjahr weiterbilden würden. Wenn je einmal der Satz Geltung gehabt hatte: «Man hat nie ausgelernt!», dann heute. Oder anders ausgedrückt: Man ist nie zu alt, um Neues zu lernen!

Die Darlehenskassen in Baselland

Der Halbkanton Baselland zu Beginn des 20. Jahrhunderts, vor allem ein Kanton mit Landwirtschaft und Gewerbe, hat besonders nach dem letzten Weltkrieg eine stürmische Entwicklung durchgemacht. Das zeigt schon die Zunahme der Wohnbevölkerung zwischen den beiden letzten Volkszählungen, die mit rund 35 % die höchste in der Schweiz war.
Da die Industrie im Nachbarkanton Baselstadt für ihre Ausdehnung keinen Raum mehr fand, siedelten sich immer mehr Betriebe im Unterbaselbiet an. Mit dem Angebot vermehrter Arbeitsplätze wuchs auch die Wohnbevölkerung. Die Berufstätigen zogen zuerst in die näheren Vororte von Basel. Dann zogen sich die Kreise immer weiter bis hinauf ins Oberbaselbiet.
Die Entwicklung zeigt vielleicht am besten der Vergleich der Gesamtbevölkerung zu den in der Landwirtschaft beschäftigten Personen:

Jahr	Gesamtbevölkerung	In der Landwirtschaft beschäftigte Personen
1939	94 000	9845
1955	119 000	7101
1969	200 000	2845

Leider standen mir keine Zahlen zur Verfügung, die bis zum Anfang dieses Jahrhunderts zurückgehen. Sicher ist aber, dass der prozentuale Anteil der Landwirtschaft viel grösser war.

Die Anfänge der Raiffeisenbewegung in Baselland

Verfolgt man die Entwicklung der Raiffeisenbewegung in Baselland, so kann festgestellt werden, dass die ersten Gründungen im Unterbaselbiet erfolgten. So sind noch vor dem Ersten Weltkrieg 5 Raiffeisenkassen im Leimen- und Birstal errichtet worden. Zwischen den beiden Weltkriegen erfolgten 3 weitere Gründungen im Unterbaselbiet. In der gleichen Zeitspanne entstanden die ersten Kassen im Oberbaselbiet, insgesamt 4, denen dann nach dem Zweiten Weltkrieg noch 2 weitere folgten. Eigenartigerweise sind im mittleren Kantonsteil keine Kassen anzutreffen. Von den insgesamt 14 Kassen fallen somit 8 auf das Unterbaselbiet und 6 auf den oberen Kantonsteil.
Die erste Kasse wurde im Jahre 1901 in Ettingen gegründet. Diese Gemeinde liegt im Unterbaselbiet am weitesten von Basel entfernt. Die nachfolgenden Gründungen führten immer näher nach Basel, bis schliesslich im Jahre 1907 in Allschwil, einer Vorortsgemeinde von Basel, in dieser Periode die letzte Kasse errichtet wurde. Persönlicher Kontakt von Gemeinde zu Gemeinde führte dazu, dass die Ideen Raiffeisens Fuss fassen konnten. Die späteren Gründungen wurden nicht mehr so systematisch durchgeführt.

Die Entwicklung der Kassen

Betrachten wir die Entwicklung der Kassen bis zum Jahre 1970, so können wir feststellen, dass diese ähnlich verlief wie diejenige des Kantons. So wuchsen vor allem die in der Nähe der Stadt gelegenen Kassen. Der Grund dazu liegt in der regen Bautätigkeit in diesen Gemeinden. Allschwil als stadtnächste Kasse profitierte zuerst davon und weist heute eine Bilanzsumme von über 29 Mio Franken aus. Aber auch die Kassen von Aesch und Reinach weisen über 20 Mio Bilanzsumme aus. Auch diese Gemeinden gerieten in den Sog von Basel.
Im Oberbaselbiet war bis heute die Entwicklung geruhsamer. Die betroffenen Gemeinden sind noch ausgesprochene Bauerndörfer. Allerdings macht sich heute dank der Autobahn auch dort eine vermehrte Bautätigkeit bemerkbar. Dies ist begreiflich, wenn man die Bodenpreise zwischen Unter- und Oberbaselbiet vergleicht. Muss man doch im Unterbaselbiet bei einem Einfamilienhaus mit einem Quadratmeterpreis von rund Fr. 200.– rechnen. Im Oberbaselbiet kostet der Boden immerhin nur ein Viertel. Aus diesen Gründen wird gerne ein Arbeitsweg von ¾ Stunden in Kauf genommen.
Die Entwicklung der Kassen in den beiden Kantonsteilen zeigen die Bilanzsummen aus dem Jahr 1970 am aufschlussreichsten:

	Anzahl Kassen	Bilanzsumme in Mio Fr.
Unterbaselbiet	8	104,0
Oberbaselbiet	6	10,5
ganzer Kanton	14	114,5

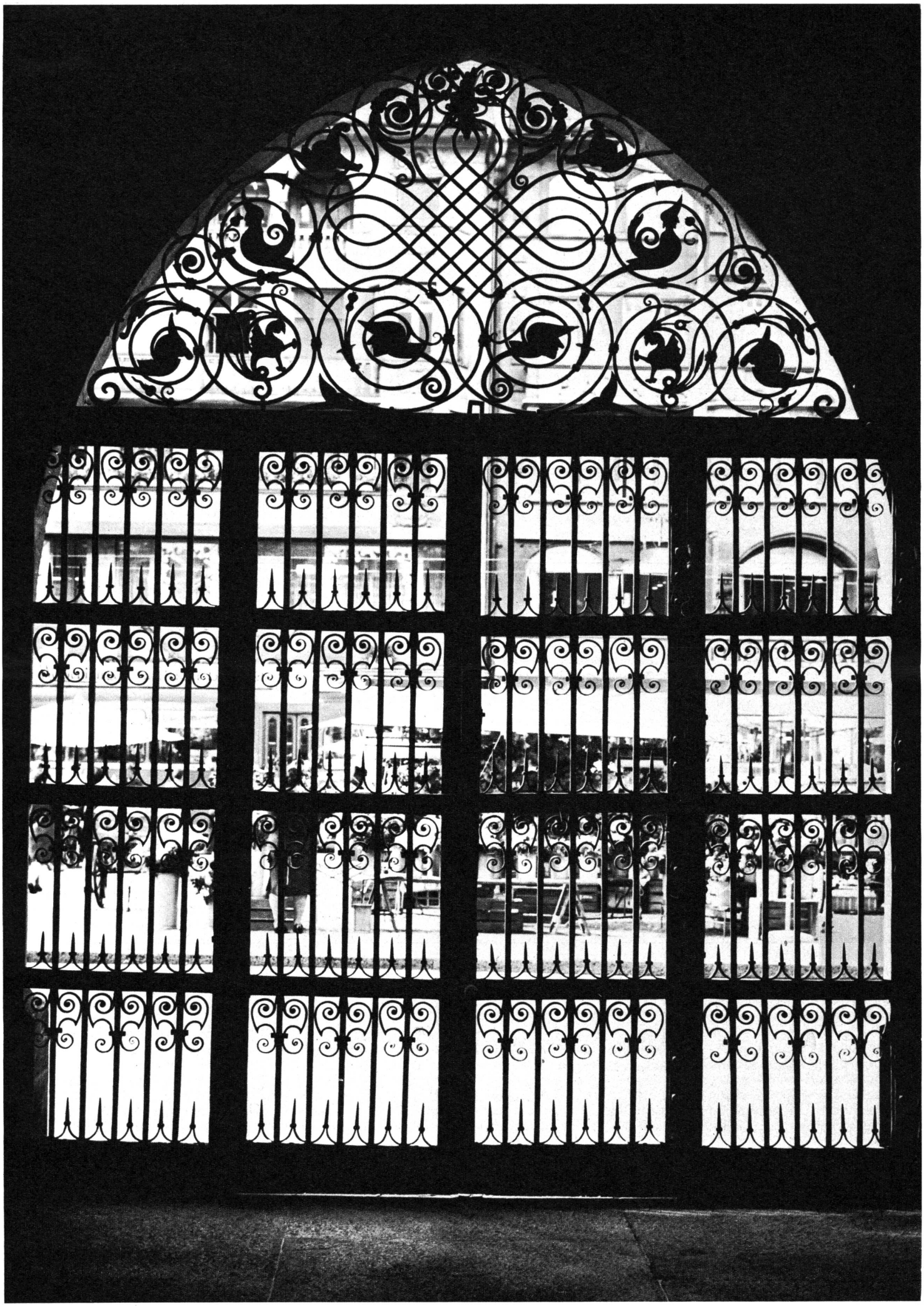
Allerdings ist anzunehmen, dass sich mit der Zeit das Verhältnis zugunsten des oberen Kantonsteils verschiebt.

Die Darlehenskassen in Konkurrenz mit den Banken

Auch hier ist die Situation zwischen den beiden Kantonsteilen recht unterschiedlich. Die beiden traditionellen Konkurrenten sind im ganzen Kanton die Basellandschaftliche Kantonalbank und die Basellandschaftliche Hypothekenbank. Die Beziehungen zu diesen beiden Banken sind aber in der Regel sehr freundschaftlich und angenehm. Davon profitieren vor allem die Darlehenskassen im oberen Kantonsteil.
Im Unterbaselbiet ist die Konkurrenz viel härter. Mit dem Wachsen der Industrie sind auch die Grossbanken in verschiedene Gemeinden vorgedrungen. Es gibt Ortschaften, in denen drei der vier Grossbanken vertreten sind. Trotzdem entwickeln sich die Darlehenskassen recht gut. Das dürfte vor allem am persönlichen Kontakt der Kassenorgane zur Bevölkerung liegen. Gerade diese menschlichen Beziehungen sind die Stärke unserer Bewegung. Die Verantwortlichen sind sich dessen voll bewusst und achten sehr darauf, dass der Mensch vor das Geschäft gestellt wird. Wir wollen nicht nur verdienen, sondern vor allem dem einzelnen dienen.
Solange unsere Kassen unter diesem Motto geführt werden, haben sie auch in Gemeinden mit über 15 000 Einwohnern ihre Existenzberechtigung und können ihren Teil zum Wohle der Bevölkerung beitragen. 27. 3.72/dsb

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wurde 1930 in Basel in Ausführung eines internationalen Abkommens errichtet, das die Schweiz mit den Regierungen Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens und Japans schloss; vorangegangen waren die Verhandlungen über das Problem der von Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg geschuldeten Reparationen und die Annahme des Young-Planes an der Haager Konferenz vom Januar 1930. Nach Artikel 3 ihrer Statuten hat die Bank den Zweck, die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern und neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen sowie als Treuhänder oder Agent bei den ihr übertragenen internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Neben den – weiter unten ausführlicher behandelten – umfassenden Treuhänder- und Agentenfunktionen, die mit der Durchführung des Young-Planes einsetzten, haben die beiden erstgenannten Tätigkeitsbereiche immer mehr an Bedeutung gewonnen, besonderes seit dem Zweiten Weltkrieg. Die Konvertierbarmachung der Währungen im Jahr 1958 ermöglichte eine noch stärkere Expansion im Bereich der internationalen Währungszusammenarbeit, und so hat die Bank ihre Beziehungen zu anderen internationalen Institutionen, wie dem IWF, der Weltbank und der OECD, weiter gefestigt.
Gegenwärtig gehören der BIZ die Zentralbanken aller europäischen Länder (mit Ausnahme der Sowjetunion) sowie Australiens, Japans, Kanadas und Südafrikas an. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika sind an ihr insofern beteiligt,



Basel, Blick durch das Rathaustor auf den Marktplatz

als Aktien der ersten Kapitaltranche in den dreissiger Jahren von einer amerikanischen Bankengruppe gezeichnet und dann auf dem amerikanischen Markt angeboten worden sind.
Das genehmigte Kapital der Bank beträgt 1500 Mio Goldfranken (fast 500 Mio Dollar). Es ist in 600 000 Aktien zu je 2500 Goldfranken eingeteilt. 481 125 Aktien sind ausgegeben und zu einem Viertel ihres Nennwerts (625 Goldfranken) eingezahlt. Ungefähr vier Fünftel der ausgegebenen Aktien gehören Zentralbanken; das restliche Fünftel ist in Privatbesitz. Das Eigentum an den Aktien ist mit keinem Stimm- oder Vertretungsrecht verbunden; diese Rechte werden – im Verhältnis zur Anzahl der jeweils gezeichneten Aktien – von den Zentralbanken oder bestimmten anderen Finanzinstituten der Länder ausgeübt, in denen die Aktien ausgegeben worden sind. Die Gründer-Zentralbanken Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Grossbritanniens und Italiens haben stets über die Mehrzahl der Stimmrechte verfügt, und nach den Statuten dürfen diese Banken zusammen mit den Währungsbehörden der Vereinigten Staaten von Amerika von jeder neuen Aktienausgabe bis zu 55 Prozent zeichnen. Die künftig zur Ausgabe gelangenden Aktien können nur von Zentralbanken gezeichnet oder erworben werden, und statutengemäss hat der Verwaltungsrat bei der Aufforderung zur Zeichnung solcher neuen Aktien dem Bestreben Rechnung zu tragen, an der BIZ die grösstmögliche Anzahl von Zentralbanken zu beteiligen, die wesentlich zur internationalen Währungszusammenarbeit und zur Tätigkeit der Bank beitragen.
Die Organe der BIZ sind neben der Generalversammlung der Verwaltungsrat, der mindestens zehnmal im Jahr zusammentritt, und die Direktion, die aus dem Bankpräsidenten, dem Generaldirektor und den Direktoren besteht. Die Ämter des Verwaltungsratsvorsitzenden und des Bankpräsidenten sind derzeit in der Person von Herrn Dr. J. Zijlstra (Niederlande) vereinigt. Dem Generaldirektor, Herrn René Larre (Frankreich), stehen rund 250 Mitarbeiter zur Seite.
Die Bank nimmt auf Gold oder Währungen lautende Einlagen entgegen (am 31. März 1972 betrug dieser Einlagenbestand den Gegenwert von rund 10 Milliarden US-Dollar), von denen über 95 Prozent von Zentralbanken stammen. Die Währungseinlagen (Gegenwert von fast 9 Milliarden US-Dollar) sind grösstenteils befristet; sie dienen zusammen mit den eigenen Mitteln der Bank zu kurzfristigen Anlagen an verschiedenen Märkten, zum Ankauf von Schatzwechseln und zur Kreditgewährung an Zentralbanken.
Die Einlagengeschäfte mit Zentralbanken werden generell zu den jeweiligen Marktbedingungen abgeschlossen. Sie müssen – wie alle Geschäfte der BIZ – mit der Politik der betreffenden Zentralbanken übereinstimmen.
Bei Gold- und Währungsoperationen vermeidet die BIZ spekulative Positionen. Alle Geschäfte werden durch entsprechende Kassa- oder Terminabschlüsse gedeckt. Bestimmte Arten von Geschäften sind der Bank statutarisch verwehrt; z. B. ist sie nicht befugt, Banknoten auszugeben, Regierungen Darlehen zu gewähren, beherrschenden Einfluss auf ein Unternehmen zu erlangen oder Wechsel zu akzeptieren.
Die BIZ hat eine bedeutende Rolle bei der Schaffung der Basler Vereinbarungen gespielt – die Fazilitäten zugunsten der Bank von England werden über die Bank geleitet – und ist auch an das Swapnetz angeschlossen, das die US-Behörden mit anderen Zentralbanken verbindet (ein Swap ist ein Verkauf per Kasse, gekoppelt mit einem entsprechenden Ankauf per Termin und umgekehrt). Darüber hinaus hat die BIZ von Zeit zu Zeit auf dem Eurodollarmarkt interveniert, um Anspannungen auszugleichen, die sich aus exzessiven Bewegungen kurzfristiger Gelder ergaben.
Neben ihrer bankgeschäftlichen Tätigkeit fungiert die BIZ als Klub der Notenbankleiter. Die Sitzungen des Verwaltungsrates und andere informelle Zusammenkünfte, die an den Wochenenden der Verwaltungsratssitzungen stattfinden, dienen unter anderem dem Austausch von Informationen über die internationale Währungslage. Die Vertreter der Währungsbehörden der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans nehmen regelmässig an diesen informellen Zusammenkünften teil, obwohl sie nicht dem Verwaltungsrat angehören. Die Entwicklung des Eurogeldmarktes veranlasste die Zentralbanken zur Einrichtung ständiger Konsultationen, da dieser Markt weitgehend ihrer Kontrolle entzogen ist.
Was die Agenten- und Treuhänderfunktionen der Bank betrifft, so wurde sie von den Regierungen, die an den Reparationsregelungen im Rahmen des Young-Planes von 1930 beteiligt waren, zu ihrem Agenten bestimmt. Diese Funktionen haben bereits vor vielen Jahren zu bestehen aufgehört, doch ist die Bank immer noch Treuhänder der Dawes-Anleihe von 1924 und der Young-Anleihe von 1930. Ferner ist sie Treuhänder für die anerkannten Schuldverschreibungen der Internationalen Anleihe der Republik Österreich 1930. In den Jahren 1948–58 wurde der Zahlungsausgleich der OEEC-Länder untereinander mit Hilfe der BIZ abgewickelt, und seither ist die Bank als Agent der OECD für die Durchführung des Europäischen Währungsabkommens tätig. Ferner fungiert sie als sogenannter Pfandhalter im Zusammenhang mit bestimmten Anleihen der Montanunion. Darüber hinaus sammelt und zentralisiert sie für die Zehnergruppe statistisches Material über die Währungsreserven. Die in ihrem Jahresbericht enthaltenen Untersuchungen über den Eurogeldmarkt sind die massgebliche einschlägige Publikation. Der Jahresbericht selber, der alljährlich im Juni in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache erscheint, bietet einen weithin anerkannten und geschätzten Überblick über die internationale Währungslage der jeweils vorangegangenen zwölf Monate.

April 1972

Mitteilungen aus der Sitzung des Verwaltungs- und Aufsichtsrates des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen

Am 13./14. April 1972 versammelten sich Verwaltungs- und Aufsichtsrat des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten, Nationalrat Paul Schib. An der Sitzung wurden vorab folgende Geschäfte behandelt:

1. Neu in den Verband aufgenommen wurde die Darlehenskasse Linden BE. Damit beträgt die Zahl der dem Verbande angeschlossenen Darlehenskassen 1151.

2. Die Verbandsbehörden berieten eingehend die von der Revisionskommission aufgestellte Vorlage für neue Statuten der Darlehenskassen. Besonders diskutiert wurden Firmabezeichnung, Umschreibung der Geschäftsmöglichkeiten, Mitgliedschaft, Trennung der Aufgaben der einzelnen Organe usw. Die Revisionsvorlage, die noch mit den amtlichen Instanzen überprüft wird, soll alsdann den Darlehenskassen zugestellt werden, damit sie an den Unterverbandstagungen zur Diskussion vorgelegt werde und am Verbandstag 1973 zur Genehmigung unterbreitet werden kann.

3. An angeschlossene Darlehenskassen wurden Kredite im Betrage von 25 Mio Franken genehmigt.

4. Zahlreiche Darlehen an Private und öffentlich-rechtliche Korporationen wurden ebenfalls bewilligt.

5. Direktor Dr. A. Edelmann gab eine umfassende Orientierung über die Abschlusszahlen der schweizerischen Raiffeisenbewegung, deren 1148 Darlehenskassen zusammen eine Bilanzsumme von 5,4 Mia Franken aufweisen. Sie ist somit um 575 Mio Franken oder 11,92 Prozent angestiegen. Wir verweisen auf die auszugsweise Wiedergabe seines Berichtes sowie auf die Bilanzaufstellung an anderer Stelle dieser Nummer.

6. Direktor J. Roos erstattete Bericht über den Geschäftsgang der Zentralkasse im 1. Quartal des laufenden Jahres und legte die Bilanz der Zentralkasse per 31. März 1972 vor, deren Endsumme in den ersten 3 Monaten um 73 Mio Franken auf 1293 Mio Franken angestiegen ist.

7. Direktor Dr. A. Edelmann orientierte über die Vorarbeiten für die Einführung der Sparkassabuchführung angeschlossener Darlehenskassen in einem Rechenzentrum. Diese Vorarbeiten sind nun so weit abgeschlossen, dass die Ausarbeitung des Detailprogrammes, der notwendigen Formulare sowie der Berechnung der Kosten pro Konto vorgenommen werden und der Vertragsabschluss getroffen werden kann. Noch im Frühjahr werden die angeschlossenen Darlehenskassen die Detailunterlagen erhalten und sich dann zum Anschluss an das neue Buchungsverfahren erklären können, das auf den 1. Januar 1973 beginnt. Diejenigen Darlehenskassen, welche beitreten, werden im Verlaufe des Herbstes an Instruktionskursen in die Buchführung eingeführt. Mit der Leitung dieser Buchführungsabteilung, die ein Dienst der Revisionsabteilung ist, wurde Prokurist Josef Bücheler betraut.

8. Zur Ausführung kleinerer Druck- und Prägearbeiten im eigenen Betriebe wurde die Anschaffung einer Druckmaschine beschlossen.

9. Die Verbandsbehörden befassten sich eingehend mit den Erneuerungs- und Neuwahlen des Verwaltungs- und Aufsichtsrates des Verbandes. Die Vorbereitungen waren im Einverständnis des Verwaltungsrats-Ausschusses mit den betreffenden Unterverbandsvorständen getroffen worden, so dass den regionalen Wünschen Rechnung getragen wurde. Über die Demissionen und die Vorschläge für die Erneuerungs- bzw. Neuwahlen haben wir an anderer Stelle orientiert.

.....Zur Wirtschafts und Geldmarktlage.....

Am offiziellen Tag der Schweiz. Mustermesse in Basel am 28. April 1972 hat Bundesrat Brugger einige vielbeachtete und bemerkenswerte Betrachtungen zum aktuellen Wirtschaftsgeschehen in unserem Lande angestellt. Dabei äusserte sich der bundesrätliche Redner etwa im nachfolgenden Sinne:

«Mancherorts glaubt man, in den sich häufenden Meldungen über Produktionsumstellungen, Betriebsstillegungen und Betriebszusammenschlüsse Anzeichen einer Konjunkturrezession zu sehen, doch sprechen deutliche Symptome gegen eine solche Vermutung. In der Tat scheint es sich um eine vielleicht nur zeitweilige Verschärfung des Strukturbereinigungsprozesses zu handeln, der sich auf weltweiter Ebene vollzieht. Dieser Rationalisierungsdrang und -zwang ist einerseits die Folge der durch Abbau der Handelsschranken verschärften Konkurrenz, anderseits die Kehrseite des Wohlstandsstrebens breiter Schichten unserer Bevölkerung.»

Und am 26. April 1972 hat Bundespräsident Celio vor der Vereinigten Bundesversammlung bei der Vorlage über die «Richtlinien für die Regierungspolitik» in der Legislaturperiode 1971–74 u. a. die folgenden eindrücklichen Feststellungen angebracht:

«Der Bundesrat hat sich in jüngster Zeit in mehreren Sitzungen mit der Kosten- und Preisentwicklung in der Wirtschaft und der möglichen Gefahr eines weiteren Inflationsschubes befasst. Die Landesregierung ist über die sich abzeichnende neue Kreditexpansion, die verschärfte Anspannung im Bausektor und über die steigenden binnenwirtschaftlichen und aussenwirtschaftlichen Expansionsimpulse sehr beunruhigt. Dabei übersieht sie nicht, dass die konjunkturelle Situation sektoral zum Teil sehr unterschiedlich ist. Bei der Beurteilung der Lage ist auch zu berücksichtigen, dass da und dort eine Strukturbereinigung im Gange ist, die nichts mit einem Konjunktureinbruch zu tun hat.»

Aus den beiden vorgenannten bundesrätlichen Äusserungen kann wohl geschlossen werden, dass der Bundesrat in Übereinstimmung mit manchen Wirtschaftskreisen zur Zeit viel weniger an eine Rezession als eher an einen neuen Aufschwung mit all seinen Sonn- und Schattenseiten glaubt. Auch aus andern Meldungen und Teilergebnissen muss überwiegend auf ein allgemein freundliches Konjunkturklima geschlossen werden.

Der schweizerische Aussenhandel im Monat März 1972 hat sich, verglichen mit dem gleichen Monat 1971, unterschiedlich entwickelt, d. h. den nur um 1,7 % gestiegenen Importen steht eine Zunahme um 10,3 % bei den Exporten gegenüber; erstere bezifferten sich auf 2798 Mio und letztere auf 2293 Mio. Das Defizit des Aussenhandels hat sich damit um rund 25 % oder 166 Mio auf 505 Mio vermindert.

Die Eidgenössische Oberzolldirektion gab dieser Tage auch die Übersicht über die Entwicklung unseres Aussenhandels im ersten Vierteljahr 1972 bekannt. Demgemäss ist die Einfuhr in diesem Quartal auf 7773 Mio gestiegen, was gegenüber dem ersten Quartal 1971 einer Erhöhung um 573 Mio entspricht. Gleichzeitig hat die Ausfuhr um 599 Mio zugenommen und eine Summe von 6134 Mio erreicht. Der Export ist also etwas stärker gestiegen als der Import und damit das Bilanzdefizit leicht um 26 Mio auf 1639 Mio vermindert ausgewiesen. Die Tatsache, dass Einfuhr und Ausfuhr in diesen 3 Monaten zusammengerechnet um rund 1170 Mio Franken zugenommen haben, dass Zuwachsraten von 8 und 10,8 % festgestellt werden können und dass schliesslich die Einfuhr von Konsumgütern mit einem Zuwachs von fast 500 Mio die grösste Ausweitung erhält – all das darf gewiss nicht als Zeichen einer sich anbahnenden Rezession, sondern vielmehr als Ausweis einer vorwärts- und aufwärtsstrebenden, blühenden Wirtschaft taxiert werden.

In unserer April-Chronik haben wir auf das 1971 verlangsamte Wachstum der industriellen Produktion hingewiesen und bemerkt, dass diese mit 44 % nur um 1 % grösser war als jene des Vorjahres. Die OECD hat zu diesem Wirtschaftszweig eine weitere Studie mit interessanten Vergleichen veröffentlicht. Für die Schweiz kann in diesem Zusammenhang festgestellt werden, dass die 44prozentige Ausdehnung der Industrieerzeugung ohne Personalausweitung erzielt werden konnte. Von 1963 bis 1971 verminderte sich sogar das Gesamtpersonal der schweizerischen Industrie um 2 Prozent, und das Betriebspersonal allein weist für diese Zeit sogar eine Abnahme von 6,5 Prozent aus.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf die beachtenswerten Zahlen der schweizerischen Industrie-Statistik, die vor kurzem vom Eidgenössischen Statistischen Amt publiziert wurde. Danach wurden im September 1971 in unserem Lande insgesamt 11 766 industrielle Betriebe ermittelt, in denen 873 000 Personen beschäftigt waren. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres ist die Zahl der Betriebe um 188 und der Personalbestand um rund 6700 Einheiten zurückgegangen. Von den Beschäftigten stammten 312 000 oder fast 36 % aus dem Ausland.

Nach der Wohnungsbau-Statistik des BIGA für die 595 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern sind im Jahre 1971 total 50 896 Wohnungen erstellt worden; gleichzeitig wurden 67 793 Wohnungen baubewilligt. 65 212 Wohnungen befanden sich Ende des Jahres noch im Bau. Das waren 6803 Wohnungen oder 11,6 % mehr als im Vorjahr. Interessant ist der Hinweis, dass in den 5 Grossstädten am 1. Januar 1,8 % weniger Wohnungen im Bau standen. In den übrigen 87 Städten aber befanden sich 10,4 % mehr Wohnungen in Ausführung als vor Jahresfrist, und in den grösseren Landgemeinden betrug die Zunahme 15,1 %, und in den kleineren Landgemeinden (2000–5000 Einwohner) sogar 23,1 %. Die Aussichten für eine Fortsetzung der hohen Bautätigkeit erscheinen also recht günstig.

Von den internationalen Rohstoffmärkten wird seit einigen Monaten ein konstantes Ansteigen des allgemeinen Preisniveaus gemeldet, welches Ende November des letzten Jahres auf den tiefsten Stand für 1971 gesunken war. Mit einiger Sicherheit muss angenommen werden, dass sich der Preisanstieg auf den Rohwarenmärkten auch im schweizerischen Grosshandelsindex niederschlägt, denn dieser ist im vergangenen Monat März im ganz ausserordentlichen Umfange von 0,9 %, von 116,1 auf 117,1 Punkte gestiegen, so dass sich nun gegenüber dem Stand vor Jahresfrist eine Erhöhung um 2,5 % ergibt.

Der Landesindex der Konsumentenpreise verzeichnete im März einen Anstieg um 0,2 % auf 125,7 Punkte. Er lag damit um 6,3 % über dem Stand von 1971. Die ansteigende Entwicklung hat sich also etwas verlangsamt; statt einer Erhöhung von monatlich 0,5 oder gar 0,6 % ist diesmal nur eine solche um 0,2 % hinzugekommen, und die Teuerungsrate gegenüber 1971 beträgt noch 6,3 % gegenüber 6,6 bis 6,9 % in den letzten Monaten. So erfreulich diese Feststellung und dieser kleine Lichtblick auch sein mögen, machen wir uns doch keine Illusionen über die weitere Entwicklung auf diesem Gebiete. Mit Bundeskanzler Huber muss man sagen, dass man sich in verhängnisvoller Weise daran gewöhnt zu haben scheine, mit der Inflation zu leben. Die Gefahren einer derartigen fatalistischen Einstellung sind aber nicht zu übersehen.

Schon in der letzten Nummer dieses Blattes (S. 79) konnten wir noch über die Abmachungen zwischen der Schweizerischen Nationalbank und der Bankiervereinigung berichten, welche den Zweck verfolgen, die seit einigen Monaten in unserem Land vorhandene Geld- und Kapitalfülle zu vermindern, die übermässige Liquidität allmählich einer Normalisierung entgegenzuführen. Zu diesem Zwecke fordert die Nationalbank die Schaffung von Mindestguthaben auf den Zuwachs der in- und ausländischen Verbindlichkeiten der Banken, was eine Abschöpfung übermässiger liquider Gelder in der Höhe von 2–2½ Milliarden zur Folge haben wird. Diese Gelder mussten in den letzten Tagen oder werden in den allernächsten Tagen auf zinslose Sperrkonti an die Nationalbank abgeführt. Dann wird man sich von dem Ausmass der Abschöpfungsaktion und den ersten Rückwirkungen auf den Markt ein vorläufiges Bild machen können.

Eine erste und gewollte Auswirkung dieser Operationen ist eine fühlbare Reduktion der übermässigen Liquidität, unzweifelhaft aber auch eine Verminderung der für die Befriedigung von Kreditbedürfnissen zur Verfügung stehenden Marktmittel. Ganz logischerweise damit wird auch mit einem Anziehen der Zinssätze zu rechnen sein, und die Bemühungen müssen dann dahin gehen, diese Bewegung einigermassen in Schranken zu halten.

Von dem ganz ausserordentlichen Umfang der Mittelfülle gibt übrigens die Entwicklung der Bankbilanzen ein eindrückliches Bild. Wir verzichten auf die Wiedergabe der ebenfalls ganz ausserordentlich umfangreichen, erfreulichen Mittelzuflüsse bei den Raiffeisenkassen, die an anderer Stelle dieses Blattes kommentiert werden. Die Schweizerische Nationalbank berichtet über die Entwicklung der 72 grössten Banken unseres Landes. Demgemäss hat deren Bilanzsumme im vergangenen Jahre um die gewaltige Summe von 27,3 Mia Franken zugenommen. Im Jahre 1970 betrug der Zuwachs «nur» 25,7 Mia, aber im neuen Jahre 1972 geht der Anstieg weiter, denn schon allein im Monat Januar ist wieder eine Zunahme in der Höhe von 3,6 Mia zu verzeichnen.

Es steht ausser Zweifel, dass der Zufluss ausländischer Gelder an obiger Bilanzentwicklung wohl in recht namhaftem Umfange beteiligt sein muss. Über die Auslandverflechtung der schweizerischen Banken gibt die Schweizerische Nationalbank periodisch Aufschluss auf Grund der von den Banken eingereichten Meldungen. Demgemäss betrugen Ende 1971 die Guthaben schweizerischer Banken im Ausland 94,9 Mia (wovon 36 Mia sogenannte Treuhandgeschäfte), während die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland mit 82,5 Mia (davon 32,7 Mia Treuhandgeschäfte) angegeben wurden. Der Überschuss der Guthaben über die Verpflichtungen belief sich demnach Ende 1971 auf 12,4 Mia Franken; er war damit auch 3,2 Mia grösser als am 30. September 1971.

Trotz der oben genannten Mittelfülle deuten doch verschiedene Erscheinungen darauf hin, dass für einmal die Tendenz zu Zinsrückgängen am Kapitalmarkt wieder der Vergangenheit angehört und eher in der Richtung verstärkter Nachfrage und daher auch steigender Zinssätze umgeschlagen hat. Als solche Erscheinungen nennen wir:

Auf den doch immer noch massgebenden und richtungweisenden amerikanischen Finanzmärkten ist seit mehreren Wochen ein fortschreitendes Ansteigen der massgebenden Marktsätze festzustellen. Der Zinssatz für erstklassige Handelskredite, der bis auf 4½ % gefallen war, ist in mehreren Etappen wieder bis auf 5¼ % heraufgesetzt worden, und als Folge des Konjunkturaufschwungs wird mit weiteren Erhöhungen gerechnet.

Dieser Wiederanstieg der Zinssätze in Amerika könnte nach Ansicht von Marktbeobachtern nun doch langsam und einstweilen allerdings noch zögernd zu einem Geldrückfluss nach den USA führen, ja vielleicht sogar auch zum Export schweizerischen Kapitals nach den USA. All dies müsste zu einer Verknappung der Marktverhältnisse bei uns und damit zu einer Versteifung der Zinstendenz führen.

Sodann ist vorauszusehen, dass der erwartete neue Konjunkturaufschwung auch die Kreditbedürfnisse in Handel und Industrie beleben und steigern, also auch von dieser Seite her erhöhte Nachfrage resultieren wird.

Die Kursentwicklung am Obligationenmarkt und die Zeichnungsergebnisse einiger jüngst begebener Anleihen widerspiegeln bereits einige Anzeichen einer Tendenzänderung. Wohl beträgt die nominelle Verzinsung neuer, erstklassiger Anleihen nach wie vor 4¾ %, aber bereits musste den Zeichnern durch eine Ermässigung der Ausgabepreise etwelches Entgegenkommen gezeigt werden, um den Erfolg der Emission nicht zu gefährden. Das konnte aber nicht verhindern, dass verschiedene neue Anleihen schon kurz nach Emissionsschluss merklich unter den Ausgabepreisen gehandelt wurden. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen, die annehmen, dass der Zinssatz für Anleihen als Folge des allmählich in Gang kommenden Wiederanstiegs der Marktsätze in absehbarer Zeit wieder bei 5 % liegen dürfte.

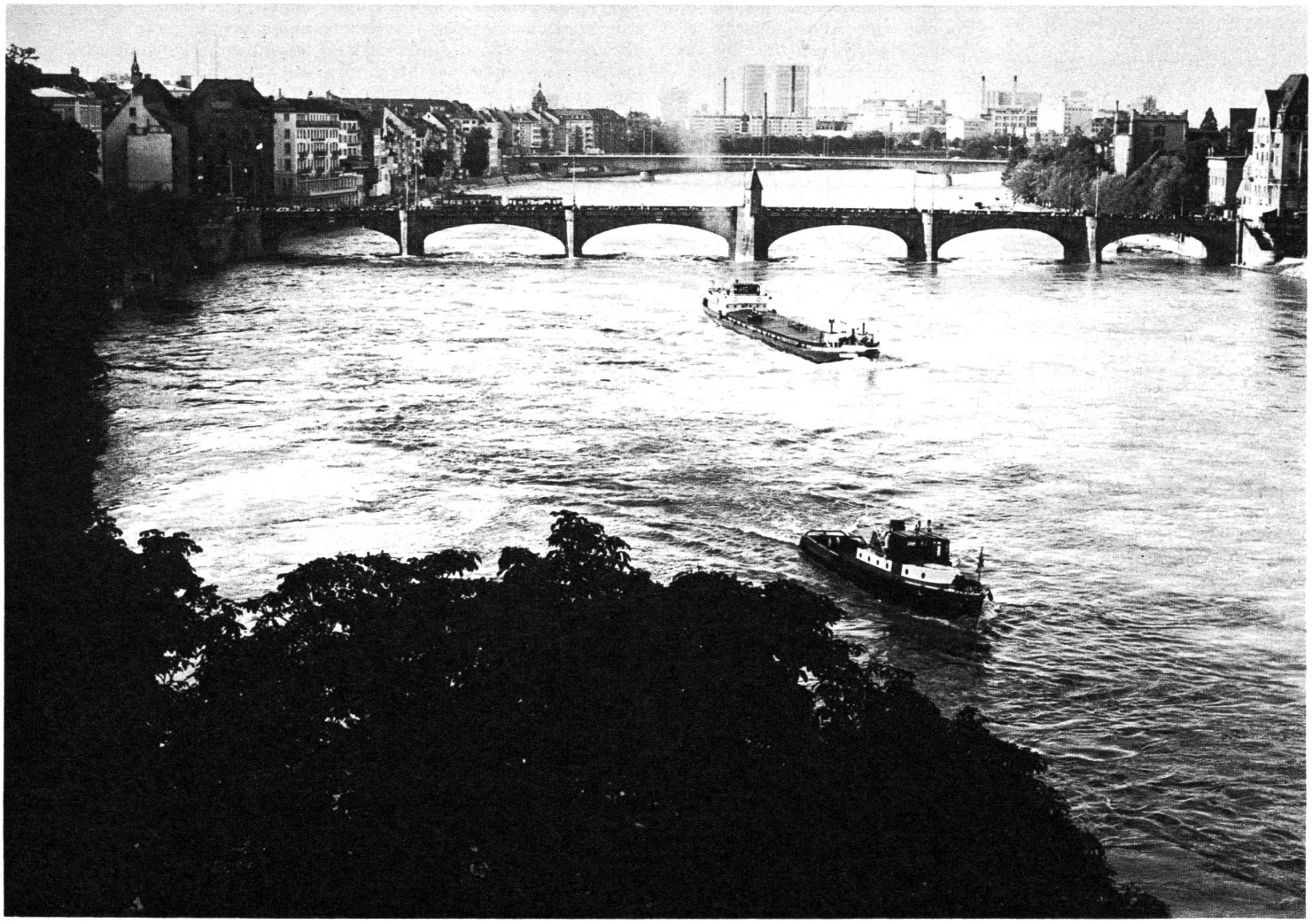
Die Durchschnittsrendite der Bundesobligationen ist denn auch weiter bis auf 4,94 %, also bald wieder 5 % gestiegen, also bereits 0,36 % mehr als zu Beginn des Monats März 1972. Es wird auch gemeldet, dass sogleich in namhaftem Umfange kürzlich emittierte Titel angeboten werden, sobald die Kurse eine leichte Besserung zeigen, was darauf hindeute, dass die Anleger mit Zinssteigerungen rechnen.

Im Einklang mit den oben geschilderten Tendenzen und Bewegungen ist von den Banken eine relativ bescheidene Wiedererhöhung der letztes Jahr so stark abgebauten Zinssätze für kurzfristige Depotanlagen, bei den Grossbanken um etwa ½ bis 1 %, vorgenommen worden. Im übrigen aber ist nirgends von einer Änderung wichtiger Kreditoren- oder Debitorensätze im Bankensektor die Rede. Mit Ausnahme der auf Mitte Februar d. J. erfolgten Senkung des Obligationenzinsfusses auf 4¾ % zeigen auch die von der Nationalbank regelmässig publizierten Richtsätze von 12 Kantonal- und 5 Grossbanken seit Jahresbeginn eine auffallende Stabilität sowohl in der Verzinsung der Spareinlagen wie auch bei den Hypotheken. Für einen Abbau bei den Hypothekarzinsen fehlen nach wie vor wichtige Voraussetzungen. Beispielsweise ist bei den so wichtigen Finanzierungsmitteln der Obligationen an Hand der Jahresabschlüsse 1971 festzustellen, dass die noch unter 5 % verzinslichen Titel ganz oder nahezu vollständig verschwanden, dafür aber die zu 5¾ oder gar 6 % verzinslichen Obligationen einen recht breiten Raum einnehmen, so dass die durchschnittliche Zinslast dieser wichtigen Betriebsmittel in den meisten Fällen bei 5,30 bis 5,40 % liegt, also wirklich einen nur noch recht bescheidenen Nutzen lassen, wenn der Hypothekarzinsfuss 5½ % beträgt.

In Würdigung all dieser Umstände und Marktentwicklung ist zur Zeit auch für Raiffeisenkassen keine Veranlassung vorhanden, an den bisherigen, zeitgemässen Zinskonditionen etwas zu ändern.

J. E.

Basel, Blick von der Pfalz rheinabwärts



Mitteilungen aus der Sitzung des Verwaltungsrates der Bürgschaftsgenossenschaft des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen vom 19. April 1972 in St. Gallen

Unter der Leitung von Präsident Paul Schib, Nationalrat, trat der Verwaltungsrat der verbandseigenen Bürgschaftsgenossenschaft zu seiner Frühjahrssitzung in St. Gallen zusammen. Verbunden mit einem freundlichen Willkommgruss gab er seiner Genugtuung über die lükkenlose Präsenz der Ratsmitglieder Ausdruck. Nach erfolgter Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19. Juni 1971 in Bern erstattete Geschäftsführer Paul Klaus den Bericht über die Tätigkeit der Genossenschaft im Jahre 1971. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass sowohl die Zahl als auch die Summen der eingegangenen und der bewilligten Bürgschaftsgesuche wiederum stark zugenommen und neue Rekorde erreicht haben. Mit einem Gesamtengagement von über 59 Mio Fr. konnte die Stellung als grösste Bürgschaftsgenossenschaft des Landes nicht nur gehalten, sondern sogar noch ausgebaut werden. Der nächsten Generalversammlung wird beantragt, vom Reingewinn von Fr. 365 258.25 4 % auf das zinsberechtigte Anteilscheinkapital auszuschütten und die verbleibenden Fr. 185 646.25 den Reserven zuzuscheiden, die damit auf rund 1,8 Mio Fr. anwachsen werden.

Der Entwurf für die vom Verwaltungsrat schon 1971 durchberatene und hierauf beschlossene teilweise Revision der Statuten ist kürzlich den angeschlossenen Darlehenskassen samt Kommentar zugestellt worden. Auf einlässlich begründete Anregung von Direktor Dr. Edelmann wird der Verwaltungsrat der Generalversammlung in Abänderung des ursprünglichen Vorschlages beantragen, Artikel 20, litera a, wie folgt zu fassen:

Die Bürgschaft erstreckt sich im Einzelfalle bis höchstens auf 50 000 Fr., wenn keinerlei Zusatzgarantie geleistet wird. Werden rückkaufsfähige Lebensversicherungs-Policen verpfändet, so kann die Bürgschaft diesen Betrag um die Höhe des für den Erlebensfall versicherten Kapitals übersteigen, maximal aber nicht über 100 000 Franken hinausgehen.

Die Annahme dieser ganz bedeutenden Mehr-Ausweitung und auch aller übrigen Bürgschafts-Limiten-Erhöhungen wird allerdings unweigerlich eine noch ausgeprägtere und tiefschürfendere Sorgfalts- und Prüfungspflicht der örtlichen Kassaorgane zur Folge haben müssen.

1972 ist ein Wahljahr, wobei im Zuge der Statuten-Revision die Mandatsdauer von drei auf vier Jahre verlängert werden soll, analog der bei den Verbandsbehörden geltenden Regelung. Wegen des Wahlgeschäftes selbst sei auf den in dieser Nummer zur Veröffentlichung gelangenden Sonderartikel aufmerksam gemacht.

Die 30. Generalversammlung findet Samstag, den 10. Juni 1972, im «Stadt-Casino» (Hans Huber-Saal) am Barfüsserplatz in Basel statt mit Beginn um 10.15 Uhr.

PK

Die Abschlusszahlen der schweizerischen Raiffeisenbewegung im Jahre 1971

Aus dem Bericht, erstattet an der gemeinsamen Sitzung von Verwaltungs- und Aufsichtsrat des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen am 13./14. April 1972 in Locarno

Das zahlenmässig erfassbare Resultat der Tätigkeit der schweizerischen Raiffeisenbewegung im Jahre 1971 ist erstellt. Die Erstellung sämtlicher Jahresrechnungen unserer 1148 Darlehenskassen, von denen über 1000 im Nebenamt verwaltet werden, innert einer Frist von wenig mehr als 2 Monaten ist eine sehr beachtliche Leistung, die den Dank und die Anerkennung verdient. Ich möchte daher zunächst allen Verwalterinnen und Verwaltern für die grosse Arbeit, die sie in der Erstellung der Jahresrechnung geleistet haben, meinen besten Dank aussprechen.

Die Zahl der angeschlossenen Darlehenskassen hat im Berichtsjahre, wie Sie wissen, um 6 auf 1148 zugenommen. Die 1148 Darlehenskassen zählen zusammen 161 760 Mitglieder oder 5628 mehr als im Vorjahre. Dieser Mitgliederzuwachs verzeichnet einen Rekord, betrug doch die durchschnittliche Zunahme der Kassamitglieder in den letzten 10 Jahren nur 2800. Erstmals im Jahre 1970 hatte sie mit über 5000 einen grösseren Umfang verzeichnet. Nahezu die Hälfte aller Darlehenskassen, nämlich 534, weisen eine Mitgliederzahl von weniger als 100 auf, 368 Darlehenskassen eine solche zwischen 100 und 200, 149 Darlehenskassen zwischen 200 und 300; nur 97 Darlehenskassen haben über 300 Mitglieder, von ihnen 41 über 400.

Die Bilanzsumme, der sichtbare Gradmesser für die Entwicklung der schweizerischen Raiffeisenbewegung, verzeichnet für das Jahr 1971 eine Erhöhung um 574,671 Mio Fr. auf 5 395 540 Mio Fr. Das entspricht einer Zunahme der Bilanzsumme um 11,92 % gegenüber 10,20 % im Jahre 1970 und 9,05 % im Jahre 1969.

Die durchschnittliche Bilanzsumme pro Darlehenskasse stieg durch diese Erhöhung von 4,22 Mio Fr. im Jahre 1970 auf 4,7 Mio Fr. im Jahre 1971. Sie nähert sich damit der 5-Mio-Grenze. Immerhin haben 824 Darlehenskassen noch eine Bilanzsumme unter 5 Mio Fr., davon 176 Institute eine solche von unter 1 Mio Fr. Die 824 Darlehenskassen mit einer Bilanzsumme von weniger als 5 Mio Fr. verfügen zusammen über ein Bilanztotal von 1,738 Mia Franken oder 32,3 % der gesamten Bilanzsumme aller Darlehenskassen. Eine Bilanzsumme zwischen 5 und 10 Mio Fr. haben 196 Darlehenskassen mit total 1,408 Mia Fr. oder 26,1 % des Bilanztotals, während die 128 Darlehenskassen mit einer Bilanzsumme von über 10 Mio Fr. über 2,248 Mia Fr. Bilanzsumme verfügen, d. h. 41,6 % der Gesamtbilanzsumme aller Darlehenskassen. Drei unserer Raiffeisenkassen haben bereits eine Bilanzsumme von über 40 Mio Fr., nämlich Niederhelfenschwil 41,9 Mio Fr., Neukirch-Egnach 40,5 Mio Fr. und Mels 40,3 Mio Fr.

Die Publikumsgelder haben um mehr als die Bilanzsumme, nämlich um 12,6 % zugenommen oder betragsmässig um 564 Mio Fr. gegenüber 391 Mio Fr. im Vorjahre. Sie sind damit auf 5 Mia 045 Mio Fr. angestiegen.

Unter diesen Publikumseinlagen, d. h. den den Darlehenskassen anvertrauten Geldern, nehmen die Spareinlagen mit 3,3 Mia Fr. den ersten Platz ein. Sie haben um 297 Mio Fr. oder 10,25 % zugenommen. Im Vorjahre betrug der Zuwachs 8,08 % und im Jahre 1969 nur 7,50 %. Ihr Anteil am Gesamttotal der Bilanzsumme ist jedoch von 60,23 % im Vorjahre auf 59,33 % zurückgegangen. Demgegenüber hat das Total der Obligationeneinlagen von 20,14% auf 21,16 % an der Bilanzsumme zugenommen. Die Obligationengelder verzeichnen einen Zuwachs von 171 Mio Fr. auf 1 Mia 141 Mio Fr. Dieser Zuwachs entspricht 17,61 % gegenüber 13,11 % im Vorjahre. Prozentual am stärksten haben die Depositeneinlagen mit 23,57 % zugenommen oder um 55,8 Mio Fr. auf 292,7 Mio Fr. Ihr Anteil beträgt nur 5,43 % am Bilanztotal gegenüber 4,92 % im Vorjahre. Auch die Kontokorrenteinlagen haben um 13,90 % gegenüber 6,97 % im Vorjahre zugenommen oder um 38,2 Mio Fr. auf 313 Mio Fr. Ihr Anteil am Bilanztotal stieg von 5,70 % auf 5,80 %.

Worauf ist dieser starke, im Verhältnis zu den Vorjahren weit stärkere Zuwachs der Einlagen – ca. 175 Mio Fr. – bei unseren Darlehenskassen zurückzuführen? Die Frage wird nicht eindeutig zu beantworten sein. Sicherlich hat das gute Landwirtschaftsjahr es der Bauernsame ermöglicht, grössere Ersparnisse zu machen, die sicherlich zu einem schönen Teil bei unseren ländlichen Instituten angelegt wurden. Auch die um rund 10 % höheren Gehälter der Unselbständigerwerbenden dürften zu einem Teil in unsere Darlehenskassen geflossen sein. Das System der Lohnkonti zeigt bei einzelnen Darlehenskassen sehr erfreuliche Erfolge, während bei andern Insti-

tuten, auch bei anderen Darlehenskassen, die erhebliche Mehrarbeit durch die gewonnenen Vorteile noch kaum aufgewogen wird. Wir konnten auch feststellen, dass in zunehmendem Umfange neue Kunden den Weg zur örtlichen Darlehenskasse finden, insbesondere dann, wenn diese oder die Zentralkasse anbegehrte Bau- oder Betriebskredite gewährt hat. Im grossen und ganzen kann wohl gesagt werden, dass diese rekordmässige Zunahme der Publikumseinlagen bei unseren Darlehenskassen vorwiegend auf die allgemein gute Wirtschaftskonjunktur im vergangenen Jahre zurückzuführen ist. Einen namhaften Beitrag dazu haben auch die höheren Zinsgutschriften geliefert, diese machen auf den Sparkassaguthaben immerhin den Betrag von 128,950 Mio Fr. aus gegenüber 109,848 Mio Fr. im Jahre 1970, also 19 Mio Fr. mehr.

Von den 564 Mio Fr. den Darlehenskassen neu zugeflossenen Publikumseinlagen sind 374,7 Mio Fr. für Darlehen und Kredite verwendet worden, während 165,4 Mio Fr. auf Sicht oder Termin bei der Zentralkasse angelegt wurden und 13,4 Mio Fr. mehr in der Kasse und auf Postcheck verblieben. Die liquiden Mittel der Darlehenskassen haben damit um 178,8 Mio Fr. zugenommen und machen 1139,9 Mio Fr. aus, das sind 21,12 % der Bilanzsumme gegenüber 19,96 % im Vorjahre. Über 1 Mia Fr., nämlich 1 Mia 060 Mio Fr. haben die Darlehenskassen von den ihnen anvertrauten Geldern bei der Zentralkasse angelegt. Sie verfügen also über sehr erhebliche Reserven für allfällige Kreditansprüche, die an sie gestellt werden. Diese Kreditausleihungen haben im Jahre 1971 um 374,7 Mio Fr. oder 10 % auf 4120 Mio Fr. zugenommen. Diese Zunahme steht etwas unter derjenigen des Vorjahres mit 10,7 %, obwohl die Kredite an Gemeinden eine ausserordentlich starke Erhöhung verzeichnen. Diese haben nämlich im Berichtsjahre um 17,05 % gegenüber 10,36 % im Vorjahre oder um 70,9 Mio Fr. auf 486,7 Mio Fr. zugenommen. Den grössten Posten unter den Aktiven nehmen mit 3154 Mio Fr. die Hypotheken ein, obwohl ihr Anteil an der Gesamtbilanzsumme von 59,90 % auf 58,46 % zurückgegangen ist. Die Hypotheken haben im Berichtsjahre prozentual etwas weniger stark zugenommen, nämlich um 9,24 %, im Gegensatz zum Vorjahre mit 9,92 %. Der betragsmässige Zuwachs betrug 267 Mio Fr. Ebenfalls weniger stark als im Vorjahre haben die Kontokorrent-Debitoren zugenommen, nämlich um 9,46 % gegenüber 18,15 % im Jahre 1970. Die Kontokorrent-Debitoren stiegen um 31,5 Mio Fr. auf 364,6 Mio Fr. Auch die übrigen Darlehen haben weniger stark zugenommen als im Vorjahre, nämlich um 5,2 Mio Fr. oder 4,67 % gegenüber 7,10 % im Vorjahre. Sie stehen mit 116,5 Mio Fr. in der Bilanz. Gesamthaft machen die Ausleihungen der Darlehenskassen in ihren Geschäftskreisen in Form von Darlehen oder Kredite also 4 Mia 120 Mio Fr. aus. Als letzten Posten unter den Aktiven erwähne ich noch die Liegenschaften, die mit 29,5 Mio Fr. in der Bilanz stehen. Sie verzeichnen eine Zunahme ihres Wertes um 6,9 Mio Fr. oder 30,77 %. Im Berichtsjahre haben 12 Darlehenskassen Liegenschaften zu Kassazwecken erworben, also eigene Kassagebäude oder wenigstens Bauplätze, und 3 Darlehenskassen haben andere Liegenschaften erworben. So besitzen heute 134 Darlehenskassen Liegenschaften für Kassazwecke im Bilanzwerte von 28,4 Mio Fr., und 12 Darlehenskassen besitzen andere Liegenschaften, die sie zum Teil noch aus der Krise der dreissiger Jahre behalten haben oder später aus Konkursen übernehmen mussten, im Bilanzwerte von 1,115 Mio Fr., macht total den Bilanzwert von 29,515 Mio Fr. aus. Wir empfehlen Darlehenskassen, die in einer Gemeinde mit grösserer Entwicklungsmöglichkeit tätig sind, den Erwerb eines Bauplatzes, um sich so für später wenigstens den Sitz an möglichst zentraler Lage sichern zu können.

Nach dieser zahlenmässigen Aufzeichnung der geschäftlichen Tätigkeit unserer Darlehenskassen fragen wir noch nach ihrem materiellen Resultat. Dieses vermittelt uns die Ertragsrechnung, die einige sehr interessante Aspekte enthält. Das Auffallendste ist die sehr unterschiedliche Entwicklung der Aktivzinsen und der Passivzinsen. Im Jahre 1970 hatten praktisch beide in gleichem Masse zugenommen, nämlich die Aktivzinsen um 15,5 %, die Passivzinsen um 15,59 %. Im Jahre 1971 jedoch stiegen die Aktivzinsen um 17,92 % an, die Passivzinsen dagegen um 19,27 %. Demzufolge mussten auch die vermittelten Abgaben stärker ansteigen, nämlich um 18,85 % gegenüber 15,78 % im Vorjahre.

Die Einnahmen haben gesamthaft um 38,7 Mio Fr. auf 253,9 Mio Fr. zugenommen. Sie machen 4,71 % der Bilanzsumme aus gegenüber 4,46 % im Vorjahre. Die Passivzinsen inkl. vermittelter Abgaben benötigten 209,4 Mio Fr., das sind 3,88 % der Bilanzsumme gegenüber 3,64 % im Vorjahre. Die Verdienstmarge betrug somit bei den Darlehenskassen, vor Abzug der eigenen Steuern, 0,83 % der Bilanzsumme, im Jahre 1970 machte sie 0,82 % aus.

Auch alle Aufwandposten in der Ertragsrechnung sind erheblich stärker angestiegen als im Vorjahre, ausgenommen die Steuerleistungen. Diese sind um 197 783 Fr. geringer als im Vorjahre. Es mussten an eigenen Steuern 4,142 Mio Fr. aufgewendet werden. Diese Reduktion erklärt sich wohl zur Hauptsache daraus, dass 1971 das zweite Jahr in der zweijährigen Wehrsteuerperiode war und viele Darlehenskassen die Wehrsteuer im ersten Jahre für beide Jahre zusammen bezahlen. Die Verwaltungskosten, d. h. die Entschädigungen an die Verwalterinnen und Verwalter sowie das übrige Personal der Darlehenskassen, haben dagegen recht stark um 17,75 % oder 1,5 Mio Fr. auf 10,371 Mio Fr. zugenommen. Diese Erhöhung dürfte allerdings nicht nur in einer Verbesserung von Gehaltszahlungen ihren Grund haben, sondern insbesondere bei den grösseren Darlehenskassen auf vermehrte Anstellung weiteren Personals zurückzuführen gewesen sein. Auch die übrigen Unkosten sind um 15,84 % angestiegen und machten 9,352 Mio Fr. aus. Dieser wesentlich stärkere Anstieg als im Vorjahre dürfte auch zum Teil auf die höheren Revisionskostenbelastungen zurückzuführen sein. Die stärkste Erhöhung unter den Aufwandposten verzeichnen die Abschreibungen, die um 38,5 % auf 2,695 Mio Fr. angestiegen sind. Der Erwerb von Liegenschaften, insbesondere aber auch die Anschaffung von Buchungsmaschinen, Rechnungsmaschinen usw. erhöht den Abschreibungsbedarf ganz erheblich.

Für die Verzinsung der Genossenschaftsanteile mussten 1,091 Mio Fr. oder 43 331 Fr. mehr als im Vorjahre verwendet werden. Der Nettoertrag stieg um 10,67 % auf 16,851 Mio Fr. an.

Der Reinertrag von 16,851 Mio Fr. hat die offenen Reserven der Darlehenskassen auf 198,668 Mio Fr. erhöht.

In ihrer Gesamtheit geben die Abschlusszahlen der schweizerischen Raiffeisenbewegung ein recht eindrückliches Bild erfreulicher Aktivität und schöner Erfolge unserer Bewegung. Ich danke denn auch allen, die dazu mitgeholfen haben, den Verwalterinnen und Verwaltern der Darlehenskassen, allen Mitgliedern in den Vorständen und Aufsichtsräten, unseren Mitarbeitern in den Unterverbandsvorständen und ganz besonders auch Ihnen, meine sehr geschätzten Herren im Verwaltungs- und Aufsichtsrate. Dir. Dr. A. E.

Die Banken befürworten eine aktivere staatliche Konjunkturpolitik

Stellungnahme der Bankiervereinigung zum neuen Konjunkturartikel

Die Versuche, die Überkonjunktur zu dämpfen und der damit verbundenen Teuerung entgegenzutreten, werden sich auch in Zukunft zu einem wesentlichen Teil auf Massnahmen der Geld- und Kreditpolitik stützen. Die Schweizerische Bankiervereinigung, die als Spitzenorganisation des Bank- und Finanzsektors den Entwurf zu einem neuen Artikel 31quinquies Bundesverfassung zur Stabilisierung der Konjunktur daher besonders aufmerksam prüfte, begrüsst dessen Zielsetzung: den Willen, die Teuerung ebenso energisch zu bekämpfen wie wirtschaftliche Depressionen. Aus ihrer Stellung als Kreditvermittler wie als Verwalter eines grossen Teils unseres Volksvermögens sind sich die Banken bewusst, dass eine gesunde Wirtschaft gesundes Geld bedingt. Wenn es der Schweiz wegen ihrer grossen Auslandabhängigkeit auch nicht möglich sein wird, ihre Währung mitten in einer inflationierenden Umwelt aus eigener Kraft dauernd stabil zu erhalten, muss nach Auffassung der Banken doch mit um so grösserem Einsatz die «hausgemachte» Inflation bekämpft werden.

Artikel 31 Bundesverfassung, der im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft die Handels- und Gewerbefreiheit gewährleistet, ist der Angelpunkt unserer Wirtschaftsordnung. Der liberalen Wirtschaftsordnung, dem freien Unternehmertum und der Privatinitiative ist der imponierende Erfolg unserer Wirtschaft zu verdanken. Die Banken anerkennen jedoch, dass dem Bun-

Basel, St. Martin am Münster

de bei dem im Allgemeininteresse liegenden Kampf gegen die Teuerung Eingriffe in die Handels- und Gewerbefreiheit ermöglicht werden müssen. Sie erblicken aber eine der wichtigsten Aufgaben bei der Redaktion des Konjunkturartikels darin, diese Abweichungen so abzugrenzen, dass unseren Behörden gestützt darauf wohl ein taugliches konjunkturpolitisches Instrumentarium zur Verfügung gestellt wird, die freiheitliche Wirtschaftsordnung aber doch gewährleistet bleibt. Zu diesem Zwecke sollte nach Auffassung der Bankiervereinigung ein Kompetenzkatalog erstellt werden, der es dem Bund erlaubt, in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit die erforderlichen Massnahmen zur Beeinflussung der Geld- und Kreditwirtschaft sowie der Aussenwirtschaft zu ergreifen.
Die Beeinflussung des Umfangs der Geldmenge und der Verfügbarkeit der Kredite ist ein bedeutsames Instrument zur Steuerung der Konjunktur. Die Banken stimmen daher einer gesetzlichen Verankerung des notenbankpolitischen Instrumentariums zu und begrüssen es, wenn dafür eine einwandfreie Verfassungsbasis geschaffen wird. Sie anerkennen ferner, dass der grossen Anziehungskraft der Schweiz auf ausländische Geldgeber, die sich in der Währungs- und Geldpolitik unseres Landes immer wieder als besonderes Problem erwiesen hat, Rechnung zu tragen ist. Die Kompetenz des Bundes, auf dem Sektor der Aussenwirtschaft in Abweichung von der Handels- und Gewerbefreiheit Massnahmen zur Bekämpfung der Teuerung zu ergreifen, wird es erlauben – neben den handelspolitischen Interventionen –, dafür allenfalls nötige geld- und währungspolitische Eingriffe über die klassischen notenbankpolitischen Instrumente hinaus vorzusehen.

Jede sinnvolle Antiinflations- und Antiteuerungspolitik beginnt nach Auffassung der Bankiervereinigung beim Staat. Sie fordert deshalb, dass der Bund auf der Verfassungsebene verpflichtet wird, seine gesamte Tätigkeit, namentlich aber sein Finanzgebaren, konjunkturgerecht zu gestalten. Im gleichen Sinne muss der Bund auf die Kantone und durch sie auf die Gemeinden einwirken können. Dies hat in erster Linie durch Anpassung der staatlichen Ausgaben an die konjunkturellen Erfordernisse zu geschehen. Vom Stabilisierungsstandpunkt aus muss festgehalten werden, dass Zuschläge und Rücklagen, die vom Bund aus konjunkturellen Gründen eingefordert werden, solange zu sterilisieren sind, als es die Konjunkturlage erfordert. Dieses Sterilisierungsgebot kann am ehesten zum Tragen gebracht werden, wenn vorgesehen wird, dass solche Zuschläge den Pflichtigen in indirekter oder direkter Form zurückzuerstatten sind, sobald die konjunkturelle Situation dies erlaubt. (bk)

Wir vertrauen auf die Zukunft

Die Darlehenskasse Dornach eröffnete vor kurzem in Oberdornach einen eigenen Kassenschalter. Sie hofft, damit ihren Kunden besser dienen zu können und ihren Kundenkreis zu erweitern.

Der 25. März 1972 ist ein bedeutender Markstein in der bald 60-jährigen Geschichte der Raiffeisenkasse Dornach. An diesem Tage konnten an der Hauptstrasse 20 in Oberdornach der Kassenschalter und das Zimmer für Besprechungen eröffnet werden. Damit ging ein schon lange gehegter Wunsch in Erfüllung. Die zahlreich erschienenen Gäste und die Mitglieder konnten sich von der zweckmässigen Einrichtung überzeugen. Alles Notwendige zur Führung einer kleinen Bank ist vorhanden. Sogar Geld kann gewechselt werden. Und was wichtig ist: Der Kassaschalter ist jeden Vormittag von Dienstag bis Samstag geöffnet. Der Kunde kann also besser bedient werden, als wenn er abends zu gewissen Stunden beim Kassier privat vorsprechen musste. Mit Frau Doris Kunz und Frau Monika Tolnay stehen der Kasse zwei qualifizierte Kräfte zur Verfügung, die den Schalter abwechslungsweise bedienen werden. – Mit einem Aperitif bedankten sich die Kassenorgane für das grosse Interesse, welches das Publikum durch seinen zahlreichen Besuch bekundete.
Bei der anschliessenden Generalversammlung im Gasthof Engel gab der Präsident des Vorstandes, Max Studer, einen kurzen Rückblick über die Geschichte der Darlehenskasse Dornach und erklärte, die Kassenorgane hätten sich rasch entschliessen müssen, als sich die Gelegenheit zeigte, an einer günstigen Verkehrslage ein Lokal zu mieten. Der Baukredit von 40 000 Franken wird vermutlich nicht überschritten. Die Darlehenskasse hofft zuversichtlich, dass sie sich in einem Dorf von über 5000 Einwohnern noch weiterentwickeln kann. Sie vertraut auf die Zukunft und das Vertrauen der Dorfbewohner.

Gutes Geschäftsjahr 1971

Verwalter Fritz Mumenthaler erläuterte die vorgelegte gedruckte Rechnung. Der Umsatz konnte auf über 3,6 Millionen Franken gesteigert werden. Die Bilanzsumme ergab 2,9 Millionen Franken. Mit dem Nettoertrag von 4171 Franken stieg der Reservefonds auf über 100 000 Franken. Der Präsident des Aufsichtsrates, Ferdinand Ehrsam, dankte dem Verwalterehepaar für die umfangreiche und gewissenhafte Arbeit. Neu in den Aufsichtsrat wählte die Versammlung Direktor Peter Tschopp.
Den Reigen der Gratulanten eröffnete Revisor Othmar Schneuwly von der Zentralkasse aus St. Gallen. Er beglückwünschte die Dornacher Raiffeisenkasse zu ihrer Initiative. Grüsse und Glückwünsche des Solothurner Unterverbandes überbrachte dessen Präsident Alfred Gubler, Winznau. Mit Glückwünschen sparten auch die Vertreter der Darlehenskassen aller umliegenden Gemeinden nicht. Ein gutes Nachtessen aus der bewährten «Engel»-Küche vereinigte nachher die grosse Raiffeisenfamilie im zweiten Teil. Die Schwarzbuebejodler unter der Leitung von Gottlieb Winkler sorgten für abwechslungsreiche Unterhaltung, während bei einer Verlosung, organisiert von Hans Walliser, unter anderem sogar ein Goldvreneli zu bekommen war. Befriedigt vom guten Verlauf der Versammlung konnte Max Studer am Schluss nach allen Seiten den Dank aussprechen. Der Raiffeisenfamilie aber gab er die Losung mit auf den Weg: Unsere Kasse muss wachsen! Mögen sich sein Wunsch und die Wünsche der Gratulanten erfüllen!

–er.

Vormundschaft oder Beiratschaft?

Nach dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit vormundschaftlicher Massnahmen darf eine Entmündigung nur ausgesprochen werden, wenn sich der angestrebte Zweck nicht auf andere Weise erreichen lässt.
Im Falle BGE (Bundesgerichtsentscheid) 96 II 371 ff. litt die in Frage stehende Person an einer schubweise auftretenden Geisteskrankheit. Zwischen den einzelnen, in grössern Abständen einsetzenden Krankheitsschüben galt sie als «sozial geheilt», d. h., sie vermochte ihre Angelegenheiten ohne weiteres selbst zu besorgen und zeigte keine Krankheitserscheinungen, derentwegen sie des Beistandes oder der Fürsorge bedurft hätte. Es genügte daher, dass ein Beirat bestellt wurde, der bei unverhofftem Auftreten neuer Störungen verhindern konnte, dass die Verheiratete auf wirtschaftlichem Gebiet unsinnige Verfügungen traf, und der sich in der Weise um das Wohlergehen der Schutzbefohlenen kümmerte, dass er auf allfällige Anzeichen eines beginnenden Krankheitsschubs achtete, um allenfalls notwendig werdende Massnahmen (wie Anforderung ärztlicher Hilfe) rechtzeitig anordnen zu können.

Die im BGE 97 II 303 ff. beurteilte Person (Berufungskläger) litt seit Jahren an einer dauernden, unheilbaren Geistesschwäche (pseudologia phantastica / krankhafte Neigung zum Schwindeln) und es war laut psychiatrischen Gutachten zu befürchten, dass sich der Gesundheitszustand mit zunehmendem Alter noch verschlimmern werde. Zwischen 1945 und 1963 wurden gegen den Berufungskläger 6 Freiheitsstrafen wegen versuchter Anstiftung zu falschem Zeugnis, fortgesetzten und wiederholten Betruges, Urkundenfälschung, Veruntreuung und Diebstahls ausgesprochen. Trotzdem setzte er seine Schwindeleien fort. Über seine Schulden war er nicht im Bilde. Unter diesen Umständen betrachtete das Bundesgericht die Beschränkung der Handlungsfähigkeit im Sinne von Art. 395 ZGB (Beiratschaft) als ungenügend. Es entschied deshalb, dass der Berufungskläger dauernd der Überwachung und des Beistandes bedürfe, so dass nur die Bevormundung angebracht sei.

Ki

Bilanz der Zentralkasse des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen vom 31. März 1972

Aktiven		Fr.
Kasse, Giro- und Postcheckguthaben		15 377 273.82
Coupons		5 604.50
Bankendebitoren auf Sicht	Fr. 362 598.48	
Bankendebitoren auf Zeit	Fr. 198 900 000.—	199 262 598.48
Darlehenskassen-Debitoren		21 588 353.94
Wechsel		33 335 082.80
Kontokorrentdebitoren ohne Deckung		10 674 338.60
Kontokorrentdebitoren mit Deckung (davon mit hypothekarischer Deckung Fr. 24 549 420.70)		28 873 541.56
Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung (davon mit hypothekarischer Deckung Fr. 5 624 251.20)		7 253 541.50
Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		228 260 683.40
Hypothekaranlagen		280 210 618.15
Wertschriften		458 942 129.95
Bank- und Bürogebäude (Versicherungswert Fr. 1 754 700.—)		1 000 000.—
Andere Liegenschaften (Versicherungswert Fr. 624 700.—)		400 000.—
Sonstige Aktiven		7 949 385.14
Bilanzsumme		1 293 133 151.84

Passiven		Fr.
Bankenkreditoren auf Sicht		1 582 878.98
Darlehenskassenkreditoren		
auf Sicht	Fr. 300 257 802.56	
auf Zeit	Fr. 843 207 500.—	1 143 465 302.56
Kreditoren		
auf Sicht	Fr. 13 856 769.85	
auf Zeit	Fr. 3 873 995.60	
auf Zeit (mehr als 1 J.)	Fr. 200 000.—	17 930 765.45
Sparkasse		32 890 034.70
Depositen		3 061 410.49
Kassenobligationen		27 200 000.—
Pfandbriefdarlehen		4 000 000.—
Checks und kurzfällige Dispositionen		—.—
Tratten und Akzepte		—.—
Sonstige Passiven		5 391 778.99
Eigene Gelder		
Geschäftsanteile	Fr. 41 000 000.—	
Reserven	Fr. 13 600 000.—	
Gewinnvortrag	Fr. 3 010 980.67	57 610 980.67
Bilanzsumme		1 293 133 151.84

Kautionen (Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen) Fr. 4 914 790.82

Raiffeiseninstruktionskurs in Iseltwald BE

Nachdem der Unterverband deutschbernischer Raiffeisenkassen eine beachtliche Grösse erreicht hat, erwies es sich als zweckmässig, die Instruktions- und Orientierungskurse regional durchzuführen. Für die Kassen des westlichen Oberlandes hat im Jahre 1970 ein solcher Kurs in Lenk stattgefunden. Zum letztjährigen Kurs, der in Schwarzenburg zur Durchführung gelangte, wurden die Raiffeisenkassen des Mittellandes, des Emmentals, des Seelandes und des Thuner Ostamtes eingeladen. Die restlichen Kassen, nämlich diejenigen des engern Oberlandes, hatten Gelegenheit, am 15. April dieses Jahres den dritten Kurs in Iseltwald am Brienzersee zu besuchen. Die Einladung erging an 27 Kassen dieser Region, ferner an die seeländische Kasse Bargen und an die im März neugegründete Raiffeisenkasse in Linden bei Oberdiessbach. Nahezu hundert Kassavertreter hatten sich angemeldet. Der Aufmarsch übertraf die Erwartungen. Darüber zeigte sich der Kursleiter, Hermann Hofmann aus Uetendorf, Präsident des deutschbernischen Raiffeisenverbandes, hocherfreut. Einmal mehr konnte er das wache Interesse lobend erwähnen. Erstmals erschienen übrigens auch mehrere Frauen. Nach der Begrüssung umschrieb der Vorsitzende den Zweck des Kurses. Die ständige Entfaltung und das gesunde Wachstum der Raiffeisenorganisation dürfe, so führte der Verbandspräsident aus, als Ausdruck eines zunehmenden Vertrauens gewertet werden. Nun sei es aber Erfordernis, dieses Vertrauen durch eine einwandfreie, zuverlässige Verwaltung zu rechtfertigen, und das bedinge nicht zuletzt eine gründliche und solide Weiterbildung der lokalen Kassenbehörden. Ausserdem sei es notwendig und wichtig, eine Anpassung an neuzeitliche Gegebenheiten zu realisieren. Hermann Hofmann kam ferner kurz auf stattgefundene Kassajubiläen zu sprechen und dankte verdienten Raiffeisenmännern des engern Oberlandes, die für langjährige treue Dienste geehrt worden sind. Es sind dies: Präsident Richard Wirz, Wilderswil, Verwalter Christian Wyss, Wilderswil, Verwalter Emil Grossenbacher, Beatenberg, Präsident Fritz Tschan, Sekretär Robert Dietrich, Aufsichtsratspräsident Adolf Trachsel und Verwalter Hans Steuri, alle vier in Leissigen.

Das Wort ergriff hierauf Gemeindepräsident Fritz Abegglen, der namens der Ortsbehörde die Raiffeisenfrauen und -männer willkommen hiess und der Freude Ausdruck verlieh, dass als Tagungsort Iseltwald gewählt wurde. Er orientierte kurz über die wirtschaftliche Lage der Gemeinde und lobte die gute Zusammenarbeit mit der örtlichen Raiffeisenkasse, die seit 42 Jahren besteht und sowohl der Gemeinde wie der Bevölkerung wertvolle Dienste leistet. Die Bewohner Iseltwalds treiben grösstenteils Landwirtschaft; dann hat es einige Berufsfischer sowie ein Bootbauunternehmen. Das idyllische Dorf am Brienzersee besitzt ebenfalls einige Hotels und weitere Gaststätten, die namentlich im Sommer häufig aufgesucht werden. Der jährliche Steuereingang beträgt für die Gemeinde rund 150 000 Franken. Dass mit dieser eher bescheidenen Summe recht haushälterisch

umgegangen werden muss, liegt auf der Hand. Anderseits warten grosse Aufgaben, insbesondere die Wasserversorgung, die auf anderthalb Millionen Franken zu stehen kommen wird. Dass die Darlehenskasse mit 700 000 Franken helfen will, wird dankbar anerkannt.
Auch Kassapräsident Christian Brunner richtete ein ebenso sympathisches Grusswort an die Kursteilnehmer und er fügte bei, dass Iseltwald, die Perle am Brienzersee, das jahrhundertealte Fischerdorf mit seinen heimeligen Chalets, den herrlichen Spazierwegen, den schönen Wäldern und stolzen Bergen, es als eine Ehre betrachte, den vielen Raiffeisenleuten für kurze Zeit Gastrecht zu gewähren.
Nach durchgeführtem Appell ging man sofort an die Arbeit. Als Referenten standen die beiden Prokuristen Josef Bücheler und Alex Loepfe aus St. Gallen zur Verfügung, ferner der Geschäftsführer der Bürgschaftsgenossenschaft, Paul Klaus aus St. Gallen. Der Vorsitzende entbot ihnen einen herzlichen Willkomm und dankte ihnen zum voraus für ihr wertvolles Mitwirken. Prokurist Alex Loepfe sprach über die Behandlung des Revisionsberichtes durch die Kassaorgane und brachte hier einige durchaus berechtigte Wünsche an, deren Berücksichtigung sehr zu empfehlen ist. In einem zweiten Referat befasste er sich mit den Belehnungsnormen und den Forderungsabtretungen mit Eigentumsvorbehalt. Er gab gute Ratschläge, deren Befolgung sich bestimmt vorteilhaft auswirken wird.
Eingehend äusserte sich Prokurist Josef Bücheler zur Computer-Buchhaltung, deren Einführung sich aufdrängt, weil Jahr für Jahr die Bilanzsummen und die Umsatzzahlen rapid steigen und als Folge davon die Arbeit der Verwalter stark zunimmt. Anspruchsvoller wird ebenfalls die Kundschaft. Im Suchen nach einer Rationalisierung der Arbeit ist man dazu gekommen, die Einführung der Computer-Buchhaltung zu prüfen. Bereits hat sich eine grössere Anzahl von Kassen hiefür interessiert, so dass man sich entschlossen hat, diese Buchhaltungsart auf den 1. Januar 1973 einzuführen. Abgeklärt wurde auch die finanzielle Tragbarkeit. Die errechneten Kosten sind verantwortbar; sie können noch günstiger werden, wenn die Zahl der mitmachenden Kassen erhöht werden kann. Allfällige Befürchtungen, dass die Selbständigkeit der Kassen verlorengehen könnte, darf man ruhig fallenlassen. In der nachfolgenden Diskussion meldeten sich erfreulicherweise einige Befürworter; es wurde empfohlen, nicht skeptisch zu sein. Weitere Themen, die von Prokurist Bücheler behandelt wurden, waren: Ertrag und Eigenkapital bei der Darlehenskasse, Sparversicherung, Kassierbesoldung und Ferienvertretung. Auch hier wurden gute Vorschläge unterbreitet.

Mit grosser Aufmerksamkeit wurden ebenfalls die Ausführungen von Geschäftsführer Paul Klaus über die Tätigkeit der Bürgschaftsgenossenschaft angehört. Der Referent befasste sich einleitend mit der Gründungsgeschichte der Bürgschaftsgenossenschaft des Verbandes schweiz. Darlehenskassen, die in der schlimmen Wirtschaftsperiode der dreissiger Jahre ins Leben gerufen wurde und heute die grösste Bürgschaftsgenossenschaft in unserem Lande ist. Zweck der Genossenschaft ist die Bürgschaftsleistung zugunsten der ihr angeschlossenen Darlehenskassen und der Zentralkasse des Verbandes schweiz. Darlehenskassen. Näher wurden die Dienstleistungen der Genossenschaft vom Geschäftsführer umschrieben. In den letzten Jahren hat sich die Genossenschaft sehr stark entwickelt. Im vergangenen Jahr erfuhr die Zahl der eingereichten Gesuche eine beträchtliche Erhöhung, und es hat sich erneut bestätigt, dass die Bürgschaftsgenossenschaft zu einer überaus wertvollen und nützlichen Hilfsinstitution geworden ist. Der Vorsitzende ermunterte nach gewalteter Diskussion alle Kassen, die noch nicht Mitglied der Bürgschaftsgenossenschaft sind, den Beitritt zu beschliessen; sie können auf diese Weise zusätzliche Dienstleistungsmöglichkeiten schaffen.
Alle Referate wurden mit dankbarem Beifall aufgenommen, und an jedes einzelne schloss sich eine fruchtbare Aussprache an. Vorab wurden Fragen gestellt, aber auch einige Anregungen gemacht. Der ganztägige Instruktions- und Orientierungskurs nahm in allen Teilen einen guten Verlauf. Nochmals dankte der Vorsitzende den drei Referenten aus St. Gallen. Sein Dank galt aber auch dem lokalen Organisationskomitee mit Kassaverwalter Christian Kaufmann an der Spitze, das sehr zuverlässige Arbeit leistete. Herzlichen Dank entbot Präsident H. Hofmann ebenfalls der Musikgesellschaft Iseltwald, die während des Mittagessens die Kursteilnehmer im Strandhotel und im Hotel du Lac mit flotten Vorträgen überraschte und erfreute, ferner den beiden Hoteldirektionen, die besorgt waren für eine einwandfreie Verpflegung, sowie für den offerierten Aperitif und den Kaffee, gespendet von der Gemeinde und der Ortskasse.

Zum Schluss ermunterte der Kursleiter zu einem kraftvollen Aufmarsch, sowohl an der 69. Delegiertenversammlung des Verbandes schweiz. Darlehenskassen am 10. Juni in Basel wie an der Delegiertenversammlung des Verbandes deutschbernischer Raiffeisenkassen am 1. Oktober in Matten bei Interlaken. Empfohlen wurde ausserdem der Besuch der im Schweizer Raiffeisenbote angekündigten Raiffeisenseminare.
Verwalter Jakob Schlaeppi von der Kasse Unterseen dankte namens der Kursteilnehmer und löste mit seinen anerkennenden Worten einen weitern Applaus aus. Nicht sonderlich gut gesinnt war der Wettergott. Vormittags hellte es auf, gegen Mittag setzten Wind und Regen ein, so dass der See immer grössere Wellen schlug, und als man sich zur Heimkehr rüstete, fielen sogar vereinzelt Schneeflocken. Das alles vermochte aber dem guten Geist, der während des ganzen Kurses herrschte, keinen Abbruch zu tun. Bestimmt werden sich die Kursteilnehmer noch lange und gerne an die Tagung in Iseltwald erinnern, die der Raiffeisenbewegung im Berner Oberland neuen Auftrieb gegeben hat.

H.

Parkplatz an der Sonne ...

Wer stellt schon seinen Wagen in der warmen Jahreszeit an die heisse Sonne? Alle Automobilisten, die dazu gezwungen sind, weil sie keinen Platz im Schatten gefunden haben. Keiner tut es gern, weil jeder weiss, dass es nicht lange dauert, bis das Innere seines Wagens so heiss ist wie ein Backofen.
Aber wenn man seinen Wagen schon an die Sonne stellen muss, so darf man keine Kinder, keine Hunde darin lassen. Und auch keine Spraydose. Denn in der Backofenhitze könnte sie plötzlich platzen wie eine Bombe. Das hat anderen schon Leid und Schaden gebracht. Lassen Sie sich dies eine Lehre sein.

BfB

Wer Feuer anfacht, muss es löschen!

Muss das noch gesagt werden? Ist das nicht selbstverständlich? Kleinere und grössere Waldbrände, die durch offene Feuerstellen entstehen, geben die Antwort: Wer Feuer anfacht, muss es auch wieder löschen. Mit Wasser, durch vollständiges Austreten der Glut oder durch Zudecken mit Erde. Während es brennt, darf es nie unbewacht bleiben, nie zu hoch auflodern, und die Feuerstelle darf nicht näher als 20 Meter vom Waldrand oder von einem Gebäude angelegt werden. Jeder umweltbewusste Mensch wird sich an diese Regeln halten.

BfB

Die Ecke der Verwalterinnen und Verwalter

Verlockende Obligationenzeichnungen anderer Banken

In letzter Zeit haben verschiedentlich andere Banken oder grössere Firmen versucht, von Darlehenskassen 5¼- und 5½ %ige Kassaobligationen zu erhalten. Wir empfehlen unsern Darlehenskassen, solche Angebote rundweg abzulehnen. Die fraglichen Banken würden die bezogenen Kassaobligationen bei erstem Geldbedarf oder eventuell gar sofort auf den Markt werfen, um einen Kursgewinn zu erzielen. Jedenfalls müsste jede Darlehenskasse damit rechnen, die Titel bei Verfall zurückzahlen zu müssen, möglicherweise in einem Zeitpunkt, wo ihnen dies ganz ungelegen käme. Man lasse sich also nicht betören von verlockenden Obligationenzeichnungen, denn die fraglichen Zeichner haben keinesfalls im Sinne, den Darlehenskassen einen Dienst zu erweisen.

April 1972 Hi

Entwicklung und Stand der schweizerischen Raiffeisenbewegung im Jahre 1971

Bilanz per 31. Dezember 1971

	1971	1970	Veränderung
Aktiven	Fr.	Fr.	Fr.
Kassabestände und Postcheckguthaben	79 457 315.71	66 068 910.75	13 388 404.96
Sichtguthaben beim Verband	277 094 491.24	204 933 441.89	72 161 049.35
Terminguthaben	783 360 500.—	690 062 500.—	93 298 000.—
Kontokorrent-Debitoren	364 601 170.71	333 069 731.18	31 531 439.53
Übrige Darlehen	116 481 135.02	111 280 798.79	5 200 336.23
Gemeinden	486 730 420.28	415 818 825.44	70 911 594.84
Hypothekardarlehen	3 154 303 777.78	2 887 237 351.77	267 066 426.01
Wertschriften	45 766 412.10	38 359 528.—	7 406 884.10
Liegenschaften	29 516 277.25	22 570 303.05	6 945 974.20
Sonstige Aktiven	58 229 095.98	51 467 898.84	6 761 197.14
	5 395 540 596.07	4 820 869 289.71	574 671 306.36
Passiven			
Schuld beim Verband	34 681 830.61	56 654 638.60	— 21 972 807.99
Kontokorrent-Gläubiger	313 218 534.07	274 981 208.30	38 237 325.77
Kreditoren auf Zeit	97 033 821.34	95 927 955.42	1 105 865.92
Spareinlagen	3 201 038 655.16	2 903 276 020.42	297 762 634.74
Depositen	292 751 694.64	236 912 060.26	55 839 634.38
Obligationen	1 141 579 584.80	970 574 313.80	171 005 271.—
Sonstige Passiven	84 342 019.39	69 683 066.59	14 658 952.80
Genossenschaftsanteile	32 225 598.—	31 042 778.—	1 182 820.—
Reserven	198 668 858.06	181 817 248.32	16 851 609.74
	5 395 540 596.07	4 820 869 289.71	574 671 306.36

Ertragsrechnung pro 1971

	1971	1970	Veränderung
Ertrag	Fr.	Fr.	Fr.
Aktiv-Zinsen	252 784 377.61	214 363 535.32	38 420 842.29
Diverse Einnahmen	1 159 929.35	845 965.96	313 963.39
	253 944 306.96	215 209 501.28	38 734 805.68
Aufwand			
Passiv-Zinsen	150 441 777.92	126 128 182.58	24 313 595.34
Vermittelte Abgaben	58 997 393.40	49 639 160.86	9 358 232.54
Eigene Steuern	4 142 891.75	4 340 675.20	— 197 783.45
Verwaltung	10 371 048.15	8 807 500.15	1 563 548.—
Übrige Unkosten	9 352 619.55	8 073 471.25	1 279 148.30
Abschreibungen	2 695 949.35	1 946 647.69	749 301.66
Anteil-Zinsen	1 091 017.10	1 047 685.45	43 331.65
Netto-Ertrag	16 851 609.74	15 226 178.10	1 625 431.64
	253 944 306.96	215 209 501.28	38 734 805.68
Umsatz	15 741 136 915.02	13 211 691 761.02	2 529 445 154.—
Anzahl Mitglieder	161 760	156 132	5 628
Anzahl Sparhefte	803 717	778 560	25 157
Anzahl Schuldnerkonti	130 835	129 699	1 136
Anzahl Darlehenskassen	1 148	1 142	6

Jubiläums-versammlungen

Hildisrieden LU. 25 Jahre Darlehenskasse. Auf Einladung der Verwaltung der Darlehenskasse fanden sich am 25. März die Mitglieder zur ordentlichen Generalversammlung ein. In festlicher Stimmung war es Präsident Leonz Estermann vergönnt, eine überaus grosse Zahl Mitglieder zu begrüssen. Ehrend gedachte die Versammlung des im letzten Geschäftsjahr verstorbenen Mitgliedes Niklaus Estermann, Schlipfen.
Aus dem Kassabericht des Verwalters, Julius Bieri, durfte man vernehmen, dass dank freudiger Mitarbeit weiter Kreise der Umsatz um drei Millionen Franken auf 21,405 Millionen Franken gestiegen ist und die Bilanzsumme den ansehnlichen Betrag von 3,404 Millionen Franken erreichte, wobei die Spareinlagen mit 678 803 Franken wesentlich zur Erhöhung der Bilanzsumme beitrugen. Regen Zuspruch fand der Kontokorrentverkehr mit rund 9,4 Millionen Franken Ein- und Auszahlungen. Der Reingewinn beträgt 13 096 Franken und wird voll dem Reservefonds überwiesen, der auf 109 492 Franken angestiegen ist.
Der Präsident des Aufsichtsrates, Jos. Bründler, würdigte die gute Kassaführung unseres Kassiers und beantragte, die Rechnung zu genehmigen, welche auch einmütige Zustimmung fand. In seinem Schlusswort dankte der Präsident dem Kassierpaar für die stets zuvorkommende Beratung der Kundschaft in der Abwicklung der Geldgeschäfte und hofft, dass die Raiffeisenfamilie sich stets an der prosperierenden Entwicklung der Kasse erfreuen kann.

Jubiläumsfeier

Nach der Erledigung des statutarischen Teils leitete die Musikgesellschaft mit einem rassigen Marsch über zur eigentlichen Jubiläumsfeier. Als versierter Leiter dieser Feier entpuppte sich Vizepräsident Silv. Troxler, dem es oblag, die illustre Gästeschar herzlich zu begrüssen. Besondern Gruss und Willkomm entbot er Direktor Dr. A. Edelmann vom Verband schweizerischer Raiffeisenkassen, dem Vertreter des Unterverbandes der Zentralschweiz, Regierungsrat Dr. Kennel, den Delegierten der Nachbarkassen von Römerswil, Beromünster, Eich und Neuenkirch, dem Gemeinderat von Hildisrieden sowie den anwesenden Mitgliedern mit ihren Frauen.
In seinem Rückblick führte Präsident Leonz Estermann den Werdegang und die Entwicklung unserer Kasse vor Augen: Am 20. März 1947 wurde auf Initiative des damaligen Süssmostkomitees unter der Leitung von Kaspar Stirnimann zur Gründung dieses Sozialwerkes geschritten. Als erster Kassier zeichnete Pfarrhelfer Johann Eigensatz. Von den damals 17 Mitgliedern ist inzwischen der Bestand auf 124 angestiegen. Der erste Geschäftsbericht wies einen Reinertrag von Fr. 9.40 auf. Am 1. Oktober 1955 trat Lehrer Julius Bieri anstelle des verstorbenen Kassiers Johann Eigensatz neu als Verwalter der Kasse ein. Anno 1963 hat das Guthaben der Sparkassen-Einlagen die Millionengrenze überschritten. In diesen 25 Jahren hat sich das kleine Dorfkässeli in einer zielbewussten und steten Aufwärtsentwicklung zu einer angesehenen Dorfbank entwickelt.
Direktor Dr. A. Edelmann überbrachte die Grüsse des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen und ehrte sodann die Vorstandsmitglieder Leonz Estermann als Präsident und Robert Emmenegger als Aktuar sowie Josef Fleischli und Fritz Müller für 25jährige Vorstandszugehörigkeit. Jeder erhielt ein gediegenes Geschenk.
In gleicher Weise nahm Vizepräsident Silv. Troxler die Ehrungen dieser vier verdienten Vorstandsmitglieder im Auftrag der Darlehenskasse vor, dankte ihnen für ihren uneigennützigen Einsatz und überreichte jedem drei Goldvreneli.
Die Gründerehrung nahm Jul. Bieri vor. Er würdigte den Mut und die Aufgeschlossenheit und übergab jedem als Dank einen Blumenstrauss. Die Grüsse des Unterverbandes der Zentralschweiz übermittelte dessen Vertreter, Regierungsrat Dr. Kennel, und die der Gemeinde Hildisrieden Gemeindepräsident Werner Troxler, der die gute Stimmung mit der obligaten Kaffeespende aufrundete. Ebenso brachten die Vertreter der Nachbarkassen ihre Geburtstagsgrüsse, die sie mit sinnvollen Geschenken zu untermauern wussten. Die Totenehrung, die von Jul. Bieri erhebend gestaltet wurde und alle verstorbenen Mitglieder seit der Gründung miteinbezog, fand im Lied vom guten Kameraden, intoniert von einer Bläsergruppe der Musikgesellschaft, einen würdigen Abschluss.
Sinnvoll und vortrefflich wurde die Feier aufgelockert durch einen Sprechchor der Sekundarschüler, durch Liedervorträge des Kirchenchores, durch eine Europareise in Liedform der Viert- und Fünftklässler sowie die Jungmusikanten, die ihren ersten Auftritt vorzüglich bestritten.
Zum Schluss ergriff Präsident Leonz Estermann nochmals das Wort und sagte, dass nun ein so richtiger Raiffeisentag seinen Abschluss gefunden habe, welcher zur gedeihlichen Weiterentwicklung der Darlehenskasse nur förderlich ist. Sein Dankeswort ging vom Verband über an die Delegationen und an die Gemeinde, ganz besonders aber an die treuen Mitglieder, die ja die Entwicklung und den Fortbestand der Kasse bestimmen. Einen Extradank richtete er an alle, die zu dieser schönen Feier beigetragen haben, und nicht zuletzt dem Wirtepaar vom «Roten Löwen» für das vorzügliche Mittagessen und für die Dekoration des Saales.
Mit dem Wunsche auf Glück und Segen in Familie und Beruf schloss er die silberne Jubiläumsfeier.

Oberentfelden AG. Mit einem noch nie erlebten Grossaufmarsch konnte am Freitagabend die Darlehenskasse Oberentfelden ihre 40. Generalversammlung durchführen. Während in den letzten Jahren die Hundertergrenze knapp erreicht wurde, fanden sich diesmal 132 Mitglieder im Gasthof zum Bad ein; die Probleme, die sich in organisatorischer und kulinarischer Sicht plötzlich ergaben, wurden von der Leitung und dem Personal des renommierten Gasthauses glänzend gemeistert.
Seiner Freude über das rege Interesse der Besucher Ausdruck gebend, begrüsste der Präsident des Vorstandes, August Schifferli, die Anwesenden herzlich. Die Versammlung gedachte gleich zu Beginn ehrend der sechs im Berichtsjahr verstorbenen Kassamitglieder. Hierauf konnten die Traktanden in rascher Folge abgewickelt werden. Zum Hauptgeschäft, der Rechnungsablage, nahmen vorschriftsgemäss der Vorstand, der Kassier und der Aufsichtsrat Stellung; man spürte, dass die Sprecher es mit Freude und Optimismus taten, denn das günstige Jahresresultat gab ihnen auch das Recht dazu. Nachdem Präsident Schifferli einen kurzen Überblick über die allgemeine Marktlage gegeben und von den Auswirkungen der stets steigenden Teuerung und den variierten Zinssätzen gesprochen hatte, hob er nebst dem guten Abschluss auch das stets kollegiale und faire Zusammenarbeiten der Kassengremien hervor und schloss mit einem speziellen Dank an das treue Verwalterehepaar Künzli und an die Kundschaft.
Kassier Emil Künzli orientierte in übersichtlicher Weise über Rechnung und Bilanz. Er freut sich besonders über den Vertrauensbeweis der Kunden, der aufs beste in den stets steigenden Zahlen zum Ausdruck kommt. So ist der Sparwille trotz steigender Teuerung und der damit schritthaltenden Geldentwertung hoch zu schätzen, da er dem einzelnen wie der Gesamtheit von Nutzen ist. Die Spareinlagen haben im Jahr 1971 die 6-Millionen-Grenze überschritten. Einen grossen Sprung haben auch die Umsatzzahlen im Berichtsjahr erlebt, die mit über 16 Millionen Franken ausgewiesen sind. Die Bilanzsumme hat eine Zunahme von 800 000 Franken erfahren und beziffert sich auf Jahresende auf 8¼ Millionen Franken. Es wäre falsch, anzunehmen, dass sich bei der kontinuierlichen Erhöhung der Zahlen in allen Sparten nicht auch der Reingewinn gegenüber den Vorjahren erhöht hätte; dieser steht mit 21 347 Franken zu Buch, ist aber in der Tat um 10 000 Franken höher, da dieser Betrag in der Rubrik Abschreibungen figuriert und bewirkt, dass die Schuld auf der eigenen Liegenschaft noch 80 000 Franken beträgt.
Namens des Aufsichtsrates konnte Präsident Fritz Hunziker nur Positives über Jahresarbeit und -abschluss aussagen. Er hob auch hervor, dass unser Institut in all den vierzig Jahren des Bestehens von jeglichen Verlusten verschont geblieben ist, dass dies aber nicht als selbstverständlich hingenommen werden darf, liest man doch in letzter Zeit gar nicht selten von Bankzusammenbrüchen. Eine treue Verwaltung, keine Spekulationen mit den Kundengeldern sowie gewissenhafte Kontrollen, aber auch die Treue der Kundschaft dürfen dabei hoch eingeschätzt werden. Dank der soliden Verwaltung und der Arbeit des klug abwägenden Vorstandes dürfen wir zuversichtlich in die Zukunft blicken, denn materiell gesehen gibt der Reservenstand, der bis Ende des laufenden Jahres die 300 000er Marke überschritten haben wird, der Kasse den nötigen Rückhalt. Den Anträgen über Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurde von den Anwesenden einhellig zugestimmt; den verantwortlichen Kassaorganen ist damit auch die Entlastung ausgesprochen worden.
Die Wahlen, die anschliessend noch fällig waren, konnten in kürzester Zeit unter Dach gebracht werden, da keine Demissionen vorlagen. Einstimmig und mit Akklamation wurde allen Funktionären von der wohlgestimmten Versammlung das Vertrauen ausgesprochen. Wenn auch in einfachem Rahmen, so wollte man doch das 40jährige Bestehen der Kasse nicht ohne besonderen Akzent vorübergehen lassen. Ohne lange Reden zu halten wurde den Mitgliedern, die seit der Gründung der Kasse dabei sind, in nettem Etui zur Erinnerung ein «goldener Batzen» überreicht. In diesen Genuss kamen Richard Lüscher, Jakob Lindegger, August Haberstich, Gotthold Matter und Karl Matter sowie das Kassierehepaar Herr und Frau Künzli, die nun seit 40 Jahren in zuvorkommender Weise die Kassageschäfte erledigen und für die Kundschaft ein Begriff geworden sind. Der Dank an die letzteren für ihren unermüdlichen Einsatz ist auch von der Zentralstelle der schweizerischen Raiffeisenkassen in St. Gallen mit einem prächtigen Zinnteller mit Widmung abgestattet worden. Mit viel Beifall quittierten die Anwesenden diese Ehrungen.
Nach knapp einstündiger Verhandlungsdauer konnte noch ausgiebig dem geselligen Beisammensein, bestehend im Gastronomischen, gewürzt mit musikalischen Darbietungen eines Duos und im munteren Gespräch, gehuldigt werden. huf

Schötz LU. *40 Jahre Darlehenskasse.* Ihre Gründung geht zurück in eine Zeit der wirtschaftlichen Ohnmacht. Arbeitslosigkeit und Banksanierungen waren die Krebsübel jener unglückseligen Zeit. Ratlosigkeit und Resignation trieben weitsichtige Bürger zur Selbsthilfe, und trotz heftiger Widerstände wurde der Gedanke zur Gründung einer Darlehenskasse in die Tat umgesetzt. Heute dürfen die Initianten mit Freude und Genugtuung auf ihr gut fundiertes Werk stolz sein.
Die 40. Generalversammlung, zu der sich im Saal zum St. Mauritz an die hundert Mitglieder einfanden, durfte von den guten Ergebnissen ihrer Kasse Kenntnis nehmen. Präsident Anton Graber orientierte die Anwesenden in kurzen Zügen über den Geschäftsablauf pro 1971. Der Umsatz kletterte auf rund 28 Mio Franken. Die Bilanzsumme ist auf 9 Mio Franken angewachsen. Der Nettoertrag weist sich mit 16 000 Franken aus. Die Spareinlagen stehen mit 6,4 Mio Franken zu Buch. Der Reservefonds beträgt 276 000 Franken. Kassier Peter Meier durfte für seine vorzügliche Tätigkeit den Dank und den Beifall der Versammlung entgegennehmen.
An Stelle des zurückgetretenen Hans Felber, der dem Aufsichtsrat seit 16 Jahren angehörte, wurde Ernst Hunkeler einstimmig gewählt.
Einen speziellen Akzent bot das Traktandum «Jubiläum». Gleich drei Vorstandsmitglieder durften für ihre uneigennützige 40jährige Arbeit im Dienste der Darlehenskasse Schötz ein sinnvolles Präsent entgegennehmen: Anton Graber, alt Grossrat, Präsident seit Anfang und Gründermitglied; Anton Greber, Kirchmeier, Aktuar und Gründermitglied; Fritz Fellmann, Präsident des Aufsichtsrates und Gründermitglied. Im Namen des übrigen Vorstandes und der Versammlung dankte Kasimir Muri den Jubilaren für ihre riesengrosse Arbeit im Dienste des Nächsten. Als weitere treue Gründermitglieder wurden mit einem schönen Blumenarrangement geehrt: Otto Wirz, alt Kassier; Johann Frey-Willimann, alt Handelsmann, und Josef Ambühl, Gemeindeammann, Ohmstal. Alt Gemeindeschreiber Hans Isenschmid und Hans Hunkeler durften für ihre 40jährige treue Mitgliedschaft ein Blumengebinde und den Dank der Versammlung entgegennehmen. Die reibungslose Abwicklung der Traktanden war auch der Ausdruck einer zielbewussten Kassenführung, die allseitig gewürdigt und verdankt wurde.
Gemeindepräsident Kaspar Bossart überbrachte die Grüsse der Behörde und würdigte mit anerkennenden und sympathischen Worten das Wirken unserer Dorfkasse. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass auch das kommende Jahrzehnt im Zeichen der guten Entwicklung stehen möge.
Zum Abschluss der wohlgelungenen 40. Generalversammlung offerierte die Kassenleitung ein Nachtessen, das dem Gasthof St. Mauritz alle Ehre machte.
KM

Verdienten Raiffeisenmännern zum Gedenken

Fritz Bütschi, Reutigen BE

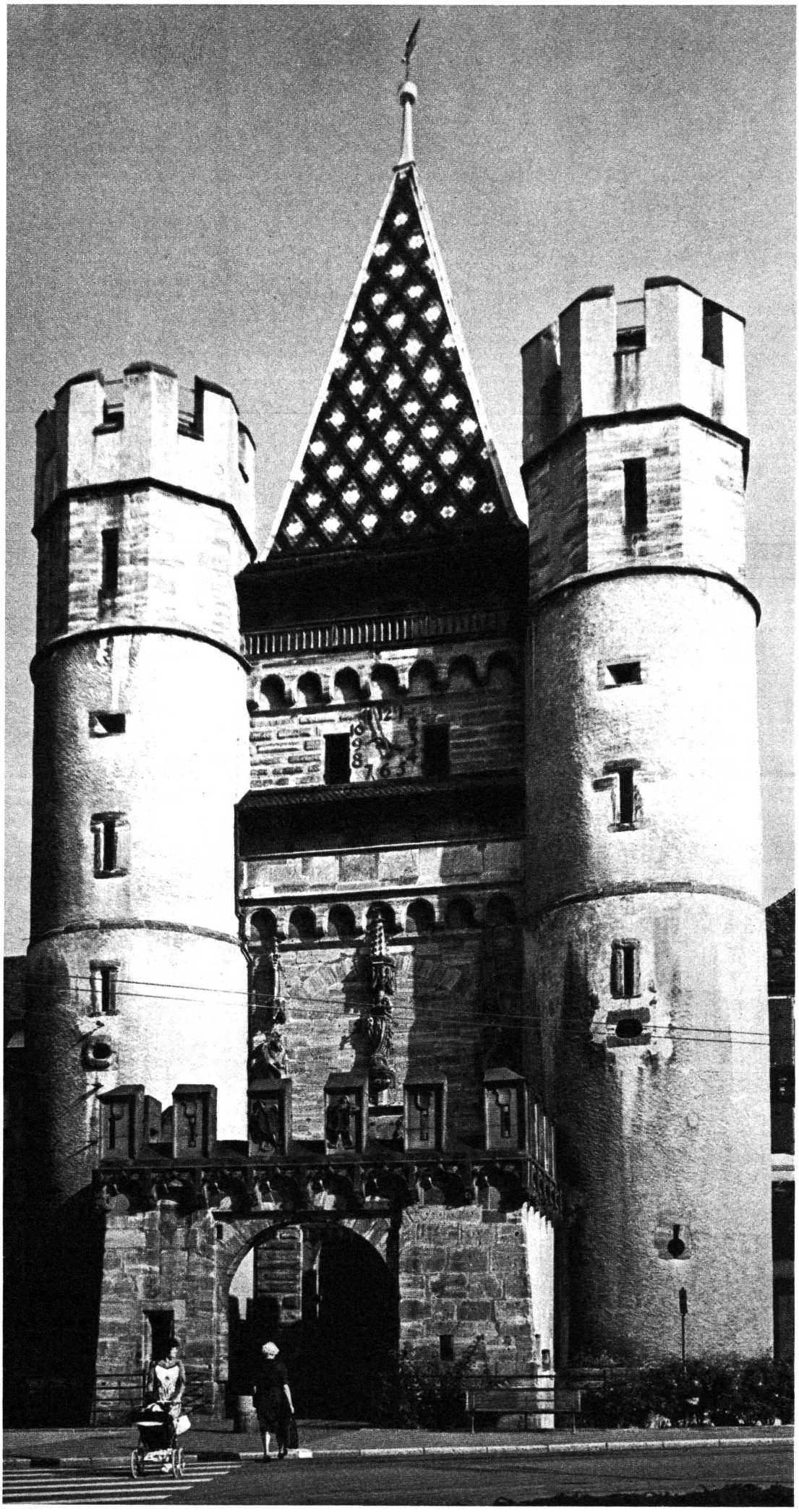
An der 40-Jahr-Feier der Darlehenskasse Reutigen, die am 25. März abgehalten wurde, gedachte man ebenfalls ehrend und in grosser Dankbarkeit des sehr geschätzten und tüchtigen Vorstandsmitgliedes Fritz Bütschi-Bettschen, gewesener Landwirt und Metzger, den man wenige Wochen zuvor zu Grabe geleitet hat. In seinem 69. Lebensjahr ist dieser tüchtige und allseits beliebte Mitbürger im Bezirksspital Thun verschieden. Vielseitig und wertvoller Art war sein Wirken in der Gemeinde, der Burgergemeinde und andern Organisationen. Er gehörte dem

Burgerrat an, war Mitglied der burgerlichen Forstkommission, leistete gute Dienste in der Schatzungskommission und übte das Amt eines Fleischschauers aus. Fritz Bütschi war zudem die treibende Kraft beim Erwerb der in der Nähe gelegenen Alp Günzenen. Die Alpgenossenschaft ernannte ihn zum Bergvogt. Mit vollem Einsatz und vorbildlicher Hingabe erfüllte er die ihm übertragene Aufgabe zur restlosen Zufriedenheit aller Genossenschafter. Aber auch als zuverlässiger Kassier der Viehzuchtgenossenschaft erwarb sich der Heimgegangene grosse Wertschätzung. Sein Mitmachen in zwei Genossenschaften legte es der Leitung der örtlichen Darlehenskasse nahe, ihn ebenfalls in den Vorstand dieser Genossenschaft zu wählen. Das geschah vor sechs Jahren. In dieser Zeit konnte das muntere Wachstum der Raiffeisenkasse noch in vermehrtem Masse gefördert werden. Dass hierzu Fritz Bütschi seinen Beitrag leisten durfte, betrachtete er, der ganz allgemein dem genossenschaftlichen Wesen verständnisvolle Beachtung schenkte, als eine schöne Aufgabe. Seine Liebe galt aber auch der Pflege der Volksmusik. Während seiner langen Zugehörigkeit zur Musikgesellschaft Reutigen versah er das Amt des Kassiers, dann übertrug man ihm das Präsidialamt, und schliesslich ernannte man ihn in Anerkennung seiner grossen Verdienste zum Ehrenpräsidenten. Zuteil wurde ihm die Würde eines kantonalen und später eines eidgenössischen Musikveteranen. Als am 25. März anlässlich der 40. Generalversammlung der Darlehenskasse Reutigen die Musikgesellschaft elf verstorbene Kassamitglieder mit einer ergreifenden Weise für ihre Treue zur Dorfkasse und ihr Wirken ehrte, da lag in den Klängen auch ein ganz besonderer Dank für den heimgegangenen Fritz Bütschi, dessen Andenken man im heimeligen Dorfe am Fusse der Stockhornkette auf lange Zeit in Ehren halten wird. -n.

Gottfried Germann, Frutigen BE

In den auf den Ersten Weltkrieg folgenden Krisenjahren sind im Berner Oberland die meisten Raiffeisenkassen entstanden, und zwar in der Zeit von 1926 bis 1934; in dieser Periode fanden nicht weniger als 35 Kassagründungen statt. Von 1935 weg bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden bloss noch zwei Neugründungen vollzogen. An der Spitze steht das Jahr 1932 mit nicht weniger als acht Gründungen, dann folgen die Jahre 1930 mit sechs, 1928 mit fünf und 1931 mit ebenfalls fünf neuen Darlehenskassen. 1931 hat in Frutigen die oberländische Herbstausstellung stattgefunden. An dieser Schau wurde damals auch Propaganda für die Raiffeisenidee gemacht, und es scheint, dass diese nicht unbeachtet geblieben ist. Die auffallend grosse Gründungszahl im folgenden und zum Teil bereits im Ausstellungsjahr bestätigt dies. Auch in Frutigen trug die Werbung an der Herbstausstellung gute Frucht, denn bereits am 19. Dezember 1931 konnte in diesem stattlichen Bergdorf eine Darlehenskasse nach System Raiffeisen gegründet werden. Hauptinitiant war alt Grossrat Hans Kleinjenni in Kanderbrück. Mitgründer war ebenfalls Notar Gottfried Germann in Frutigen, der sich als Präsident des Aufsichtsrates zur Verfügung stellte und dieses Amt innehatte bis zum 19. Februar dieses Jahres. Am Tage der 40. Generalversammlung legte er aus Altersgründen sein Amt in andere Hände, und wenige Wochen später, am Gründonnerstag, ist Gottfried Germann, eine im ganzen Frutigland geschätzte Persönlichkeit, im Alter von 83 Jahren gestorben.

Das Licht der Welt erblickte er im Amtshaus zu Frutigen. Nach Absolvierung der Primar- und Sekundarschule besuchte er das Gymnasium in Bern, nachher die Handelsschule in Neuenburg und bestand hierauf die Zulassungsprüfung an der Universität Bern, wo er 1911 seine Studien mit dem Staatsexamen als bernischer Notar erfolgreich abschloss. 1912 verehelichte sich Gottfried Germann mit Marie Pieren. Dann befiel ihn ein heimtückisches Rücken-



Basel, Spalentor

Bettlektüre

für Verwalterinnen und Verwalter

Ordnung im Büro

beginnt nicht mit dem Computer! Ordnung ist eine Sache der kleinen Dinge. Vielleicht hängt es davon ab, dass die Büroausrüstung gelegentlich ergänzt oder erneuert wird. Aktenhüllen sind heute ebenso wichtig wie Briefordner. Gute Kopien setzen ein brauchbares Carbonpapier voraus. Und abgenützte Gummistempel bedeuten schlechte Propaganda. Dafür leisten Pendenzenmappen um so bessere Dienste.

Alle Büroartikel durch die MATERIALABTEILUNG

*

Ordnung auch im Schrank und im Archiv

durch die sehr preisgünstigen Kartei- und Ablegekasten in Hartplastik, mit Stellplatten.

Muster durch die MATERIALABTEILUNG

An die bündnerischen Raiffeisenkassen

Das neu geschaffene Formular **«Schuldvermehrung»** ist nun lieferbar.

Zu beziehen unter Nr. H-51 bei der MATERIALABTEILUNG

*

Voranzeige

Die Adressenverzeichnisse für den «Schweizer Raiffeisenboten» müssen zwecks elektronischer Auswertung bereinigt werden. Die Darlehenskassen erhalten hierüber demnächst genaue Informationen. Für heute die grosse Bitte, diese Verzeichnisse zu ergänzen und auf Abruf bereitzuhalten.

Verbandssekretariat

Notizen ...

In der nächsten Sitzung bitte nicht vergessen, den Beschluss für die Bestellung der Taschenagenden und Planer fassen zu lassen. Die Offerten sind den Darlehenskassen soeben zugegangen. Muster stehen zur Verfügung.
Eine neu gegründete Darlehenskasse im Berggebiet benötigt einen Kassaschrank. Vielleicht, dass da oder dort ein zu klein gewordenes Modell ohnehin ersetzt werden sollte.

Meldungen bitte an das **Verbandssekretariat.**

*

Besinnliches

Ich red' nicht für mich, sagte der Fuchs, aber ich meine, man sollte die Hühner ins Holz treiben, da gäb' es immer etwas zu scharren.
Sprichwörtliche Redensart

Verlag Leobuchhandlung, St. Gallen
Aus «Quellen heiterer Tierweisheit»,

HUMOR

Inländisches:

Ein wackerer Eidgenosse (es war zufällig ein Ostschweizer) schimpfte in Steuerangelegenheiten auf gut schweizerische Art und Weise wie ein Rohrspatz über die Behörde und tat den kühnen Ausspruch, die Hälfte des Gemeinderates bestehe aus Narren. Das gab Feuer ins Dach, und er musste an der nächsten Einwohnergemeindeversammlung öffentlich widerrufen. Er glaubte seiner Pflicht Genüge zu leisten, indem er erklärte: «. . . also sy d'Hälfti käini Narre!»

*

Gelacht wurde schon vor 75 Jahren . . .

Treu bis in den Tod! – Der gnädige Herr zum Diener Johann (den gab es damals tatsächlich noch): «Johann, ich habe jetzt immer einen solchen Durst, ich glaube, ich trinke mich noch einmal tot.» – Johann: «Ach, gnädiger Herr, lassen Sie mich doch mitsterben!»

Darlehenskasse Wartau in Oberschan

Wir suchen für unsere vollamtlich geführte Kasse einen tüchtigen

Verwalter

Erwünscht sind Bewerber mit Bankpraxis, kaufmännischer Bildung oder Verwaltungslehre.

Wir bieten eine vielseitige und selbständige Aufgabe in einem neuen Bankgebäude. Komfortable 4-Zimmer-Wohnung vorhanden. Zeitgemässe Anstellungsbedingungen und Pensionskasse.

Offerten mit den entsprechenden Unterlagen sind bis zum **24. Mai 1972** zu richten an Martin Zogg, Präsident der Darlehenskasse Wartau, 9499 Oberschan. Telefon 085 5 11 43

Darlehenskasse Reitnau

Wir suchen auf Herbstanfang (September-Oktober) einen selbständigen, verantwortungsbewussten

Verwalter-Kassier

Wir bieten: zeitgemässe Entlöhnung, leistungsfähige Pensionskasse und Kassierwohnung im eigenen Kassiergebäude.

Wir erwarten: abgeschlossene Bank- oder Verwaltungslehre und Bilanzsicherheit. Alter: 25 bis 35 Jahre.

Bewerber wollen ihre Anmeldung mit den üblichen Unterlagen richten an den Präsidenten des Vorstandes:

Herrn Robert Rössler, Fabrikant, 5056 Attelwil.

leiden, das eine mehr als einjährige Liegekur am Meer erforderte. Seine vorzeitige Rückkehr mit Frau und Kind gestaltete sich zu einer abenteuerlichen Reise, weil inzwischen der Erste Weltkrieg ausgebrochen war und Frankreich sich in voller Mobilisation befand. Gottfried Germann hatte nicht nur eine lange Leidenszeit auf sich zu nehmen, sondern ebenfalls schwere Schicksalsschläge. 1928 starb seine Gattin, sieben unmündige Kinder hinterlassend, 1943 kam seine Tochter Annemarie auf tragische Weise ums Leben, und 1961 verlor er seine zweite Gattin, Frau Sophie Germann-Trummer, die einer heimtückischen Krankheit erlag. Ein starker Glaube und innere Einkehr gaben Gottfried Germann die Kraft, alle Prüfungen tapfer zu tragen. Seine lange Krankheitszeit – dazu kam noch die Entfernung einer Niere – erforderten eine überaus solide Lebensweise, dank dieser der Schwergeprüfte ein hohes Alter erreicht hat.

Von 1924 an war der Heimgegangene auf dem Notariatsbüro seines Vaters tätig, das er nach dessen Tod weiterführte und dazu noch die Gemeindeschreiberei von Frutigen übernahm. In den Räumlichkeiten des Notariats hatte ebenfalls die Darlehenskasse von 1934 hinweg ihren Sitz. Gottfried Germann war Kassier-Stellvertreter, und in dieser Eigenschaft half er jeweils tatkräftig bei den Jahresabschlussarbeiten mit. Da es Gottfried Germann jederzeit ein nahes Anliegen war, Bedrängten und Hilfe- und Ratsuchenden beizustehen, sagte ihm die Raiffeisenidee ganz besonders zu. Als Notar und unermüdlicher Berater von Kunden bei Finanzierungen und bei Plazierungen von Geldern trug er massgeblich zur kraftvollen Entwicklung der Kasse bei. Über den Gang der Geschäfte war er daher bestens orientiert. Ein gutes Gedächtnis und eine erstaunliche Schaffensfreude, die bis zum letzten gesunden Tag nie erlahmte, erleichterten ihm seine Tätigkeit.

Am Schluss des ersten Geschäftsjahres zählte die Kasse Frutigen bereits 101 Genossenschafter. Die Bilanzsumme betrug Fr. 79 488.– und der Umsatz Fr. 479 574.–. 51 Sparer hatten am Schluss des ersten Geschäftsjahres der jungen Raiffeisenkasse Fr. 37 411.– an Spareinlagen anvertraut; dazu kamen Obligationengelder in der Höhe von Fr. 17 000.–. Der Reingewinn von Fr. 15.– war bescheiden; er bildete die erste Einlage in den Reservefonds.

20 Jahre später lauteten die entsprechenden Zahlen: 194 Mitglieder, 2,1 Mio Bilanzsumme, 6,7 Mio Umsatz, 1,6 Mio Spareinlagen, Fr. 204 000.– Obligationen und Fr. 78 132.– Reserven.

Im vergangenen Jahr zählte die Darlehenskasse Frutigen 621 Genossenschafter. Die Bilanzsumme überschritt die 15-Millionen-Grenze, der Umsatz erreichte die Rekordhöhe von mehr als 31 Mio Franken, und der Reservefonds konnte um Fr. 71 948.– auf Fr. 689 508.– erhöht werden. Am 31. Dezember 1971 betrugen ferner: die Guthaben der Spareinleger Fr. 10 615 628.– und die Obligationen Fr. 2 369 600.–. Auf der Seite der Aktiven stehen die Hypothekardarlehen mit Fr. 11 060 173.– an vorderster Stelle.

Von sämtlichen bernischen Raiffeisenkassen ist diejenige von Frutigen die weitaus stärkste sowohl hinsichtlich Bilanzsumme, Reserven und Zahl der Genossenschafter. Letztere konnte übrigens im verflossenen Geschäftsjahr, es ist dies das vierzigste, um 21 Mitglieder erhöht werden. Diese prächtige Entfaltung konnte Notar Gottfried Germann von Anfang an miterleben. Sie ist zu einem schönen Teil das Werk seines Einsatzes und seiner Hingabe an eine gute Sache. Dafür gebührt ihm grosser und bleibender Dank. Die Raiffeisenkasse Frutigen, die heute vom Sohn des Verewigten, Notar J. Germann, verwaltet wird, hat im Laufe von vier Jahrzehnten überaus segensreich gewirkt; sie half manche Not lindern und hat zugleich viel zur Förderung des Sparsinns beigetragen. Sie ist aber auch zu einem Begriff im Frutigland geworden, und nicht zuletzt ehrt sie alle diese, die vor vier Jahrzehnten den Mut und die Tatkraft aufgebracht haben, dieses Werk zu schaffen. Zu ihnen zählt Notar Gottfried Germann, dem man auch in der grossen bernischen Raiffeisenfamilie ein ehrendes Andenken bewahren wird. H.

Walter Humbel-Billeter, alt Gemeinderat, Stetten AG

Alle haben ihn gekannt, den kleinen Mann, der trotz seiner 82 Jahre immer noch mit rüstigem Schritt durch die Dorfstrassen ging, wenn er seine Botengänge zu besorgen hatte. Freundlich grüsste er dem Mitmenschen zu, blieb auch hie und da gerne einige Minuten stehen, um mit einem Bekannten ein paar Worte zu wechseln. Nun aber ist er plötzlich aus unserem Dorfbild entschwunden, kaum kann man es fassen. Für uns allzurasch ist er in die Ewigkeit abberufen worden.

Unser verstorbene Mitbürger Walter Humbel-Billeter wurde am 12. Dezember 1890 in Stetten geboren als Sohn des Jakob Lukas Humbel und der Theresia geb. Rüegg. Einige Jahre früher war die Familie von Rapperswil her kommend in Stetten ansässig geworden, indem sie das Restaurant Eintracht käuflich erworben hatte.

Mit seinen drei Brüdern Hermann, Karl und Albert verbrachte Walter eine glückliche Jugendzeit. Der Schule entlassen, erlernte er den Beruf eines Schlossers, der ihm später in seiner Tätigkeit als Fabrikant einer Seidenspinnerei sehr zu Nutzen war.

Im Jahre 1921 verehelichte sich Walter Humbel mit Fräulein Ida Billeter. Leider blieb ihrer Ehe der Kindersegen versagt. Dennoch war sie bis ins hohe Alter von Harmonie und Liebe erfüllt. Und so werkten die beiden auch all die Jahre hindurch einträchtig zusammen in ihrer kleinen Seidenspinnereifabrik, deren mächtiges Wasserrad bis in die jüngste Zeit hinein ein altehrwürdiges Dorfidyll darstellte.

Walter Humbel hatte nicht nur sein eigenes Fortkommen vor Augen. Wie kaum ein anderer stellte er seine Kräfte auch in den Dienst der Dorfgemeinschaft. Bald einmal hatte man seine reichen Fähigkeiten erkannt und ihn im Laufe der Jahre in verschiedene Komissionen und Ämter berufen: Von 1910 bis 1960 versah er das Amt des Sektionschefs in der Gemeinde. Ferner war er Mitglied der Steuerkommission, deren Präsidium er zeitweilig innehatte. Im weiteren wirkte er in der Elektrakommission mit. Und schliesslich wurde er 1933 in den Gemeinderat gewählt und war von 1950 bis 1960 Vizeammann der Gemeinde.

Auch der Kirchgemeinde stellte der Verstorbene sein Können zur Verfügung, indem er von 1928 bis 1960 Mitglied der Kirchenpflege war. Als deren Präsident amtete er von 1954 bis 1960. Es war ein für das Volk von Stetten ein segensreiches Unternehmen, als vor 50 Jahren die Darlehenskasse nach System Raiffeisen gegründet wurde. Unter den Gründern derselben finden wir ebenfalls wieder die Persönlichkeit von Walter Humbel. Ja, er war ein eifriger Förderer dieser vorzüglichen Einrichtung. Im Jahre 1940 ernannte man ihn zum Vizepräsidenten und 1950 zum Präsidenten. Unter seinem Präsidium, das er bis zu seinem Tode ausübte, gedieh die Kasse zu einem erfolgreichen Unternehmen heran.

So hat unser Verstorbene sich unzählige Verdienste erworben um das Wohl der ganzen Dorfgemeinschaft. Er wird ihr daher in lobenswerter Erinnerung bleiben.

Jahrzehnte schwinden rasch dahin. Mit der Zeit macht sich das Alter bemerkbar. So erging es auch Walter Humbel und seiner Gemahlin. Darum verkauften sie ihren Betrieb und zogen sich ins Privatleben zurück, um im Alter noch einige gemeinsame Jahre der Ruhe zu geniessen. Darum demissionierte Herr Humbel auch von seinen Ämtern, ausser jenem der Darlehenskasse. – Einige Jahre war den beiden das Zusammenleben in Ruhe gegönnt. Dann aber schlug der Tod plötzlich zu und holte die Gattin von der Seite des Gatten. Schwer traf ihn dieser Schicksalsschlag. Doch die Zeit heilt Wunden. Bei seinem nimmermüden Arbeiten in Haus und Garten konnte er den Schmerz überwinden. Auch fand er in Frau Witwe Wietlisbach-Seiler eine umsorgende Haushälterin, die ihm in allem helfend beistand. Trotz eines Alters von über 81 Jahren blieb Walter Humbel geistig recht frisch. Auch körperlich fühlte er sich kräftig. Mit grossem Interesse am Weltgeschehen las er täglich und eifrig die Tagespresse. Auch unternahm er noch im Alter verschiedene Reisen. So machte er auch letzten Ostermontag eine Carreise mit, bei welcher Gelegenheit er spassend meinte: «Ich fühle mich immer jünger!» Ja, diesen Eindruck konnte man auch haben, als er an der vergangenen Generalversammlung der Darlehenskasse noch mit jugendlichem Elan die Geschäfte führte.

Wie rasch aber können sich die Dinge im Leben eines Menschen ändern. Noch hatte Herr Humbel am vergangenen Freitag den ganzen Vormittag ahnungslos gearbeitet, als ihn am Mittag plötzlich ein Schlaganfall ereilte, an dessen Folgen er am Montag, 10. April, verstarb. Möge der Verstorbene, der im irdischen Leben unermüdlich gearbeitet hat zum Wohle der Gemeinschaft, in Gottes Frieden ruhen. R. I. P. Wt.

Martin Jeitziner, Mund VS

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich am 6. April die Nachricht vom beinahe plötzlichen Hinschied unseres Aufsichtsratsmitgliedes Martin Jeitziner. Seit dem Jahre 1934 widmete er sich als Primarlehrer der Bildung unserer Jugend. Als Gemeinderat und Präsident leitete er während acht Jahren in vorbildlicher Weise die Geschicke unserer Gemeinde. Überdies stellte er seine Fähigkeiten unserem Bezirk als Grossrat zur Verfügung. Die überaus grosse Beteiligung am Tage der Beerdigung war beredtes Zeugnis seines Wirkens in Gemeinde und Staat.

Stetig wachsende Bilanzsummen der über 1150 uns angeschlossenen Raiffeisenkassen, davon 700 in der deutschen und in der romanischen Schweiz, bedingen eine Verstärkung unseres Stabes an

Revisoren und Revisions-Assistenten

Die Erfüllung dieser Aufgabe im Sinne des Schweizerischen Bankengesetzes verlangt fundierte Kenntnisse im Rechnungs- und Bilanzwesen. Im Hinblick auf die spätere, selbständige Tätigkeit bemühen wir uns um eine solide und umfassende Einführung in den interessanten und abwechslungsreichen Aufgabenkreis.

Ausser einem angenehmen Arbeitsklima und einem sehr ansprechenden Gehalt bieten wir die 5-Tage-Woche sowie eine fortschrittlich gestaltete Pensionskasse.

Bewerber, die in St. Gallen oder Umgebung wohnen oder bereit sind, dort Domizil zu nehmen, laden wir ein, ihre Offerte einzureichen an die

Direktion der
Revisionsabteilung des Verbandes schweizerischer Darlehenskassen
9001 St. Gallen Telefon 071 22 73 81

Waldpflanzen

Bevor Sie Ihren Bedarf an Waldpflanzen bestellen, verlangen Sie meine Preisofferte mit Angabe des Bedarfs. Ich kann Ihnen auf kommende Pflanzzeit jedes beliebige Quantum Forstpflanzen in stets frischer Qualität liefern.

Albert Brunner, Waldpflanzen
8303 Bassersdorf ZH
Telefon 01 93 51 43

Tessin **Bogno-Valcolla,** 20 km von Lugano

An ruhiger, sonniger Lage, ideal für Ferien

zu verkaufen

Mehrfamilienhaus mit jedem Komfort und Umschwung

Auskunft durch: Casa Rurale Valcolla, **6951 Maglio di Colla**
Telefon 091 9 11 57 (ab 19.00 Uhr)
Telefon 091 7 92 21 (von 8.00 bis 18.00 Uhr)

ASSA SCHWEIZER ANNONCEN AG
ST. GALLEN 071 22 26 26
Seit über 50 Jahren der praktische Weg vom Inserenten zur Zeitung

Schriftleitung: Direktor Dr. A. Edelmann / **Verwaltung:** Verband schweiz. Darlehenskassen, 9001 St. Gallen. Tel. (071) 22 73 81 / **Druck und Expedition:** Walter-Verlag AG, 4600 Olten. Tel. (062) 21 76 21 / Abonnementspreis: Für die Pflichtexemplare (10 Stück pro je 100 Mitglieder oder einen Bruchteil davon) Fr. 11.–, Freiexemplare Fr. 7.–, Privatabonnement Fr. 11.– / Alleinige Annoncenregie: Schweizer-Annoncen AG, 9000 St. Gallen, und übrige Filialen / Alle redaktionellen Zuschriften und Adressänderungen sind an den Verband in St. Gallen zu richten.

Nur solange Vorrat!

Abdeckblachen

für Motormäher, Maschinen usw. mit kleinen Farbfehlern. Starkes Gewebe, nicht zerreissbar, absolut wasserdicht, mit Ösen.

Einmaliger Preis:
3 Grössen: 150×200 cm Fr. 29.—
200×200 cm Fr. 38.—
200×300 cm Fr. 56.—
Mit Rückgaberecht bei Nichtgefallen.

Bieri Blachen AG, 6022 Grosswangen
Telefon 045/3 54 40

Tabake und Stumpen

Volkstabak	p. kg 10.10	**TABAK-VON ARX**
Bureglück	p. kg 11.10	**5013 Niedergösgen**
Älpler	p. kg 12.70	Telefon 064 / 41 19 85
100 Brissagos	28.—	**Rückgaberecht bei**
200 Habana	22.70	**Nichtgefallen**

Viel Geld

in die Vereinskasse durch Miete des zugkräftigen **Unterhaltungsspieles** (Bogenschiessen). Geeignet für alle Festveranstaltungen.
Depots in der ganzen Schweiz.

H. Gubler, 8507 Hörhausen TG
Telefon 054 8 32 23

Zu verkaufen

Kassenschrank

Marke Bauer
Sehr gut geeignet für Darlehenskasse
Masse: Höhe 1870 mm
Breite 900 mm
Tiefe 750 mm

Interessenten melden sich bei der
Darlehenskasse Spreitenbach AG
Telefon 056 3 52 59

Jeep- und Landrover-Verdecke

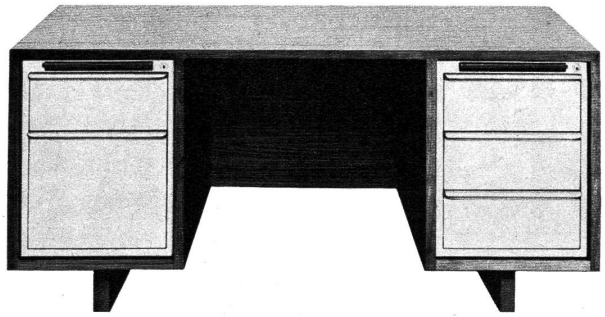
in jeder Ausführung, preislich sehr günstig.

Wagenblachen u. Abdeckblachen

mit kleinen Farbfehlern, zu reduzierten Preisen.
Direkt ab Fabrik viel günstiger!

Bieri Blachen AG, 6022 Grosswangen
Telefon 045 3 54 40

Wenn Sie bei Büromöbeln auf Spitzenqualität und gute Form tendieren, sollten Sie eigentlich BAUER wählen.



Die gute Form sehen Sie in diesem Inserat. Sie ist so gut, dass sie vom Schweiz. Werkbund SWB prämiiert wurde.

Unter Qualität verstehen wir etwa, dass auch bumsvolle Schubladen noch mit leichtem Fingerdruck herausgezogen und wieder hineingeschoben werden können. Selbst nach langjährigem Gebrauch.

Qualität ist auch, wenn man ein Büromöbel sein ganzes Leben lang nie schmieren, revidieren oder zum reinigen auseinandernehmen muss. Solche Qualität beginnt mit der Konstruktion.

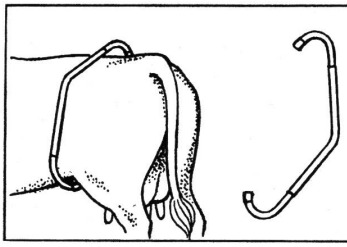
Wenn es zwei Wege zur Lösung eines Problemes gibt, wählen wir den besseren. Bei mehreren Wegen den besten. Auch bei der Materialwahl sparen wir nicht. Denn das Bessere ist für unsere Kunden auf die Dauer doch das Billigere.

Genauer als in diesem Inserat erklären wir alles im 36 seitigen BAUER Büromöbelkatalog, in dem überdies sämtliche Modelle abgebildet sind. Verlangen Sie ihn telefonisch.
Telefon 051/83 77 83.

Noch ein Vorteil:
Kurze Lieferfristen.

BAUER AG

Flughofstrasse 40 8153 Rümlang Telefon: 051/83 77 83



HAUPTNER Schlagfessel

Nr. 730, feuerverzinkt, leichte Handhabung. Sicherheit im Stall, einstellbar für jedes Tier, erleichtert die Melk- und Pflegearbeit.
Günstiger Preis: **Fr. 24.—**

Hauptner-Instrumente GmbH
8025 Zürich, Zähringerplatz 11
Tel. (01) 34 36 40

Silo-Wasserpressen
Siloblachen

beste Qualität mit starkem Trevira-Gewebe.
Direkt ab Fabrik viel günstiger.

Bieri Blachen AG, 6022 Grosswangen
Telefon 045 / 3 54 40

Volldünger «Gartensegen», Blumendünger und reines Nährsalz. HATO-Topfpflanzendünger.
OBA-Lanze-Obstbaum-D, Rebe 11. Beerendünger, HUMIST-Schnellkompostierungsmittel, VEGESAN-Flüssigdünger, NETRIL-Rasendünger mit Unkrautvertilger.
Erhältlich in den Gärtnereien.

3257 Grossaffoltern BE **Telefon 032/84 14 81**

A. Z. 4600 Olten 1